
2.1 Partizipation

2.1.1 Partizipationsforschung – ein Überblick

Partizipation scheint zu einem Schlagwort seit der Jahrtausendwende geworden zu sein („Zeitalter der Partizipation“, vgl. Harles/Lange 2015; Partizipation im 21. Jahrhundert, vgl. Nabatchi/Leighninger 2015, Roberts 2015, Chilvers/Kearnes 2016)¹⁷, ein Mehr an (direkter) Beteiligung der Bürger an Entscheidungen und Modi operandi in der Demokratie sowie Förderung von partizipativen Bodensatz-Aktivitäten der Bürger scheint einen übergreifenden Konsens darzustellen (Ullrich et al. 2014, Bentele et al. 2014, Düber/Rohrmann/Windisch 2015). Praxis und Forschung zu Partizipation blicken inzwischen auf über vierzig Jahre an Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland zurück.¹⁸

Seit der so genannten partizipativen Revolution in den 1970er Jahren sind in der Bundesrepublik verschiedenste Verfahren und Methoden der Bürgerbeteiligung entwickelt und erprobt worden (vgl. Roth 2013a), zum Teil auch mit aus heutiger Sicht utopischen Vorstellungen: so etwa die Planungszelle (Dienel 1978), der gemeinsame Bürgerhaushalt und die Bürgerkommune (Bogumil/Holtkamp 2011, Masser/Pistoia/Nitzsche 2013, Neunecker 2016), verschiedenste Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen von öffentlichen Planungsvorhaben

17 Vgl. zum Begriff, Idee und der Geschichte von Partizipation Boss-Stenner/von Pufendorf/Schade 1970, von Alemann/Studiengruppe Partizipationsforschung 1975, Kaase/Niedermayer/Westle 2000, Gerhardt 2007, Roy 2013.

18 Vgl. zum Überblick Boss-Stenner/Pufendorf/Schade 1970, Hendlar 1977, Kohout 2002, Geißel 2004b, Kersting 2008, von Alemann 2011, Roth 2011e; 2013a, Nanz/Fritsche 2012, Kersting/Woyke 2012, Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg 2014, Gabriel 2014, Geißel/Kersting 2014, Newig 2014, Denecke et al. 2016.

(Schluchter 2002, Renn 2013a/b, Steinberg 2014a, Drazkiewicz/Challies/Newig 2015), Konferenzverfahren (Zukunftskonferenz, Bürgerkonferenz, Planungskonferenz), Szenarioentwicklungen, Citizen Jurys, dialogische Ansätze (siehe zu den Bürgerdialogen der Bundesregierung im Rahmen der Energiewende zuletzt Analyse von Erhard/Lauwers/Schmerz 2013, daneben im Kontext von Netzausbau Lietzmann 2013, Kamlage/Fleischer 2014, Kamlage/Nanz/Fleischer 2014); ferner auch Mini Publics (Goodin/Dryzek 2006), Deliberative Polls (Fishkin/Luskin 2005) usw. (siehe zur Übersicht Kersting 2008, Kersting/Woyke 2012, Hebestreit 2013, Bertelsmann Stiftung 2014, Straßburger/Rieger 2014, zu diskursiver Partizipation Fishkin 2009).

Doch keines dieser Instrumente konnte sich langfristig durchsetzen, Ernüchterungen in Gesellschaft, Politik und Forschung zeigten sich vor allem in den 1990er und 2000er Jahren, bis in der letzten Zeit wieder Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung (bspw. im Rahmen von Infrastruktur-Planungen wie Stuttgart 21 oder im Rahmen der Energiewende) formuliert und z. T. auch verwirklicht wurden (vgl. Römmele/Schober 2013, van Deth 2014b; kritisch Thießen 2012). Diese neuen Ansätze werden meist unter dem Begriff der partizipativen demokratischen Innovationen (*democratic innovations*) zusammengefasst (Saward 2000, Karch 2007, Smith 2009, Cheema/Popovski 2010, Geißel/Newton 2012, Geißel/Joas 2013, Bußjäger/Gamper 2015). An den grundsätzlichen Bedingungen und Effekten von Beteiligung hat sich nichts geändert, nach wie vor stehen Beteiligungsprozesse und -verfahren einigen Herausforderungen gegenüber (vgl. Parsons/Shils/Smelser 1965, Pateman 1970, Rosenau 1991, Creighton 2005, Wilkinson et al. 2012):

- Überforderung der Organisatoren und Teilnehmer
- Input und Inklusion: nur bestimmte Klientel nehmen (immer wieder) teil, Problem der Ungleichheit
- Ergebnis- und Entscheidungsfindung: mangelnder Einfluss
- Kosten-Nutzen-Relation
- Frustration und „Ausfransen“ der Verfahren

Auf diese Weise wird Bürgerbeteiligung angesichts der bereits dargestellten Legitimationslücke, Ansprüche der Bevölkerung und der gefühlten Lücke zwischen wirklichem Einbezug in die Entscheidungsfindung und „Schein-Beteiligung“ (Merkel 2015b) zu einem fragilen Begriff (vgl. zur Ungleichheitsproblematik Klatt/Walter/Bebnowski 2011, Linden/Thaa 2014, Lee/McQuarrie/Walker 2015).

Daher wird seit einiger Zeit überlegt, wie Bürgerbeteiligung qualitätsvoller, effektiver und zielorientierter durchgeführt werden könnte. Derzeit werden viele Verfahren erprobt, entwickelt und angewendet – eine übergreifende Einschätzung

wird erst in einigen Jahren möglich sein¹⁹. Bereits jetzt zeichnen sich Trends ab, die insbesondere mit dem Einsatz und der Verknüpfung von digitalen Beteiligungsmöglichkeiten via Internet in Zusammenhang stehen²⁰. Hier würde eine übergreifende Ebene mit einem punktuellen Zugang verbunden werden. Vorteile der elektronischen Beteiligung bestehen darin, dass das Internet inzwischen flächendeckend verfügbar ist, ein breiter Einbezug theoretisch möglich ist (auch für Personen, die eine physische Präsenz nicht schätzen oder der Aufwand zu groß ist; jüngere Menschen können besser erreicht werden, vgl. De Vreese 2007), ältere

-
- 19 Vgl. etwa neuere Forschung zu alternativen Partizipationsformen (Ganuza/Francés 2011b, Ganuza/Nez/Morales 2014), materieller Partizipation (Marres 2012) und neuen Partizipationsformen in der Zivilgesellschaft bei van Deth (2010) und van Deth/Maloney 2012, Micheletti und McFarland (2011) diskutieren eine „kreative Partizipation“; zentral sind die Fragen nach Wirkungsweisen hinsichtlich von demokratischer Inklusion bei Merkel/Petring (2012) sowie kritische Anmerkungen zur „Scheckbuch-Partizipation“ bei Stadelmann-Steffen/Traunmüller (2010).
- 20 Vgl. hierzu Ansätze, die neuere Tendenzen von Bürgerbeteiligungsverfahren in Deutschland (Baumann/Detlefsen/Iversen/Vogelsang 2004, Hartwig/Kroneberg 2014), elektronische Beteiligungsformen (Kubicek/Lippa/Westholm 2009, Märker/Wehner 2011, Seckelmann 2014) bzw. elektronisch-kooperative Formen (Holtkamp/Bathge 2013), unter dem Begriff von erweiterter Bürgerbeteiligung, meist innovativ-kreativen Verfahren und kooperativem Handeln unter Nutzung moderner Kommunikationsformen zu fassen versuchen (so bezeichnet als Bürgerbeteiligung 3.0, vgl. Oxenfarth/Obermayr 2011 – Bürgerbeteiligung 2.0 hingegen verstanden als Einbezug elektronischer Verfahren, vgl. Massa/Pistoia/Nitzsche 2013). Schon im Jahre 2003, als das Internet noch nicht über die Allgegenwärtigkeit seit Anbruch der 2010er Jahre verfügte, sprachen Claus Leggewie und Christoph Bieber von einer „Demokratie 2.0“ und meinten damit eine „demokratische Erneuerung“ mithilfe neuer Medien (Leggewie/Bieber 2003, vgl. auch Leggewie/Bieber 2001 und Diskussion bei Imhof 2015). Vgl. weiterhin zu Internet und Partizipation bzw. politischem Handeln: Wessermann (2002), Heigl/Hacker (2010), Bundeszentrale für politische Bildung (2012), Gräßer/Hagedorn (2012), Lamla (2012), Lutz/Rösch/Seitz 2012, Banse (2013), Dahlgren (2013), Dolata/Schrabe (2013a), Kneuer (2013), Voss (2014), Send/Ebert/Friesike (2014), Baringhorst (2015), Coleman/Freelon (2015), Merkel (2015b: 64 ff.), Trottier (2015), Fries/Kalwar/Pöttinger (2016), Lindner/Aichholzer/Hennen (2016); kritisch hierzu Schrabe (2010). Noch ist als unklar zu erachten, welche Effekte die elektronischen Beteiligungsformen erzeugen. Die theoretische Möglichkeit eines leichteren Zugangs und breiterem Anwenderkreis wird bisher eher bezweifelt: „Dagegen erwarten entscheidungstheoretische Ansätze eher eine größere Beteiligung durch den Einsatz von modernen Kommunikationsmitteln wie Internet, E-Mail und Mobilfunk. Diese Techniken senken die Informations- und Beteiligungskosten für alle Teilnehmer erheblich. Erfahrungen mit diesen neuen Techniken zeigen allerdings weder eine bemerkenswerte Zunahme der Beteiligung noch eine starke Erweiterung des Partizipantenkreises“ (van Deth 2009: 156; vgl. auch Schlozman/Verba/Brady 2010, Kersting 2014, Vowe 2014: 43 f.).

Bevölkerung ohne Internetanschluss wäre allerdings ausgeschlossen und müsste über alternative Verfahren Teilnahmemöglichkeiten erhalten. Bisherige Untersuchungen legen den Schluss nahe, dass es wiederum die partizipationsaffinen Milieus des Offline-Raumes sind, die sich hier – zumindest in formellen Verfahren und Foren – beteiligen (Schlozman/Verba/Brady 2010). Postdemokratisch gedacht besteht aber hier die Gefahr von Inszenierung, medialer Effekthascherei im Sinne eines kurzfristigen Events ohne nachhaltigen Einbezug und Begleitung der Bevölkerung über längere Zeit hinweg (vgl. zu mediatisierten Partizipationsformen Biermann/Fromme/Verständig 2014, Hepp/Pfadenhauer 2014).

Die Frage lautet schließlich, ob Bürgerbeteiligung überhaupt neu erfunden werden kann, was nicht sehr wahrscheinlich erscheint. Gleichwohl kann gerade eine intelligente Verknüpfung von Online- wie Offline-Partizipation durchaus Neues hervorbringen, zudem ist nicht ausschließlich die instrumentelle Ebene entscheidend, sondern auch das „wie“, also die qualitative Ebene von Beteiligung. Wichtig für Beteiligungsverfahren scheint nach dem Stand der Forschung zu sein, dass Verfahren zeitlich befristet, mit nicht zu vielen Teilnehmern, gezielter Problem- und Fragestellung, Ausschluss von Überforderung und Überlastung sowie intelligenter Verbindung von bestimmten Beteiligungs-Tools unter Berücksichtigung des spezifischen Kontextes und der partizipativen Zielvorgabe stattfinden (situative Partizipation).

So können kleinteilige Lösungen gefunden werden, die in der Summe aber das Potential hätten, die Gesamtqualität und Legitimität von Entscheidungen zu erhöhen. Der Umgang mit diesen Möglichkeiten im 21. Jahrhundert bleibt abzuwarten. Aus bestimmten Fehlern der Vergangenheit könnte jedenfalls gelernt werden: insgesamt ist heute eine höhere Professionalisierung messbar, gleichzeitig birgt gerade dies eine große Gefahr von sozialer Exklusion, die sich auch elektronisch fortsetzt. Partizipation bleibt für den Einfluss von Bürgern immer nur ein Behelfsmittel, sie kann an fundamentalen Konstellationen nichts ändern, ein realistisches Verständnis von Partizipation hat sich in den letzten Jahren zunehmend durchgesetzt. Insgesamt ist damit eine Pluralisierung der Partizipationsformen erkennbar, sowohl im realen wie auch im virtuellen Bereich; vor allem ein Trend zu elektronischen Instrumenten kann konstatiert werden.

Parallel zu dieser Entwicklung kann zudem eine Ausdehnung des Begriffs der politischen Partizipation durch Entgrenzung des Begriffs des Politischen bzw. politischen Gegenstandsbereichs und politischer Sphäre beobachtet werden (vgl. Fox 2013, van Deth 2014aa). Eine Verwebung von sozialer und politischer Partizipation ist gerade in angrenzenden Bereichen, etwa bei zivilgesellschaftlicher Aktivität und den erweiterten Formen von politischer Partizipation (z. B. diskursive Foren und Begegnungs-/Austauschprozesse verschiedener Akteure, vgl. Bartels 2015)

entscheidend²¹. Hinzu kommt die organisationale Partizipation als Spezialfall einer Binnenpartizipation innerhalb von organisierten Gemeinschaften, durch welche Mitglieder an internen Entscheidungsfindungsprozessen mitwirken sollen (Mitbestimmung, Mitsprache). Möglicherweise wird diese Beteiligungsform gerade reaktiviert und wieder stärker betont, da sich Assoziationen und Organisationen wie Parteien wieder verstärkt dieser Beteiligungsform widmen (Bsp. *Community Work*, vgl. Larsen/Sewpaul/Hole 2013)²².

Einerseits kann durch diese verstärkte Partizipation in der Gesellschaft die Legitimation von Entscheidungen tendenziell erhöht werden – so auch innerhalb von Organisationen durch die Binnen-Beteiligung von Mitgliedern etc. (vgl. Einschätzung von Steinberg 2014b: 415) – andererseits bleibt auch hier entscheidendes Kriterium, wie stark die Input-Seite abgebildet werden kann. Die Hoffnung von virtueller „Erweiterung“ des partizipativen Raumes scheint allerdings kaum fruchtbar zu sein: Untersuchungen zum Liquid Feedback in Parteien haben bereits ergeben, dass die Nutzungsquote eher gering ausfällt (Bullwinkel/Probst 2014: 400 f.). Auch Jan van Deth hält an den erweiterten Partizipationsformen fest (van Deth 2009: 149): „Die Bürger demokratischer Gesellschaften beschränken ihre politischen Aktivitäten offensichtlich hauptsächlich auf den regelmäßigen Gang zur Wahlurne und das Unterschreiben von Petitionen. Bemerkenswert ist, dass die enorme Erweiterung des Repertoires politischer Partizipationsformen in den letzten Jahrzehnten offensichtlich nicht zu einer ähnlich starken Steigerung der Nutzung dieser Möglichkeiten geführt hat“.

-
- 21 Vgl. zur Transformation der partizipativen Praktiken Jan van Deth (2009: 156 f.): „Aufgrund der engen Verknüpfung von Demokratie und Partizipation ist die kontinuierliche Erweiterung des Repertoires politischer Beteiligung – trotz der beständigen sozialen und politischen Ungleichheit – sicherlich als eine Stärkung der Demokratie zu betrachten. Überdies müssen eine Stabilisierung oder vielleicht sogar ein Rückgang des Niveaus politischer Beteiligung nicht unbedingt als schädlich für die Demokratie interpretiert werden. Wachsender Wohlstand und höhere Ausbildung haben offensichtlich dazu beigetragen, dass die Politik nicht mehr als notwendiger Teil sozialer Konflikte gesehen wird und der Bürger sich deswegen verstärkt anderen Beschäftigungen zuwenden kann. Außerdem kann man einen Mangel an Partizipation in modernen Gesellschaften auch dem Erfolg traditioneller Politik zurechnen – und nicht den Niederlagen, der Inkompetenz, der Unfähigkeit, der Entfremdung oder der Frustration durch die Politik. Die Politik hat das Leben vieler Bürger in den letzten Jahrzehnten erheblich leichter und sicherer gemacht. Gerade weil die Politik so erfolgreich war, können sich die Bürger den erfreulicheren Dingen des Lebens widmen (...)“.
- 22 Kersting und Woyke gehen aber davon aus, dass letztlich die sozialen Bewegungen dazu führen, weniger feste Mitgliedschaft zu erzeugen und die sporadische Aktivität zu einer Krise des Ehrenamtes führt und die Legitimität der Organisationen absinken lässt (Kersting/Woyke 2012: 16).

Die Ausgangslage und Diskussion um politische Apathie kann empirisch deutlich begegnet werden: Das politisch-öffentliche Interesse ist dabei grundsätzlich in Deutschland im Vergleich zu Gesamteuropa sehr hoch (72 Prozent der Befragten) (Gensicke/Geiss 2010: 310). Die Erkenntnisse des Freiwilligensurveys von 2004 besagen zudem, dass das Selbstverständnis der freiwilligen Tätigkeiten sich vor allem auf die Freiwilligenarbeit und das Ehrenamt bezieht, weniger auf das bürgerschaftliche Engagement, Initiativen und Projektarbeit (Gensicke/Geiss 2010: 313). In der Bevölkerung gaben 30 Prozent an, nicht engagiert zu sein, 36 Prozent bezeichnen sich als engagiert, sogar 34 Prozent als aktiv (aber ohne freiwillige/ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen). Im Jahre 1999 waren noch 36 Prozent nicht engagiert (vgl. hierzu auch Gensicke/Geiss 2015). Zwar sind damit wesentlich mehr Menschen politisch interessiert und engagiert als jemals zuvor, gleichzeitig müssen aber auch Art und Tiefe der Involvierung bedacht werden, die zumindest in Europa empirischen Erhebungen zufolge als nicht stark ausgeprägt gewertet werden kann (Gabriel 2013a: 180).

Dem positiven Befund, dass bürgerschaftliches Engagement in den letzten zehn Jahren insbesondere bei den unkonventionellen Formen (demgegenüber weniger z. B. im Rahmen von Parteien und Gewerkschaften) zugenommen hat, steht zudem die Frage nach der Sozialstruktur gegenüber: Welche Bevölkerungsteile partizipieren überhaupt? Hieraus lassen sich drei relevante Fragestellungen ableiten: einerseits welche Formen, Intensitäten und Veränderungen von Partizipation (Art der Partizipation) sich derzeit in der Gesellschaft identifizieren lassen, welche Personen partizipieren (Sozialstruktur) und welche Handlungsweisen sie ausprägen (Praxis der Partizipation).

In der Literatur wird davon ausgegangen, dass sich ein gesellschaftlicher Wertewandel (Wandel der Lebensverhältnisse) vollzieht und es in Folge dessen zu veränderten Engagementpraktiken kommt (Holtkamp/Bogumil/Kißler 2006: 100 ff.)²³. Grundsätzlich kann konstatiert werden, dass ein Ungleichgewicht, eine „ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation“ (Böhnke 2011, vgl. auch Schäfer 2013a) vorliegt sowie politische Aktivitäten in der Bevölkerung insgesamt schwach ausgeprägt sind (Böhnke 2011: 19). Das Kernproblem besteht hierbei darin, dass gerade die Schichten eine geringe Aktivität und wenig

23 Aktuelle Daten können insbesondere den Engagementberichten für die Bundesregierung von 2012 und 2016 („Erster Engagementbericht“, vgl. Enste/Neumann/Schare 2012; „Zweiter Engagementbericht“, vgl. Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2016) sowie der Untersuchung des WZB Berlin von 2009 (vgl. Alscher/Dathe/Priller 2009) entnommen werden. Schließlich erfasst der sog. Freiwilligensurvey (Gensicke/Geiss 2010;2015) vielfältige Erkenntnisse zum bürgerschaftlichen Engagement und den Hintergründen von Freiwilligen.

Interesse aufweisen, welche von den Folgen der Politik besonders betroffen sind: „Bildungs- und einkommensstarke Bevölkerungsschichten beteiligen sich am häufigsten. Hier, und nicht bei sozial Benachteiligten, denen die Verbesserung ihrer Lage ein besonderes Anliegen sein müsste, findet Interessenvertretung statt“ (ebd.). Unkonventionelle Beteiligungsformen (neben dem Wahlgang, also etwa Bürgerinitiativen) verschärfen diese Problematik noch, da diese noch weniger sozial benachteiligte Schichten repräsentieren. Die neuen Beteiligungsformen, bei denen Bürger etwa in öffentliche Planungen miteinbezogen werden, verlangen „hohes Kompetenzniveau in Bezug auf Verhandlungsgeschick, strategisches Denken, Redegewandtheit, Selbstvertrauen“ (ebd.) – was insbesondere in die Hände der stark Gebildeten spielt. Böhnke (ebd.) sieht zudem die Problematik, dass geringe „Lebens- und Verwirklichungschancen“ das Vertrauen in die Demokratie senken, was wiederum aufgrund von einsetzender Enttäuschung und Pessimismus zu weniger Beteiligungsinteresse führt: „Nicht Protest und Engagement, sondern Resignation und Apathie gehen mit prekären Lebenslagen einher, wenn diese dem individualisierten Zeitgeist entsprechend als Schicksalsschläge persönlich verantwortet werden und immer weniger einer gesellschaftlichen und politischen Gestaltung zugänglich erscheinen“ (ebd.: 21). Böhnke steht damit den neuen Formen des bürgerschaftlichen Engagements, wie etwa Bürgerinitiativen, zwar nicht kritisch gegenüber, jedoch würden seiner Ansicht nach tatsächliche Fortschritte einer „breiten“ Beteiligung erst dann erreicht werden, wenn Themen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und „weite Bevölkerungsteile“ in die Engagementgruppen integriert werden würden (ebd.). Andernfalls würde durch das bürgerschaftliche Engagement eine primär eigennützige „Interessenvertretung für die eigene Klientel“ vorliegen (ebd.).

Schließlich können konkrete Daten aus dem sozio-oekonomischen Panel (SOEP) die Ungleichverteilung klar belegen: Ehrenamtliches Engagement, politische Partizipation und politisches Interesse sind bei „voll Erwerbstätigen“ und „Wohlhabenden“ deutlich stärker ausgeprägt als bei „Armen“ und „Arbeitslosen“: Die Zahlen schwanken seit 1992 zwischen 15 und 20 Prozent der Aktivität im Falle von ehrenamtlichem Engagement und politischer Partizipation bei ersteren sowie fünf bis zehn Prozent der beiden anderen Bevölkerungsgruppen. Ebenso ist das politische Interesse mit 20 Prozent bei letzterer Gruppe, hingegen 35 bis 50 Prozent bei der ersten Gruppe unterschiedlich ausgeprägt (ebd.: 21). Während das politische Interesse in den 1990er Jahren insgesamt leicht anstieg, so fällt es seit Mitte der 2000er Jahre wieder ab. Das ehrenamtliche Engagement ist insgesamt leicht angestiegen, die politische Partizipation hingegen abgesunken (mit stärkeren Schwankungen). Zuletzt stieg die politische Partizipation wieder leicht an: Böhnke mutmaßt hier eventuell den „Beginn eines neuen Mitwirkungsverständnisses“, tatsächlich weisen die neuesten Daten aus dem SOEP in den beiden Bereichen

„ehrenamtlich tätig“ sowie „politisch tätig“ auf einen weiteren, generellen Anstieg unter allen Bevölkerungsgruppen hin²⁴. Schließlich konnte Böhnke (ebd.: 22-25) nachweisen, dass bei Vorliegen von negativen Lebensereignissen in Form von Arbeitslosigkeit und Verarmung alle drei Faktoren (Interesse, Engagement und Aktivität) absinken. Hinzu kommt eine zweite Erkenntnis, welche einen starken Einfluss des Bildungsniveaus nahe legt: „Höhere Bildung geht mit stärkerem politischem Interesse einher“ (ebd.: 25). Hinzu kommen Persönlichkeitsmerkmale wie „Gewissenhaftigkeit, Offenheit für Erfahrungen und der Glaube an den Sinn von Einflussnahme und Gestaltbarkeit“, welche „Interesse am politischen Geschehen“ fördern (ebd.). Daraus wird gefolgert, dass „politisches Interesse in hohem Maße auf gefestigten Einstellungen und sozialisationsspezifischen Prägungen basiert und eine nur auf lange Sicht veränderbare Eigenschaft ist“ (ebd.). Damit führt diese Erkenntnis zum Sozialisationsumfeld von „Familie, Schule und Freunde“, eine Integration politischer Bildung in „Alltag von Familien und Schulen“ (ebd.). Dies erinnert wiederum an die Demokratie-Schule: Entsprechend der Ansicht der Vertreter des „Demokratielernens“ (vgl. Beutel/Fauser 2001, Edelstein/Fauser 2001, Detjen 1999;2000, Beutel/Fauser 2011, Hill 2015) müssen demokratische Prinzipien in den gesellschaftlichen Institutionen (öffentlich wie auch privat) erlernt und eingeübt werden, weswegen sie hier als Fundament der Demokratie verstanden werden. Diese Überlegung stützt wiederum die These der Nicht-Bürger von Michael Greven (Greven 1997;2000;2009), der den einzigen Weg aus einer Demokratie des Eigennutzes und des Egoismus in der „gewaltigen Anstrengung“ sieht, „die für die Demokratie notwendigen Bürger und Bürgerinnen in einem bisher noch nie dagewesenen Maße zu sozialisieren und auch bewußt zu erziehen“ (Greven 2009: 221). Greven sieht letzten Endes „zu Sozialisation und auch bewußter politischer Erziehung zur Demokratie keine echte praktische Alternative“ (ebd.).²⁵

Der lokale Bezug von Partizipation

Die Blickwinkel auf Partizipation unterscheiden sich mitunter. So spielt sich Partizipation von Bürgern meist auf der lokal-regional-kommunalen Ebene ab, entsprechend wird der Blick z. B. auf Städte und Gemeinden gerichtet (Roth 1997,

24 Vgl. im SOEPmonitor (von 2012) die beiden Fragen „Anteil der Personen, die mindestens 1-mal pro Monat ‚ehrenamtlich tätig sind‘“ sowie „Anteil der Personen, die mindestens 1-mal pro Monat ‚politisch tätig sind‘“, zuletzt für das Jahr 2011 erhoben, vgl. Goebel/Haas 2014: 26 f.

25 Vgl. zur Gegenposition die Ansicht von Jason Brennan, der nur kompetente Bürger in der Demokratie mitbestimmen lassen möchte, da weniger kompetente Bürger etwa bei Wahlen eher zu negativen, d.h. undemokratischen Effekten beitragen können (vgl. Brennan/Hill 2014).

Holtkamp 2001, Beckmann 2012, Klages/Vetter 2013, Kost 2013, Vetter et al. 2013, Gabriel/Kersting 2014).

Daneben wird Partizipation auch als Additiv repräsentativer Demokratie im Sinne alternativer Vorstellungen in Form direktdemokratischer Verfahren und kooperativer Demokratie verstanden (etwa durch gemeinschaftliche Handlungs- und Entscheidungsformen, vgl. Kuhlmann 2010, so auch dialogische Verfahren, vgl. Lietzmann/Mittendorf 2011, Rohland 2011).

Hier findet sich auch die Idee von Ausdrucksformen direkter Demokratie, wie etwa lokale bzw. kommunale Selbstverwaltung (Hoffmann-Axthelm 2004, Holtkamp 2010) (Bürgerkommune, Bogumil/Holtkamp 2011), häufig problematisiert hinsichtlich von unzureichender finanzieller Ausstattung deutscher Kommunen (Holtkamp 2011, Holtkamp/Bathge 2012). Klages (2011) spricht hier am Beispiel von Bürgerhaushalten von einem „Türöffner“ und „Antrieb für eine neue Beteiligungskultur in den Kommunen“ (vgl. kritische Analyse bei Neunecker 2016). Daneben existieren auch weitere Beispiele wie Planungszellen (vgl. Dienel 1978), in denen Bürger als „Planer“ in die Gestaltung von Kommune und Umwelt integriert werden sollen; Lietzmann, Ehlers und Ülpenich (2013) verstehen dies gar als „neue Gewaltenteilung“ (vgl. auch Lietzmann 2012).

Aber auch umfassendere, sehr weitreichende Beteiligungsmaßnahmen im Sinne von gemeinschaftlicher Gestaltung im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung angedacht (Maas/Madrado 2013, Selle 2013, Blandow/Knabe/van Rießen 2014, Huning 2014, Klages 2014, Wade 2015). Diese Bestandsaufnahmen führten schließlich zur Thematisierung übergeordneter Fragestellungen, z. B. zwischen „partizipativer Wende oder dem Ende der kommunalen Selbstverwaltung“ hinsichtlich sozialstaatlicher Aufgabenfelder (Holtkamp 2011) oder auf die Frage nach kommunalen Handlungsspielräumen und damit verbundener demokratischer Legitimation durch die Bürger hinaus (Holtkamp 2013).

Empirische Erkenntnisse legen nahe, dass die lokale Ebene insbesondere hinsichtlich der hier stark wirkenden Kontextfaktoren (politischer, gesellschaftliches, wirtschaftliches Umfeld) eine wesentliche Rolle für das Zufriedenheitsempfinden mit politischen Institutionen und der Demokratie im kommunalen Bereich spielt (Vetter 2013). Demnach dürfte der Wirkungsweise von bürgerschaftlichen Initiativen wie im Falle von Bürgerenergie keine zu unterschätzende Wirkung zuzuschreiben sein.

2.1.2 Gesetz des sozioökonomischen Standardmodells: Beschränkte Partizipation

Die Einflussfaktoren auf Partizipation (ob und wie sich Beteiligung ergibt) sind in weiten Teilen noch unklar, nur das so genannte sozioökonomische Standardmodell hat sich als einfache Erklärungsmöglichkeit durchgesetzt²⁶, wonach ein hoher sozioökonomischer Status (Bildung, Einkommen, Beruf, soziale Kontakte usw.) zu mehr Engagement, Beteiligungsinteresse und Mitwirkung in Assoziationen führt (vgl. insbesondere Verba/Nie 1972, bekannt unter dem Mittelschichten-Bias bekannt und im *Standard Socioeconomic Model of Participation* sowie *Civic Voluntarism Model* beschrieben, vgl. Almond/Verba 1963, Milbrath 1965, Nie et al. 1969a/b, Verba/Nie 1972, Verba/Nie/Kim 1978, Zipp/Landerman/Luebke 1982, Brady/Verba/Schlozman 1995, Verba/Schlozman/Brady 1995, Putnam 2000, Almond/Verba 2001, Hooghe/Quintelier 2013;2014; vgl. auch den Nachweis im Kontext von Konsum und Aktivität bzw. Unzufriedenheit von Bürgern bei Pfaff/Blivice 1977), was sowohl auf konventionelle wie unkonventionelle Formen politischer Partizipation zutrifft²⁷. Hinzu kommt die Wirkung weiterer Faktoren wie von (lokalen) Netzwerken von Individuen und/oder Akteuren²⁸. Auch wenn die Erkenntnisse in Form des sozioökonomischen Standardmodells schon älter sind, so haben sie auch heute noch unverändert Bestand, wie Oscar Gabriel feststellt:

„Die Erkenntnisse über den Einfluss der sozialen Position von Menschen für Art und Ausmaß ihrer politischen Aktivität sind nicht neu (...). Sie haben aber in den vergangenen Jahren an Aktualität gewonnen, weil die empirische Forschung Hinweise auf eine Verschärfung sozialer Ungleichheit in den modernen Demokratien liefert. Diese Befunde widersprechen nicht allein der Hoffnung, die fortschreitende Modernisierung der europäischen Gesellschaften führe langfristig zu einem Abbau sozioökonomischer Ungleichheit. Sie fordern darüber hinaus das Selbstverständnis der Demokratie heraus, weil eine fortbestehende oder gar wachsende soziale Ungleichheit möglicherweise die Idee einer gleichberechtigten Teilnahme aller Bürger an der Gestaltung der politischen Gemeinschaft untergräbt“ (Gabriel 2015: 68).

Von besonderem Interesse sind die in jüngerer Zeit entstandenen Untersuchungen zur Wirkung (lokaler) Kontextfaktoren auf das Partizipationsverhalten (als begünstigender oder hemmender Faktor). Oscar Gabriel und Silke Keil (vgl. Keil 2013b) verweisen auf lückenhaftes Wissen über erweiterte Beteiligungsaktivitäten, gehen

26 Vgl. Keil 2013b: 54.

27 Vgl. Schultze 2005: 676.

28 Vgl. Keil 2013a: 186.

allerdings theoretisch von einem starken Einfluss soziostruktureller Faktoren aus (Gabriel 2013b: 406 f.): „Relativ lückenhaft ist dagegen unser Wissen über die Bedeutung kontextueller Faktoren für die Entscheidung der Menschen zum aktiven politischen Engagement. Reduziert die Komplexität der politischen Verhältnisse die Beteiligung, während die Fülle und Relevanz der kommunalen Kompetenzen sie fördert (...)? Gibt es partizipationsfreundliche Institutionen, welche die Individuen zur politischen Aktivität ermutigen und wie sehen diese aus (...)? Auf Fragen dieser Art lieferte die empirische Forschung weit weniger zuverlässige Antworten als auf die Frage, welche Rolle individuelle Ressourcen und Motive sowie die Integration in soziale Netzwerke für die politische Beteiligung der Bürger liefern. Insofern ist es sinnvoll und wichtig, der Rolle von Kontextfaktoren für das Zustandekommen des politischen Engagements mehr Aufmerksamkeit als bisher zu widmen und diese Analyse auf die lokale Ebene des politischen Systems zu fokussieren, auf der die Handlungskontexte den Menschen vermutlich kognitiv präsenter sind als in der nationalen Politik. Das Ergebnis dieser Bemühungen fällt auf den ersten Blick ernüchternd aus. Direkte Effekte des Kontexts, hier der sozioökonomischen Modernität und der Gemeindegröße, auf die politische Partizipation lassen sich nicht nachweisen.

Eigene Forschungsergebnisse von Gabriel sehen einen größeren individuellen Einfluss gegenüber lokalen Kontextbedingungen, was die These einer aktivierenden Engagementkultur entkräften würde (ebd.: 407): „Für die Beteiligung an traditionellen politischen Aktivitäten und an legalen Protestaktionen in den hier untersuchten 28 hessischen Städten und Gemeinden ist es völlig belanglos, ob die Bürger in einer großen, mittelgroßen oder kleinen Gemeinde leben oder ob diese Gemeinde ein hohes, mittleres oder niedriges sozioökonomisches Entwicklungsniveau aufweisen. Wichtig sind ganz andere Faktoren: Je stärker sich die Bürger in Vereinen engagieren, je besser sie mit sozioökonomischen Ressourcen ausgestattet sind und je stärker sie sich mit einer Partei identifizieren, desto eher beteiligen sie sich an traditionellen Aktivitäten und Protestaktionen. (...) Der Einfluss der sozioökonomischen Ressourcenausstattung auf die politische Partizipation fordert das demokratische Ideal der politischen Gleichheit heraus, denn auf Grund ihres aktiven Engagements in der Politik haben die höheren Statusgruppen eine bessere Chance, von der politischen Führung wahrgenommen zu werden. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Präferenzen Eingang in die Entscheidungen der politischen Führung finden. (...) Die traditionellen intermediären Organisationen spielen also nach wie vor eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung zur individu-

ellen politischen Aktivität“²⁹. Dem Kontext wird aber von Gabriel eine mögliche Verstärker-Rolle zugeschrieben³⁰.

Silke Keil hält hingegen den lokalen Kontext für ein essentielles Kriterium: „Dass die Menschen in mittleren und großen Städten vor allem vor Ort tätig werden, jedoch die Personen kleinerer Gemeinden häufiger Vereine in Nachbargemeinden besuchen, ist ein Indiz für die Bedeutung der Gemeindegröße, welche durch die Betrachtung nicht-institutioneller sozialer Partizipation, gestützt wird. In kleinen Gemeinden treffen sich Freunde und Bekannte häufiger und die nachbarschaftlichen Kontakte sind intensiver als in Großstädten“ (Keil 2013a: 186). Allerdings stelle sich in Keils Untersuchung heraus, dass sich die Individualmerkmale von Engagierten als „weitaus erklärungskräftiger“ als die Kontexteffekte erwiesen (ebd.). Hierbei bildet hohes Einkommen die „weitaus wichtigste Determinante“ (ebd.). Hinzu kommen weitere Indikatoren: „Zum einen übt die Arbeitslosenquote einen Einfluss aus, d. h. die soziale Beteiligung in Gemeinden unterscheidet sich auf Grund der Höhe der jeweiligen Arbeitslosenquote. In Gemeinden mit einer niedrigen Quote sind mehr Menschen in Vereinen aktiv als in Gemeinden mit vielen Arbeitslosen. Des Weiteren spielt die Kirchenganghäufigkeit eine Rolle, jedoch nicht in der erwarteten positiven Richtung: Ist der Anteil häufiger Kirchgänger in einer Gemeinde geringer, sind deren Gemeindemitglieder eher in Vereinen aktiv“ (ebd.) (vgl. zum Engagement sozial Benachteiligter Klatt/Walter/Bebnowski 2011).

Allerdings existieren weitere Faktoren der organisationalen Partizipation, die für eine Bewertung gerade vor dem Hintergrund partizipationstheoretischer Ideale eine maßgebliche Rolle spielen (so auch die Verbundenheit mit der Gemeinde, vgl. hierzu Bühlmann 2013). Silke Keil fokussiert in diesem Zusammenhang die Frage, welche Faktoren dem Bias entgegenwirken können, dass „Interessen ressourcenstarker Gruppen und Individuen eine größere Chance haben im politischen

29 Vgl. weiterhin hierzu Gabriel 2013b: 407.

30 Vgl. die weitere Argumentation von Gabriel, wonach der strukturelle lokale Kontext einen positiven Einfluss auf das individuelle politische Engagement entfalten kann (Gabriel 2013b: 407 f.): „Die sozioökonomische Modernität einer Gemeinde spielt eine wichtige Rolle dafür, wie stark die individuelle Ressourcenausstattung die Beteiligung an traditionellen politischen Aktivitäten beeinflusst. Sozioökonomische Entwicklung fördert die politische Gleichheit, weil sie die Ressourcenabhängigkeit politischer Beteiligung abschwächt. Auch soziales Engagement wirkt in unterschiedlichen Kontexten jeweils unterschiedlich auf die politische Partizipation. In hoch sozioökonomisch hoch entwickelten Gemeinden fällt sein politischer Mobilisierungseffekt besonders stark aus. Diese Resultate vermitteln eine positive Botschaft für die Zukunft partizipativer Politik, denn mit fortschreitender Modernisierung hängt das politische Engagement immer stärker mit dem sozialen Engagement zusammen und weniger vom Zugang zu sozioökonomischen Ressourcen“.

Prozess Eingang und Gehör zu finden als ressourcenschwache“ (Keil 2013b: 54). Hieraus wird die „demokratietheoretisch relevante Frage“ abgeleitet, „ob bestimmte Organisationen existieren, die diesen Bias ausgleichen können und damit dazu beitragen, dass alle Menschen, ungeachtet ihres Einkommens, ihrer Bildung, ihres Geschlechts und ihres Alters sich sozial engagieren“ (ebd.: 55). Daher bezieht Keil organisationspezifische Charakteristika (Größe, Professionalisierungsgrad, finanzielle Ressourcen, Abhängigkeiten von Geldgebern, Struktur des Ehrenamts, inhaltliche Ausrichtung) explizit in eine Bewertung der Sozialstruktur lokaler Engagement-Strukturen ein: diese sollen einen Einfluss darauf haben, „ob und in welchem Umfang ein Individuum sich sozial engagiert“ (ebd.: 67).

Keil geht daher davon aus, dass kleine Freiwilligenorganisationen auf den sozialen Bias eher ausgleichend wirken als große Freiwilligenorganisationen und wenig professionalisierte Freiwilligenorganisationen auf den sozialen Bias eher ausgleichend wirken als hoch professionalisierte Freiwilligenorganisationen“ (ebd.: 58). In kleinen Organisationen soll die Wahrscheinlichkeit größer sein, „dass sozioökonomisch schlechter ausgestattete Individuen mit anderen Menschen in Kontakt kommen und dadurch eher die für die Demokratie wichtigen Normen und Werte erwerben“ (ebd.: 57). In großen Organisationen soll die Kontaktaufnahme schwerer sein. Weiterhin soll bei geringerem Professionalisierungs- bzw. Institutionalisierungsgrad die Wahrscheinlichkeit größer sein, „dass ressourcenschwache Bürger eher Zugang zu anderen Menschen finden“ (ebd.). Die Größe und Institutionalisierungsgrad einer Organisation sollen korrespondieren: „Denn ab einer gewissen Größe kann ein Verein ohne das entsprechende Personal sowie schriftlich formulierten Rechten und Pflichten und Zielen die anstehenden Aufgaben nicht mehr bewältigen. Eine professionelle organisatorische Struktur wird unumgänglich, um den Ansprüchen der Vereinsmitglieder gerecht zu werden“ (ebd.).

Einige Studienergebnisse weisen demnach auf einen maßgeblichen Einfluss lokaler Kontextfaktoren wie die Gemeindegröße hin; Keil geht zusätzlich davon aus, dass die Organisationsgröße eine Rolle spielt (kleine, weniger professionelle zivilgesellschaftliche Assoziation wirken eher ausgleichend als größere Organisationen)³¹. Hier wird ein Forschungsdefizit zur Berücksichtigung dieser Faktoren vermutet. Letztendlich haben verschiedenste Bedingungen wie Größe der Gemeinde, Art und Struktur der partizipativen Assoziation sowie das situative Umfeld einen gewissen Einfluss auf lokale Engagement-Strukturen, auch wenn Keil dies nicht erhärtend nachweisen konnte: „Wenn Organisationen viele Mitglieder haben und über eine hoch professionalisierte Struktur verfügen, dann bleibt der soziale Bias erhalten. Allerdings ist *nicht* zu beobachten, dass der Einfluss des sozialen Bias

31 Vgl. Ergebnisse von Dahl/Tufte (1973), Oliver (2000) sowie von Keil (2013a/b).

durch kleine und wenig professionalisierte Organisationen reduziert wird. (...) Organisationscharakteristika wirken nicht der Erwartung entsprechend ausgleichend auf den sozialen Bias“ (ebd.: 67).

Trotz des Problems der empirischen Nachweisbarkeit wird an der These eines Einflusses lokaler Kontextbedingungen festgehalten, insbesondere der Gemeindegroße und organisationspezifischer Strukturen und Arrangements werden hinsichtlich eines Einflusses auf sozialstrukturelle Charakteristika eine Schlüsselrolle zugeschrieben:

Individuen pflegen zu ihren Mitmenschen Kontakt und die Häufigkeit und Intensität des Kontaktes ist abhängig von der Größe einer Stadt. Im Zusammenhang mit der Beteiligung in Freiwilligenorganisationen kann dabei erwartet werden, dass die Beteiligung weniger sozial determiniert ist, wenn die Städte sehr klein sind. In einer Dorfgemeinschaft beteiligen sich eher alle Individuen als in einer großen Stadt. (...) Je eindeutiger die Zielsetzung umso eher werden sich Menschen treffen, die sich auch in ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung ähneln. Ein kleiner Umweltschutzverein wird eher eine homogene Zusammensetzung ihrer Mitglieder haben als ein großer Freizeitverein, was wiederum Auswirkungen darauf haben kann, ob und wie Organisationscharakteristika wirken. Das heißt, sowohl die Größe einer Stadt als auch die Ausrichtung der Organisation und das Zusammenspiel aus beiden Faktoren kann Auswirkungen darauf haben, ob und wie Organisationscharakteristika auf den sozialen Bias ausgleichend wirken können (ebd.: 67 f.).

Die Gretchenfrage in Form einer „sozialen Frage der Demokratie“ hinsichtlich der Wirkung von Einkommen und Bildung (Bödeker 2011) wird in der Literatur wiederkehrend thematisiert³², hinsichtlich der Hoffnungen auf Partizipation von

32 So thematisiert auch Nolte (2011) den Mittelschichtenbias. Er weist schließlich auf das (lang bekannte) Problem hin, dass die „neuen, post-repräsentativen Dimensionen der Demokratie“ vor allem die Mittelschicht begünstige, welche gebildet und artikuliert sei – es fehlen die „Arbeiter- und Unterschichten, die formal weniger Gebildeten, oft auch Migranten“, da sie „materielle und kulturelle Zutrittsschwellen“ nicht überwinden können (ebd.: 11 f.). Nolte schlussfolgert: „Jetzt verstärken sich Misstrauen und Rückzug der unteren Schichten, die Mühe haben, ihren Platz in der multiplen Demokratie zu finden“ (ebd.: 12). – Walter (2013) merkt zum „Gesetz der Mittelschicht“ an: „Allein deshalb bevölkern Mittelschichtzugehörige mit akademischen Titeln und Abschlüssen die Bürgerbegehren, aber kaum Personen aus dem Prekariat. Und im kollektiven Engagement setzt sich Kompetenzerweiterung bei denjenigen, die bereits reichlich mit Wissen, Informationen, oratorischen Fähigkeiten versorgt sind, nochmals fort. Denn bei der Organisation von gemeinschaftlichem Engagement sammeln sich ebenfalls Fertigkeiten an. Die Aktiven müssen in der Lage sein, Organisationsstrukturen aufzubauen, Medienkontakte zu unterhalten, mit sattelfesten Begründungen ihres Anliegens bei Behörden Druck und Eindruck zu machen, in den Details der Rechtsprechung kundig zu wirken“.

Geißel (2011b) auf den Punkt gebracht: „Chance oder Gefahr für die politische Repräsentation von Armen und Fremden?“. Silke Keil (2012: 205) hält das alte Erklärungsmodell (*Standard Socioeconomic Model of Participation* und *Civic Voluntarism Model*) nach wie vor bei einer Analyse von sozialer und politischer Beteiligung europäischer Staaten in Deutschland (wie auch anderen westeuropäischen Staaten) für gültig. Interessanterweise ist die „aktive soziale Beteiligung der westdeutschen Bevölkerung in allen Kommunengrößen relativ stark“ im Vergleich zu Europa und Ostdeutschland (ebd.: 203). Innerhalb Westdeutschlands fällt wiederum auf, dass insbesondere in den Großstädten starke aktive Partizipation ausgeprägt ist, was sich sonst in Europa in dem Maß nirgendwo findet (ebd.). Besonders stark werden die Mitarbeit in Parteien oder Bürgerinitiativen genutzt (vgl. auch Geißler 2014: 393). Ebenso wird die Gültigkeit des Standardmodells für die erweiterten Beteiligungsformen angenommen³³: „(...) Je höher die sozio-ökonomische Ressourcenausstattung der Bürger, desto größer ist ceteris paribus ihre Partizipationswahrscheinlichkeit. Diese Quasi-Gesetzmäßigkeit hat sich für die nichtverfaßten Partizipationsformen ebenfalls bestätigt und wirft damit, wegen deren voluntaristischer Natur, die Frage nach der politischen Gleichheit erneut auf (...). Hier sind politische wie politikwissenschaftliche Fragen der Institutionalisierung von unverfaßten Beteiligungsformen angesprochen, die den Zielen dienen soll, die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger zu erweitern und gleichzeitig das Ableiten in eine reine Betroffenheitsdemokratie zu verhindern“ (Kaase 2000: 469).

Neuerdings werden auch Einflüsse des sozialen Milieus und Status wie Geschlecht und Migrationshintergrund festgestellt: „Die Ursachen dafür, dass sich ein Individuum politisch betätigt, resultieren auch aus seiner gesellschaftlichen Stellung. Das politische Engagement wächst mit dem Einkommen, dem Bildungsniveau und mit der Höhe des beruflichen Status. Partizipation hat vielfach ein ‚middle class bias‘ (...). Bürger aus ärmeren Bevölkerungsschichten halten sich hingegen von Politik fern. Hierbei zeigt sich häufig eine Überlappung mit anderen sozioökonomischen Indikatoren wie zum Beispiel Bildung und Migrationshintergrund. Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund zeigen in nahezu allen Generationen ein schwächeres politisches Engagement“ (Kersting 2014: 59). „Des Weiteren zeigen sich in allen Gruppen genderspezifische Unterschiede. Frauen sind bei einer Vielzahl der Beteiligungsformen eher in der Minderheit. Dabei zeigen

33 Hoecker führt als wichtige Determinante von Partizipation das sozioökonomische Standardmodell (nach Verba/Nie 1972) an, wonach die Regel gelten soll: je höher der Bildungsstand, qualifizierter der Beruf und je höher das Einkommen, „desto größer ist die Chance für konventionelle politische Teilnahme“ (Hoecker 2006: 12). Für die unverfaßten Formen von Partizipation soll dieselbe Regel gelten (ebd.: 13).

allerdings jüngere Frauen in der Regel ein gleich starkes oder sogar ein stärkeres politisches Engagement. Insbesondere die zeitintensiven Beteiligungsinstrumente werden von Frauen in der mittleren Generation (30 – 50 Jahre) deutlich seltener genutzt als von Männern. Dieses mangelnde Engagement wird auch im Alter nicht vollständig kompensiert (...)“ (ebd.).

Hinzu kommt ein Einfluss der Altersstruktur: „Zudem gibt es gravierende Unterschiede zwischen den Generationen. Während noch vor Jahrzehnten die unkonventionellen Partizipationsformen insbesondere durch Jugendliche bzw. die jüngere Generation genutzt und die konventionellen Formen, wie zum Beispiel Wählen, eher durch die ältere Generation favorisiert wurden, verändern sich die Beteiligungsmuster. Es wurde konstatiert, dass die Wahlnorm (Wählen als Bürgerpflicht) stärker in der älteren Generation verankert ist, während man lange Zeit davon ausgehen konnte, dass Protestaktionen vor allem durch jüngere Bevölkerungsgruppen initiiert und getragen werden. Insbesondere der jüngste Protest um Stuttgart 21 zeigt im Gegensatz dazu ein starkes Engagement der älteren Generation zwischen 40 und 65. Insbesondere die Gruppe über 65 gilt als zeitreich und engagiert sich folglich sowohl in konventionellen wie unkonventionellen Beteiligungsverfahren. In der Gruppe zwischen 40 und 60 zeigt sich zunehmend eine sehr hohe Unzufriedenheit mit dem politischen System und hieraus resultierend ein verstärktes Beteiligungsbedürfnis“ (ebd.: 60).

Neben den sozialstrukturellen Merkmalen kann eine übergreifende Dynamik von Partizipationsverhalten beobachtet werden. Es handelt sich um das bemerkenswerte Phänomen, dass es zu „Wellen von Partizipation“ kommt. Offenbar existieren Zeiten mit verstärktem Partizipationsinteresse, dann gefolgt von passiveren Zeiten der Abstinenz: Zudem scheint es Zyklen im Partizipationsverhalten zu geben: Auf Phasen großen öffentlichen Engagements folgt bei vielen der Rückzug ins Private. (...) Diese Veränderungen kennzeichnen auch das Partizipationsverhalten in der BRD, das bestimmt ist von der Zunahme an unkonventioneller und direkt-demokratischer Partizipation seit den 1970er Jahren und starkem Rückgang konventioneller Partizipation seit den 1980er Jahren, insbesondere bei Wahlbeteiligung, Parteidentifikation und -mitgliedschaft, in denen der Vertrauensverlust der Bürger in die Politische Klasse seinen sichtbarsten Ausdruck findet. (...) (Schultze 2005: 676) (vgl. hierzu auch Hirschman 1982).

2.1.3 Qualitätskriterien von Partizipation

Verfahren und Instrumente der Partizipation müssen hinsichtlich ihrer Qualität bewertet werden – Beteiligung als solche ist alleine relativ bedeutungslos, ein Be-

teiligungsprozess ist nur dann ein Mehrwert, wenn er qualitativ gehaltvoll ist. Zum einen ergibt sich die Qualität zwangsläufig aus der Umkehrung bzw. Vermeidung der Risiken und Gefahren von Partizipation (also z. B. offenes, integrierendes Klima gegenüber geschlossenen, ausgrenzenden Praktiken). Daneben werden in der Literatur auch allgemeine Qualitätskriterien beschrieben (Kersting benennt hier Offenheit und politische Gleichheit; Machtkontrolle und Legitimität; Rationalität und Transparenz sowie Effizienz und Effektivität, vgl. Kersting 2008: 33; vgl. auch Dienel et al. 2014).

Die Kriterien erinnern grundsätzlich an Ansprüche gegenüber politischen Verfahren und Prozessen. Hier wie da geht es im Kern um die Möglichkeit, frei Meinungen auszutauschen (Offenheit), Meinungsführerschaften zu verhindern (Machtkontrolle), Minderheiten zu Wort kommen zu lassen, alle Diskurse in der Öffentlichkeit auszutragen (Transparenz) wie letztlich auch verbindliche und akzeptierte Entscheidungen zu treffen (Effektivität). Bei den Kriterien der Rationalität, Effizienz und Effektivität kann es aber auch ein Zuviel geben: Rein rationale Verfahren wären solche der Technokratie, Beteiligungsprozesse beinhalten immer auch „leere Schleifen“, möglicherweise unproduktive Phasen, welche aber meist andere Qualitäten von Meinungsaustausch und Abstimmung beinhalten (vgl. Craig 2014). Deutlich wird, dass ein Beteiligungsprozess sich zwischen den Polen bewegen sollte: die Waagschalen sollten nie massive Ungleichgewichte erfahren, eine Austarierung von Verfahrensweisen ist vermutlich der „goldene Weg“ – also weder zu wenig Diskurs, noch zu viel Diskurs usw.

Jan van Deth untersuchte die heikle Frage, ob Partizipierende überhaupt die „besseren Demokraten“ sind und versuchte dies empirisch zu beantworten, indem er die Akzeptanz demokratischer Bürgertugenden bei Beteiligten untersuchte (van Deth 2013b: 49 f.)³⁴. Hierbei kam er zu zwei einschneidenden Erkenntnissen. Der erste Punkt betrifft Unterschiede beim Individuum: Sehr aktive Bürger sind demnach auch die besseren Demokraten: „Ihre Zustimmung zu demokratischen Tugenden liegt deutlich über den durchschnittlichen Niveaus“ (ebd.: 50). Aber auch politisch passive Personen stimmen den „Grundprinzipien einer Demokratie“ zu (ebd.). Große Unterschiede können dagegen bei den Beteiligten konventioneller Partizipationsmöglichkeiten (z. B. Parteiarbeit) festgestellt werden. Hier ist die Akzeptanz von Bürgertugenden und Zustimmung zu demokratischen Grundrechten deutlich geringer, was ein überraschendes Resultat darstellt (ebd.).

Ein weiterer Punkt bezieht sich auf die bekannte Ungleichheits-Problematik bei Partizipation (ressourcenschwache Bevölkerungsgruppen partizipieren weniger) als

34 Vgl. zur Einordnung der Untersuchung van Deth (2013b: 49 f.) sowie zu demokratischen Bürgertugenden Abendschön (2013).

eine „Bedrohung für die Demokratie“, welche nach diesen Ergebnissen relativiert wird: „Allerdings sollten diese Befunde mit Vorsicht betrachtet werden, wenn es um die Beurteilung der Lebensfähigkeit demokratischer politischer Systeme geht. Trotz der deutlichen Unterschiede in sozioökonomischen Merkmalen und politischen und sozialen Orientierungen ist die Unterstützung demokratischer Tugenden kaum von derartigen Profilabweichungen gekennzeichnet. Wichtig dabei ist insbesondere, dass Bürger, welche sich politisch nicht beteiligen, durchaus demokratische Bürgertugenden unterstützen“ (ebd.). Daraus schließt van Deth, dass politisch aktive Bürger zwar „bessere Demokraten“ seien, „die Lebensfähigkeit der Demokratie wird jedoch auch von politisch inaktiven Bürgern gewährleistet“ (van Deth 2013b: 51)³⁵.

2.2 Politische Partizipation: Partizipation im Wandel und Wandel der Partizipation

Im Kontext von öffentlichen Beteiligungsverfahren und Beteiligung via Mitwirkung in zivilgesellschaftlichen Assoziationen oder öffentlichen Aktionsformen und Beteiligungsverfahren im Rahmen der Energiewende ist aus wissenschaftlicher Perspektive die nähere Auseinandersetzung mit der Frage, welche Formen von Partizipation und Wirkungsweisen von angewandten Beteiligungsformen ausgeht, von besonderem Interesse.

Die politikwissenschaftliche Forschung konzentrierte sich lange Zeit auf die politische Partizipation. Der Überblick zu Theorien politischer Partizipation ist allerdings schwer erfassbar (vgl. hierzu Behr 1999, Connolly 2006; Überblick von Verfahren findet sich etwa bei Nanz/Fritsche 2012 sowie allgemein zu Bürgerbeteiligung bei Diemel 2011; siehe zu einer vergleichenden Perspektive van Deth 2015b sowie zu neuerer Konzeptionalisierung Hooghe/Hosch-Dayican/van Deth 2014aa). Zwar kann grundsätzlich zwischen einem normativen und instrumentellen Parti-

35 Van Deth führt hierzu aus: „(...) Aktivisten sind relativ hoch gebildet, rechnen sich selbst zu einer höheren Schicht und haben ein höheres Niveau an internem politischem Selbstvertrauen als andere Bürger. Für Passive und Bürger, welche ihre Partizipation auf Wahlbeteiligung beschränken, gilt das Umgekehrte. Verletzungen des demokratischen Gleichheitsprinzips sehen wir deswegen insbesondere unter sehr aktiven und unter passiven Bürgers. Vor allem das Profil der Bürger, welche sich überhaupt nicht beteiligen, weicht deutlich vom Profil eines ‚Durchschnittsbürgers‘ ab (van Deth 2013b: 50).

zipationsverständnis unterschieden werden (Hoecker 2006: 9)³⁶, doch durch zwei Mechanismen – die theoretische Ausweitung des Begriffs des Politischen sowie die

36 Ersteres sieht Partizipation als Ziel und Wert an sich an, die Funktion wird als Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Menschen angesehen, direktdemokratische Formen werden präferiert, eine politisch-soziale Teilhabe wird in möglichst vielen Gesellschaftsbereichen als sinnvoll angesehen (vgl. hierzu und im Folgenden Hoecker 2006: 9). Die Intensität von Partizipation wird als prozessual verstanden, der Erwerb politischer Kompetenzen soll durch Bildung und partizipatorische Praxis erreicht werden, schließlich wird eine „self-transformation“ der Gesellschaft durch Partizipation bezweckt. Politische Apathie resultiert in dieser Denkweise als Ergebnis konkreter Herrschaftsverhältnisse, ein Abbau dessen soll durch die Ausweitung von Partizipation erreicht werden. Das instrumentelle Partizipationsverständnis sieht hingegen Partizipation vor allem als Methode und Mittel zum Zweck an, die Funktion gilt der Regulierung gesellschaftlicher Konflikte durch Repräsentation und Elitenherrschaft. Hier werden repräsentativ-demokratische Formen, insbesondere Wahlen betont. Partizipation gilt als beschränkt auf die politische Sphäre, die Intensität von Partizipation wird nur als punktuell wahrgenommen. Politische Kompetenzen sollen dem Mangel an Wissen begegnen und zur Einsicht und möglicher Engagementbereitschaft führen. Politische Apathie wird hier als empirischer Tatbestand angesehen und funktional im Sinne der Systemstabilität wahrgenommen. – Hoecker beschreibt zudem eine Taxonomie politischer Partizipation (Hoecker 2006: 11). Demnach werden als Dimensionen politischer Beteiligung einerseits konventionelle und verfasste Verfahren mit den Formen der Staatsbürgerrolle (Wahlen) und parteiorientierter Partizipation (Aktivität in Parteien). Andererseits existieren unkonventionelle und unverfasste Formen, welche in legale und illegale Ausprägungen unterteilt werden. Ersterer wird als problemorientierte Partizipation verstanden (Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Beteiligung an Versammlungen an öffentlichen Diskussionen usw.) (ebd.). – Ähnlich unterteilt Schultze (2005: 675) politische Partizipation in ein instrumentelles und normatives Verständnis: „Instrumentell bzw. zweckrational sind alle diejenigen Formen politischer Beteiligung, die Bürger freiwillig, individuell und/oder kollektiv im Verbund mit anderen unternehmen, um politische Entscheidungen direkt oder indirekt zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Es geht um Teilnahme, Wertberücksichtigung und Interessendurchsetzung“. Adressaten der politischen Partizipation sind Institutionen und Entscheidungsträger des politischen Systems. Dagegen im „normativen Verständnis ist Partizipation nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch Ziel und Wert an sich. Es geht nicht um Einflußnahme und Interessendurchsetzung, sondern um Selbstverwirklichung im Prozeß des direkt-demokratischen Zusammenhandelns und um politisch-soziale Teilhabe in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft. Ein solcher normativer Begriff von Partizipation ist konsensorientiert, kommunitär und expressiv, der instrumentelle Partizipationsbegriff, dem marktliberalen Rationalitätsverständnis eng verwandt, hingegen konfliktorientiert“ (ebd.: 675 f.). Direktdemokratische Formen politischer Partizipation wie Bürgerinitiativen würden zwar „eine nach Intensität abgestufte Beteiligung zulassen, aber auch mit einem (teilweise weit) höheren Maß an Engagement und Kosten verbunden“ sein (ebd.: 676).

zunehmende Ausdifferenzierung bürgerschaftlicher Aktivität in der Gesellschaft (also auch Veränderung bzw. hinzugewinnung von Partizipationsformen³⁷) – wurde zum einen die Definition politischer Partizipation ausgeweitet bzw. vielschichtiger³⁸. Zum anderen entsteht hieraus aber eine Überschneidung mit den Beschreibungen anderer Partizipationsformen (soziale, monetäre, organisationale usw.), welche unabhängig von der Auseinandersetzung um politische Partizipation seit längerer Zeit untersucht werden. Zunächst erscheint es nahe liegend, dass sich analog zur Ausweitung der Sphäre des Politischen (in alle gesellschaftlichen und Lebensbereiche) auch die Ausdehnung der Begriffsbestimmung der politischen Partizipation vollzieht (vgl. Fox 2013). Die Literatur ist in dieser Hinsicht noch uneins.

Definitionen von politischer Partizipation sind in der Literatur nicht einheitlich aufgestellt worden, es können zwar einige Übereinstimmungen, aber auch eklatante Abweichungen ausgemacht werden. Übergreifend finden sich Definitionen politischer Partizipation über Bereiche (repräsentative, direkte, deliberative und demonstrative und symbolische Partizipation)³⁹ sowie Definitionen politischer Partizipation über eine Form des Einflusses von Individuen auf politische Entscheidungsprozesse⁴⁰.

-
- 37 Dazu werden alle Aktivitäten von Bürgern gefasst, die sich jenseits von klassischer politischer Partizipation über Wahlen und Parteien bewegen, z. B. Veranstaltungen, Initiativen usw.: „Der Wandel des politischen Verhaltens der Deutschen lässt sich vor allem am großen Bedeutungsgewinn themenbezogener Aktivitäten festmachen, die seit den 1970er Jahren eine immer größere Rolle als Formen politischer Einflussnahmen einnehmen und seit einigen Jahren weiter verbreitet sind als partei- und wahlbezogene Aktivitäten sind“ (Kersting 2014: 58).
- 38 Vgl. zu den erweiterten Formen politischer Partizipation, welche bspw. über Wahlen hinaus gehen Christensen 2011, zu methodischen Unterscheidungen Pfenning/Benig-haus 2008 sowie zur Frage der Erhöhung demokratischer Qualität durch erweiterte Verfahren Erhard/Lauwers/Schmerz 2013.
- 39 Politische Partizipation lässt sich nach Kersting in vier Bereiche demokratischer Beteiligung unterordnen, die jeweils unterschiedliche Instrumente und Logiken beinhalten: repräsentative (invited space, z. B. Wahlen), dazwischen direkte (z. B. Referendum, Petition), deliberative (z. B. Forum, Bürgerversammlung, Planungszelle, Beirat) und demonstrative (invented space, z. B. Demonstration, Leserbrief) bzw. symbolische Beteiligung (Kersting 2014: 60). An anderer Stelle werden Formen von politischer Partizipation von Kersting und Woyke unterschieden in (Kersting/Woyke 2012: 21 ff.): „indirekt/repräsentativ – direkt/themenorientiert; numerisch – dialogisch/deliberativ; mobilisiert (invited space) – spontan (invented space); real – virtuell“.
- 40 Verba, Nie und Kim definierten im Jahre 1978 (S. 46) politische Partizipation als „legal activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/or the actions they take“. Verba et al. (1995: 38) weiteten diese Definition nochmals aus auf „political participation can be understood as every kind of behavior of the citizen, taken individually or as a group,

Fraglich bleibt hier allerdings, was bereits einen Einfluss ausmachen soll und in welchem Falle ein politischer Entscheidungsprozess festgestellt werden kann⁴¹. Schließlich werden nach neuerem Verständnis individuelle Handlungen zur Erreichung politischer Ziele als definitorisches Merkmal der realistisch-empirischen Demokratietheorie gegenüber der normativen Variante herangezogen, die Partizipation mehr als (integratives) Lebensprinzip ansehen würde (vgl. Hoecker 2006)⁴².

Häufig zitiert wird die Definition von Max Kaase, der eine schlichte und offene Definition von politischer Partizipation vorschlägt, hinsichtlich irgendeines (freiwilligen) Einflusses auf politisches Handeln⁴³: „*Political participation refers*

with the goal to influence a political decision“. Barnes und Kaase (1979: 42, vgl. auch Kaase 1992: 339) sprachen in ähnlicher Weise von „Verhaltensweisen von Bürgern (...), die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“.

- 41 Max Kaase (2000) versucht politische Partizipation weiter zu konkretisieren als „alle Handlungen, die Bürger einzeln oder in Gruppen freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Gemeinde, Land, Bund, evtl. supranationale Einheiten) zu beeinflussen und/ oder selbst zu treffen. Diese instrumentelle Definition von Partizipation heißt nicht, daß in der Realität nicht auch Fälle auftreten können, in denen Partizipation im Rahmen z.B. von Gruppenaktivitäten ohne eigene politische Zielsetzung stattfindet (expressive Partizipation)“ (Kaase 2000: 466). Allerdings relativiert er auch hinsichtlich von Einstellungen: „Mit der Beschränkung auf konkrete Handlungen sind zunächst Einstellungen gegenüber Partizipation ausgeklammert. Dies ist einerseits im Interesse einer eindeutigen Abgrenzung des Gegenstands sinnvoll. Andererseits hat die Forschung gezeigt, daß auch handlungsbezogene Einstellungen wichtige Informationen über die Handlungsorientierungen von Gesellschaften insgesamt und über die Bedingungen enthalten, unter denen es zu konkreten Akten politischer Partizipation kommt“ (ebd.: 466 f.).
- 42 Beate Hoecker leitet aus der vorherigen Definition ab, dass nur Handlungen erfasst werden, die explizit auf die Erreichung eines politischen Ziels hin ausgerichtet sind, außerdem weist sie auf eine individuelle Nutzung hin, vornehmlich durch Wahlen garantiert (Hoecker 2006: 4). Eine solche Betrachtungsweise sortiert Hoecker in die realistisch-empirische Demokratietheorie ein, welche sich von einer zweiten Richtung abgrenzt, der normativen Demokratietheorie, welche Demokratie nicht primär als Methode, sondern als Herrschafts- und Lebensform betrachtet (ebd.: 6 ff.).
- 43 Max Kaase (2011: 1777) versucht schließlich einen grundsätzlichen Zugang zu Partizipation im Allgemeinen hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen: „(...) each domain encompasses individuals (the microlevel), an intermediary structure (the mesolevel) linking individuals and institutions in that domain, and systemic elements crystallized in rules and institutions regulating the particular domain in question (the macrolevel)“. Hinzu kommt eine übergreifende transnationale Ebene. Kaase beschreibt nun die Partizipationsoptionen, die sich je nach Ebene ergeben können, wobei individuelle Einflüsse (Partizipation wird „von unten“ durch Individuen angestrebt) und institutionelle Arrangements (Partizipation

simply to activity that is intended to influence government action-either directly by affecting the making or implementation of public policy or indirectly by influencing the selection of people who make those policies. *Voluntary* activity means participation that is not obligatory-no one is forced to volunteer-and that receives no pay or only token financial compensation“ (Kaase 2011: 1781). Schwieriger wird es aber bei einer Definition von sozialer Partizipation, die politische Einflussnahme überdecken oder integrieren könnte. Kaase stellt auf Aktivitäten ab, die über das private Umfeld hinaus gehen: „Other than political participation, social participation has not yet achieved the status of a well-defined social science subfield. Analogous to political participation, social participation can be defined as all activities by individual citizens in social contexts going beyond the inner circle of family and friendship relations that are not primarily directed toward influencing political outcomes. As such, social participation constitutes a core element of civil society“ (ebd.: 1786). Die Bedeutung sozialer Partizipation habe durch die „Entdeckung“ der Zivilgesellschaft zugenommen, basierend auf Studien zur Bedeutung von Sozialkapital (Putnam 2000) (ebd.).

Der Definition von Kaase schließt sich Oscar Gabriel an, der auf diese Weise auch eine Erweiterung von Beteiligungsformen einschließen möchte, die über klassische politische Beteiligungsformen wie Wahlen und Parteien (konventionelle Formen gegenüber unkonventioneller Beteiligung wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Bürgerinitiativen) hinausgeht: „alle freiwilligen Aktivitäten, mittels derer Bürger – nicht die Inhaber politischer oder administrativer Positionen – versuchen, Personal- oder Sachentscheidungen auf verschiedenen Handlungsebenen des politischen Systems zu beeinflussen oder unmittelbar an diesen mitzuwirken (...). Seit dem Beginn der empirischen Partizipationsforschung haben sich die von den Bürgern zu diesem Zweck ausgeführten Aktivitäten vervielfacht

wird „von oben“ ermöglicht) denkbar sind: „Participation refers (...) to activities by individual members of any given meso- or macro-unit of analysis. Second, in the core of participation is the action itself -that is, individual behavior-even if attitudes as the antecedents of such behavior (...) may also be of interest. Third, individuals never act in a social void; therefore, to understand why people act at all and in the way they do, one has to consider the embeddedness of individuals in a context conducive to action. This context can also be the institutional arrangements on the macrolevel (e.g., for voting, the electoral law in a given country) or the social environment that an individual is part of. Fourth, modern social science is (...) also about dynamics and change (...). Fifth, and returning to the concept of domains as subunits of sociopolitical systems resulting from processes of differentiation in contemporary societies, participation for the purpose of this entry is divided into a part on political participation and a smaller-part on social participation (there are other fields worth looking at, e.g., cultural participation (...))“ (ebd.: 1777 f.).

und strukturell immer stärker ausdifferenziert (...). In Folge der Erweiterung und Ausdifferenzierung des Beteiligungssystems verzeichneten die traditionellen Formen politischer Einflussnahme, insbesondere die Stimmabgabe bei Wahlen und die Mitgliedschaft in politischen Parteien, in den letzten Jahrzehnten in Deutschland einen starken Rückgang. Auch wenn die Stimmabgabe bei Wahlen immer noch die mit weitem Abstand am weitesten verbreitete Form politischer Beteiligung ist, hat sie im Gegensatz zu anderen Formen politischer Einflussnahme an Gewicht verloren“ (Gabriel 2013b: 383).

Auch Dieter Rucht (2010: 2) rekurriert auf Kaases Definition und fasst politische Partizipation eher weit, jedoch abgegrenzt von persönlichen Interessen und Engagement „(...) vom bloßen politischen Interesse und von Formen des sozialen bzw. karitativen Engagements (etwa der Nachbarschaftshilfe oder der Spende für Katastrophenopfer)“. Rucht möchte aber politisches Engagement an Motiv und Nutzen knüpfen, die allerdings individuell und subjektzentriert definiert werden: „Politisches Interesse ist in aller Regel eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für politische Partizipation. Um wirkliche Partizipation auszulösen, bedarf es zusätzlich eines Motivs für ein konkretes Engagement und zumeist auch der Hoffnung, dass die gewählte Aktivität einen wie auch immer gearteten Nutzen erwarten lässt. Dieser kann in der Genugtuung bestehen, seinem Ärger Luft gemacht zu haben, auf die Wahrung oder Erlangung eines individuellen bzw. kollektiven Vorteils zielen oder auch in der moralischen Befriedigung bestehen, die aus einem Engagement für unterprivilegierte Gruppen oder für das Gemeinwohl erwachsen kann“ (ebd.).

Eine andere grundlegende Auseinandersetzung mit politischer Partizipation findet sich bei Jan van Deth. Dieser setzt politische Partizipation zunächst aus vier Grundbedingungen zusammen (van Deth 2009: 170 ff.):

- Betätigung als Bürger und nicht als Politiker
- Aktive Handlung muss vorliegen, nicht nur Einstellung, sondern Verhalten
- Freiwillige Ausübung
- Bezug zu den Bereichen Regierung/Politik und Öffentlichkeit, keine Beschränkung auf spezifische Stadien oder Bereiche des politischen Entscheidungsprozesses

Darüber hinaus hält van Deth die Unterscheidung zwischen instrumentellem und normativem Partizipationsbegriff für wenig zielführend (ebd.: 143 f.); er sieht die beiden Sichtweisen eher als „Schwerpunktsetzung“ an, nicht als „Trennlinie“ (ebd.: 144). Partizipation dient demnach insbesondere „bestimmten Zwecken im Rahmen demokratischer Entscheidungsprozesse“ (ebd.). Van Deth sieht drei zentrale Zwecke von Partizipation, die Beeinflussung, Mitsprache sowie Meinungs- und

Willensbildung (ebd.: 145). Letztlich fragt er insbesondere auf subjektiver Ebene danach, welche Zwecke von den Partizipanten angestrebt werden würden: „Gut versteckte Eigeninteressen, Rationalisierungs- und Legitimierungsversuche, aber auch Unwissenheit und falsche Wahrnehmungen machen es nicht einfach, Beteiligungszwecke zuverlässig zu erkennen“ (ebd.).

Daher unterscheidet van Deth verschiedene Formen und Niveaus, Begriffe wie „unkonventionelle Formen von Partizipation“ hält er für überkommen (ebd.: 146); außerdem habe eine ständige Ausweitung der Formen stattgefunden (ebd.: 146): „Das allmähliche Auflösen der Grenze zwischen politischer und nicht-politischer Sphäre in modernen Gesellschaften und die Wiederbelebung des Tocquevilleanischen und des kommunitaristischen Ansatzes führten zu einer Ausweitung politischer Partizipation durch ‚bürgerliche‘ Aktivitäten wie zum Beispiel ehrenamtliche Tätigkeiten (...). Bis dahin wurde Partizipation in ‚freiwilligen Vereinigungen‘ oder ‚soziale Partizipation‘ als analytisch und empirisch verschieden von politischer Partizipation konzeptualisiert. Ergebnis dieser schrittweisen Ausweitung war, dass das Gebiet der politischen Partizipation zu beinahe allen erdenklichen Formen nicht-privater Aktivitäten wurde. Selbst wenn man alle Formen politischer Partizipation, die in verschiedenen Studien verwendet werden, sehr lose und grob klassifiziert, kommt man zu einer Liste mit etwa 70 Aktivitäten (...). Das Repertoire politischer Partizipation ist in den letzten Jahrzehnten offensichtlich enorm gewachsen“. Angelehnt an Klassifikationen der bisherigen Forschung unterscheidet van Deth selber vier Dimensionen der politischen Partizipation (ebd.: 147): Wählen, Kampagnenaktivitäten, Kontaktieren von Behörden oder Politikern sowie Aktivitäten in freiwilligen Organisationen (noch unklar, ob es ein eigener Typ ist).

2.2.1 Neue Definitionen von politischer Partizipation: Subjektzentrierte Sichtweise

In jüngerer Zeit wurden von einigen Autoren innovative, neuere Ansätze zur Systematisierung und Klassifikation von Beteiligung entwickelt.

Hierbei können neue Fragestellungen, z. B. hinsichtlich des Raumes und der Reichweite von Partizipation („wo findet politische Partizipation statt?“, z. B. private,

öffentliche oder virtuelle Räume, Funktion und Struktur der Räume usw.)⁴⁴ sowie Partizipationskanäle⁴⁵ gefunden werden.

Im Zentrum der Debatte steht allerdings insbesondere die Frage, ob und inwiefern eine Erweiterung des Begriffs der politischen Partizipation um Aktivitäten, welche nicht unmittelbar mit politischen Angelegenheiten (politische Inhalte i. S. v. Policies) bzw. Sphären (politisches System i. S. v. Polity) oder Prozessen und Verfahren (politische Instrumente i. S. v. Politics) vorgenommen werden soll. Dies meint insbesondere Aktivitäten der Zivilgesellschaft (z. B. in Form von bürgerschaftlichem

de Moor 2016a

45 So verweist Jan van Deth auf typologische Ansätze, die nach strukturellen Kanälen unterscheiden (van Deth 2009: 147): Kanäle der Repräsentation (wie zum Beispiel Wahlen, Parteiaktivitäten oder auch Bürgerinitiativen, die Abgeordnete beeinflussen möchten) sowie andere Kanäle jenseits von demokratischen Institutionen (wie zum Beispiel die Anwendung von Produktboykotten oder Versuche, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, eine weitere neue Form stellt hier der Konsum dar).

Engagement⁴⁶), welche einen Bezug zum öffentlichen Raum und Angelegenheiten des öffentlichen Interesses aufweisen (z. B. gemeindebezogene Aktivitäten⁴⁷).

- 46 Vgl. zur Debatte um den Ausschluss von bürgerschaftlichem Engagement aus politischer Partizipation versus Einschluss von bürgerschaftlichem Engagement Norbert Kersting, der explizit eine Separation vertritt: „Zunächst muss eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen politischer Partizipation als Beteiligung an der Entscheidungsfindung und bürgerschaftlichen Engagement als Beteiligung an der Implementation gemeinwohlorientierter Selbsthilfefprojekte getroffen werden. (...) Bürgerschaftliches Engagement (Co-Produktion) spielt eine wichtige gesellschaftliche Rolle (z. B. für den Aufbau von sozialem Kapital). Dieses bürgerschaftliche Engagement sollte aber von politischer Partizipation, d. h. einer Beteiligung, die vorrangig auf die Beeinflussung der Entscheidungsfindung abzielt, grundsätzlich unterschieden werden“ (Kersting 2014: 60). Vgl. an anderer Stelle auch Kersting und Woyke, die bürgerschaftliches Engagement als Beteiligung im Rahmen von Implementationen oder (gemeinwohlorientierter) Selbsthilfe definieren, die in privatisierten, selbstverantwortlichen Organisationen (wie Vereinen) vorgefunden werden könnten (Kersting/Woyke 2012: 20 f., daneben Kersting 2008: 20). Politische Partizipation hingegen sei ausschließlich „Beteiligung am Entscheidungsfindungsprozess“ (ebd.). – Klaus Koopmann vertritt hierzu eine Gegenansicht, indem er explizit von bürgerschaftlicher Partizipation spricht. Er bezieht sich auf den Einfluss auf politische Prozesse und verbindet Partizipation mit hohen qualitativen, insbesondere individuellen Ansprüchen, bezogen auf „freiwillige, reflexive, verantwortliche, kooperative und nicht auf persönlichen materiellen Gewinn bezogene Beteiligung von Bürgern an öffentlichen, gemeinwesenbezogenen, demokratisch legitimierte staatlich-politische Akteure und Institutionen einbeziehenden Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen unter den Bedingungen verfasster demokratischer Regeln sowie öffentlicher, konfliktorischer Interessenkonstellationen und öffentlichem Machtgebrauch“ (Koopmann 2012: 1). In Form einer Kombination definiert Koopmann eine bürgerschaftliche Partizipation wie folgt: „Bürgerschaftliche Partizipation (...) ist die freiwillige, reflexive, selbstgesteuerte und zugleich kooperative sowie verantwortliche Beteiligung von Bürgern an öffentlichen, gemeinwesenbezogenen, in der Regel problemlösungsorientierten, demokratisch legitimierte staatspolitische Akteure und Institutionen einbeziehende Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen unter den Bedingungen verfasster demokratischer Regeln sowie öffentlicher, konfliktorischer Interessenkonstellationen und öffentlichem Machtgebrauch“ (ebd.: 6 f.).
- 47 So definiert Wichard Woyke politische Partizipation als „jene Verhaltensweisen von Bürgern, die als Gruppe oder allein freiwillig Einfluss auf politische Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Kommune, Land, Bund und Europa) ausüben wollen. Man unterscheidet konventionelle (verfasste, gesetzlich garantierte und geregelte) von unkonventionellen (nicht verfasste) Formen der politischen Partizipation (Woyke 2009: 549). Unter gemeindebezogenen Aktivitäten der politischen Partizipation fasst Woyke „institutionalisierte, jedoch zeitlich begrenzte Formen politischer Beteiligung (...) wie z.B. die zeitweilige Mitwirkung an lokalen Problemlösungen (...)“ – womit vermutlich Bürgerinitiativen u.ä. gemeint sind (ebd.: 550). Diese Formen der politischen Partizipation grenzt Woyke wiederum von der sozialen Partizipation ab, die „vor allem das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement umfasst“ (ebd.).

Susanne Pickel (2012: 43) erweitert beispielsweise Formen von politischer Beteiligung des klassischen Rasters um weitere, vor allem soziale und virtuelle Formen und nimmt damit eine zeitgenössische Einordnung vor: (1) formell und konventionell als Pflichterfüllung (Staatsbürgerrolle) oder Eigeninitiative (als parteiorientierte Partizipation, Partizipation in politischen Diskussionen, soziale Partizipation mit ehrenamtlicher Tätigkeit oder als Online-Partizipation), (2) informell entweder unkonventionell und legal als problemspezifische Partizipation (und damit wiederum verbunden mit sozialer Partizipation und ehrenamtlicher Tätigkeit) oder informell systemverändernd und damit – im Sinne einer Revolution – illegal.

Ein prominenter Vertreter des erweiterten Verständnis von politischer Partizipation ist Jan van Deth. Zur Begründung verweist er beispielsweise auf eine Korrelation zwischen Kontaktaufnahme mit Politikern und politischem Konsum hinsichtlich von Motivation und Einflussart. Auch individuelle, nicht-organisierte zivilgesellschaftliche Engagementformen sind demnach als politische Partizipation im Sinne einer Ergänzung zum Repertoire politischer Partizipation zu werten (van Deth 2009;2014, van Deth/Maloney 2012, vgl. zur breiten Ausgangsüberlegung van Deth 2013a sowie zur Klassifikation von Lifestyle Politics (kursiv setzen!!) als politische Partizipation de Moor 2016a).

Insbesondere der Charakter von Aktivitäten wird nach diesem Verständnis zu einem entscheidenden Faktor bei der Einordnung: „Anschließend an Alfred Hirschmans (...) Unterscheidung zwischen „exit“ und „voice“ kann man Partizipationsformen aufgliedern in Einflussmöglichkeiten, die Bürger benutzen können oder nicht (wie zum Beispiel Wahlen) und Aktivitäten, die angewendet werden, um Aufmerksamkeit auf bestimmte Präferenzen oder Interessen zu lenken (wie zum Beispiel Bürgerinitiativen oder Unterschriftenaktionen)“ (van Deth 2009: 147). Weiter kann aufgeschlüsselt werden, welche Adressaten die Beteiligungsformen haben: „Innerhalb dieser letzten Gruppe von Partizipationsformen ist ferner ein Unterschied auf der Basis des Ziels der Aktivitäten möglich. Manche Formen politischer Partizipation richten sich auf bestimmte Akteure, Gruppen oder Institutionen (wie beispielsweise eine Blockade des Rathauses kurz bevor eine wichtige Gemeinderatssitzung sich an die Ratsmitglieder richtet), während andere Aktivitäten keine klaren Adressaten haben und meistens versuchen, die Öffentlichkeit zu beeinflussen (wie zum Beispiel die Publikation von Zukunftsprojektionen)“ (ebd.: 147 f.).

Das Unterscheidungsmerkmal soll hiernach das Ehrenamt bilden, wobei dieses aber explizit auch Bestandteil politischer Partizipation sein kann: „Diese auf soziale Integration gerichteten Aktivitäten können zwar durchaus politischen Charakter erreichen, sind aber in der Regel im ehrenamtlichen Bereich zu verorten“ (ebd.).

In diesem Raster würden Bürgerenergie-Initiativen analog zum Beteiligungsmodus in Form von politischem Konsum als exit-basierter und extra-repräsentativer Kanal einzuordnen sein, wobei eine Schwelle zum voice-basierten Charakter der Aktivitäten zu finden wäre (nicht gezielt durch Aktivität in der Gruppierung, sondern gezielt durch Kontaktieren), wenn Mitglieder von einer passiven finanziellen Teilhabe in die aktive Nutzung ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten wechseln. Analog dürfte die Idee zutreffen, dass sowohl alternative Konsumpraktiken als auch alternativ-ökonomisch ausgerichtete Handlungsformen wie Bürgerenergie Innovationen der Partizipation und Kollaboration erzeugen (Jäckel 2014).

Die Ausdehnung der Zuordnung neuerer, individualisierter und partizipativer Praktiken zu politischer Partizipation macht eine konkrete Einordnung von Beteiligungsverfahren und -praktiken immer schwieriger, wenn nicht gar unmöglich. Nach Jan van Deth hat sich eine schier endlosen Anzahl von Begrifflichkeiten entwickelt (van Deth 2014a;2015a). Dies ist insbesondere auf den Umstand zurückzuführen, dass eine Integration von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, also von bürgerschaftlichem Engagement, verstärkt thematisiert wird (Einbezug von Civil Society Participation diskutiert bei Cornwall 2002, Macedo 2005, Zukin et al. 2006, Cornwall/Coelho 2007, Dalton 2008, Woyke 2009, Koopmann 2012, Whitley 2012, Fox 2013, de Moor 2016a). Van Deth weist hierbei auf die entstehenden Ungenauigkeiten hin: So kann eine Beeinflussung des öffentlichen Lebens nach Macedo (2005) letztlich alles bedeuten, ähnliches gilt für die Merkmale „freiwillig“ und „bezogen auf Problemlösungen und Hilfestellungen“ (van Deth 2014aa: 350). Aus solchen Begriffsbestimmungen würde eine sehr allgemeine und oberflächliche Beschreibung von politischer Partizipation folgen. Van Deth möchte hingegen eine Verknüpfung der neueren individualisierten Beteiligungsformen zu politischen und staatlichen Angelegenheiten als Mindestanforderung für die Zuordnung zu politischer Partizipation aufrechterhalten; bürgerschaftliche Aktivitäten können allerdings explizit als eine Form politischer Partizipation sein: „Political participation is an abstract or general concept that covers voluntary activities by citizens usually related to government, politics or the state“ (ebd.: 353).

Eine Lösung des Zwiespalts zwischen weiter Auslegung und Exaktheit könnte in einem gestuften Verständnis von politischer Partizipation liegen. Van Deth entwickelte hierzu sieben Bedingungen und vier Formen von politischer Partizipation (ebd.: 354 ff.). Die erste Bedingung besteht in einer Handlung (Verhalten oder Aktivität), welche eine konkrete Tätigkeit darstellen muss (also z. B. keine Gesinnung). Die zweite Bedingung bezieht sich auf das Vorliegen von Freiwilligkeit, während eine dritte Bedingung die Tätigkeit von Bürgern beschreibt, welche nicht professionell oder bezahlt ausgeübt werden muss, sondern laienhaftes Bürgerhandeln bezeichnet. Schließlich wird eine vierte Bedingung durch Verortung

in der Sphäre von Politik, Regierung und Staat gebildet; van Deth möchte hierbei die allgemeine institutionelle Architektur des politischen Systems (Sphäre der Polity-Dimension) verstanden wissen (ebd.: 356). Diese vier Bedingungen würden bei Vorliegen zunächst zu einer Minimal-Definition von politischer Partizipation führen (Var. 1 von politischer Partizipation) (ebd.).

Die fünfte und sechste Bedingung fokussieren die Ziele und Absichten der Beteiligung. Sie müssen entweder direkt die politische Sphäre (Var. 2 von politischer Partizipation) oder aber gemeinschaftliche Handlungsweisen, welche als übergreifende Problemlösungsansätze dienen (Var. 3 von politischer Partizipation), betreffen. Im letzteren Fall unterscheidet van Deth weiterhin, ob hieraus politische oder nicht-politische Tätigkeiten folgen und ob diese politisch motiviert sind. Gemeint sind mit den Handlungsweisen, die einer gemeinschaftlichen Problemlösung dienen, solche des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der Zivilgesellschaft (wie Bürgerinitiativen oder Nachbarschaftsräte mit ökologischer Motivation o. ä.) (ebd.: 358), welche zusätzlich die bereits genannten Bedingungen von konkreten Handlungen, Freiwilligkeit und Bürgerhandeln erfüllen müssen. In diesen Bereich fällt die so genannte „individualized collective action“ (ebd.), also neuere, kollektiv organisierte, aber individualisierte Beteiligungsformen (z. B. Urban Gardening), welche einen Teil von einer gemeinschaftlichen Problemlösungsstrategie darstellen (Micheletti 2003, Shirky 2008, van Deth 2011, van Deth/Maloney 2012).

Im Falle des Vorliegens von nicht-politischen Handlungsweisen auf der einen Seite und politischer Motivation auf der anderen Seite prägt sich eine letzte mögliche Variante von politischer Partizipation aus (Var. 4 von politischer Partizipation). Hierzu zählen kreative, expressive, personalisierte und individualisierte Beteiligungsformen. Ein Beispiel hierfür kann politisch motivierter Konsum sein (van Deth 2014a: 358 f.). Entscheidend ist dabei die bewusste und gezielte Handlungsform sowie der Aspekt der Selbstverwirklichung, wie es in der Idee von Do-It-Yourself-Bürgern, -Politik und -Demokratie zum Ausdruck kommt (Willis/Schor 2012, Bennett 2012, Ratto/Boler 2014, Lee 2015).

Schließlich verlangt van Deth auch im Falle der vorherigen drei Typen von politischer Partizipation das Vorliegen von (individuell geprägter) politischer Motivation, welche die Einordnung erst endgültig macht. Van Deth behandelt diese Dimension der Motivation isoliert, um exakter bei der Bestimmungsweise vorgehen zu können (van Deth 2014a: 360). Dieser Ansatz der Einteilung und Festlegung von Merkmalen versucht verschiedenste Beteiligungspraktiken zu integrieren, indem nicht teleologisch Merkmale den Bedingungen zugeordnet werden, „the question is *how to include such aspects consistently*“ (ebd.: 358).

Allerdings können van Deths vier Definitionen aber wieder an die klassischen Vorstellungen von politischer Partizipation angelehnt werden (ebd.: 361): Die erste

Variante entspricht den konventionellen Formen politischer Beteiligung (Wahlen, Parteiarbeit usw.), die zweite Variante den unkonventionellen Formen (Petitionen, politischer Aktivismus usw.), die dritte Variante den Formen des bürgerschaftlichen Engagements (soziale und organisationale Beteiligung, Freiwilligenarbeit), die vierte und letzte Definition der expressiven politischen Partizipation beschreibt hingegen individualisiertes Gemeinschaftshandeln und personalisierte Einflussnahme (politischer Konsum, Boykott) (vgl. weitere Typologie von Lifestyle Politics (kursiv setzen!!) bei de Moor 2016a, der in individuelle und kollektive Formen sowie direkte und indirekte Strategien unterteilt).

Partizipation im Rahmen von Bürgerenergie-Initiativen würde zur dritten Variante des gemeinschaftlichen Problemlösens zählen, welches soziale und organisationale Partizipation enthält. Hier kommt es gleichwohl zum von van Deth benannten Problem der Ungenauigkeit der Festlegung von bürgerschaftlichem Engagement in der Zivilgesellschaft, weil dieses alle möglichen Handlungen umfassen kann. Es bleibt unklar, was die Termini „Probleme“ und „Gemeinschaft“ genau meinen, diese müssten konkretisiert werden. So könnte es sich um Probleme von öffentlichem Belang handeln, wie etwa der Klimaschutz. Auswirkungen von Klimawandel sowie der Einsatz erneuerbarer Energien sind für die gesamte Öffentlichkeit spürbar. Auch der gemeinschaftliche Problemlösungsansatz würde auf das Phänomen von Bürgerenergie-Initiativen in Form eines kollektiven Engagements von Bürgern zutreffen. Dagegen steht aber der privatwirtschaftliche Status, der bereits bei den Grundbedingungen von van Deth ausgeschlossen wird. Daher würden von diesem Konzept insbesondere kleinere laienhafte Bürgerenergie-Initiativen ohne professionelles Management erfasst werden, die auf Ehrenamt und Freiwilligkeit basieren.

Zusammenfassend kann die Integration von bürgerschaftlichem Engagement festgehalten werden. Die zivilgesellschaftliche Aktivität kann hierbei politischer oder sozialer Natur sein und über konventionelle wie unkonventionelle Formen ablaufen. Der konkrete Ort der Partizipation ist unerheblich, tangiert werden muss aber die Sphäre der „institutional architecture of the political system“ (Polity-Ebene) (ebd.: 356).

Möglicherweise könnte dies eine Schnittstelle von politischer und sozialer Partizipation darstellen, die sich als eine „Weite des politischen Vor-Raumes“ (von Alemann/Strünck 1999) beschreiben ließe. Dies wäre ein nahe liegendes Denkmodell, denn in den erweiterten Foren der politischen Partizipation, wie in Gruppen der Lokalen Agenda, Klimaschutz-Initiativen und -Foren, werden explizit politische Fragen thematisiert. Bürgerenergie-Initiativen und in diesem Feld aktive Umweltsvereine und -verbände stehen im lokalen Umfeld häufig mit diesen Foren in Kontakt, zum Teil sind sie sogar in der Rolle der Veranstalter und Organisatoren. Damit wäre eine Einfluss auf politische Willensbildungsprozesse durch Nähe, Austausch

und Kontakt zum politischen System und Diskursentfaltung in der Öffentlichkeit höchst wahrscheinlich (siehe Denkmodell bei Hälterlein 2015).

Im Kontext von Bürgerenergie ist darüber hinaus ein Schritt zu nachhaltig motiviertem Konsum nicht fern: Beteiligte an Bürgerenergie-Projekten treffen in erster Linie eine finanzielle Erwerbsentscheidung. Damit „konsumieren“ sie zwar nicht direkt ein Produkt o. ä., die Ausgangslage ist jedoch sehr ähnlich: Hier wie da soll primär durch eine finanzielle Entscheidung einem ideell motivierten Ziel (Klimaschutz, Ökologie, gemeinschaftliches Eigentum, Stärkung von Gemeinde und Region usw.) entsprochen werden (i. S. v. grünem bzw. nachhaltigem Konsum, vgl. Kinnear/Taylor/Ahmed 1974, Roberts 1996, Straughan/Roberts 1999, Zarnikau 2003, Goldblatt 2005, Kühling 2014). In einigen Fällen kann es sogar zu einer Verbindung von Konsum und Bürgerenergie-Beteiligung kommen. Durch Aufbau und Betrieb von eigenen Wärme- oder Stromnetzen kann der Bürgerenergie-Beteiligte selbst Konsument der eigenständig produzierten Wärme oder Stroms werden (Prosuming), womit sich der Kreis von eigenständiger Produktion und individuell gesteuertem Verbrauch schließen würde (vgl. Rifkin 2014: 135 ff., Hellmann 2016). Sowohl Bürgerenergie als auch nachhaltiger Konsum tragen somit das Potential in sich, soziale, ökonomische und technische Innovationen zu erzeugen (Cohen/Brown/Vergragt 2013). Für diese Untersuchung bleibt schließlich die Frage offen, ob analog zum politisierten Konsum (Lamla/Neckel 2006) auch Bürgerenergie eine politisierte Form von in diesem Falle zivilgesellschaftlich-ökonomischer Handlungsweise darstellt.

Die Nähe von bewussten und reflektierten Konsum- und Produktionspraktiken und diversen Beteiligungsmöglichkeiten in diesem Kontext ist somit deutlich erkennbar. Die Bedeutung der Bürgerrolle und Gestaltungsmacht im Konsumbereich und angrenzenden Themenfeldern ist inzwischen in der Literatur differenziert beschrieben worden (vgl. Krefß et al. 2014, Krefß/Rubik/Müller 2014, Rubik/Krefß 2014, Rubik et al. 2014). Die engagierten Klima-Citoyens können im Falle von Bürgerenergie verschiedene Rollen annehmen. Nach Rubik und Krefß (2014: 4) beziehen sich diese zum einen auf den privaten (Energiekonsum im Haushalt) und den öffentlichen Raum (Einfluss auf den Ausbau erneuerbarer Energien als Investor bzw. Produzent wie im Falle von Bürgerenergie, sowie als politischer Akteur im Kontext lokaler Energiepolitik); zum anderen neben den beiden Rollen als Energiekonsument und Investor/Produzent auch „durch (soziale und politische) Unterstützung/Engagement“ sowie „soziale Effekte (Bildung, Findung öffentlicher Meinung)“ (ebd.: 2 f.). Insbesondere die letzteren beiden Rollen würden eine deutliche Nähe zu politischer Partizipation implizieren, da die zunächst monetäre Beteiligung in Einheit mit weiterer sozialer und/oder politischer Beteiligung im Energie- bzw. Klimaschutz-Themenfeld (z. B. Beteiligung in lokaler Klimaschutz-Initiative) stehen, sowie Ausstrahlungswirkungen auf das Umfeld (Demonstrationseffekte, Anstiftung zu weiterer Partizipation von

Bekannten, Nachbarschaft, Schaffung oder Inanspruchnahme weiterer Beteiligungsmöglichkeiten usw.) und einen Ausgangspunkt für weitere Partizipation in anderen Bereichen bilden kann (vgl. Krefß et al. 2014, Rubik et al. 2014).

Im Falle der Bürgerenergie-Konstruktion ist darüber hinaus eine kollaborative Handlungskette i. S. v. Prosuming möglich (Toffler 1980, Hanekop/Wittke 2010, Juntunen 2014, Rifkin 2014: 135 ff., Hellmann 2016). Diese macht beginnend mit einer Ideenfindungsphase, über Aufbau und Finanzierung von (Energie)Erzeugung bis hin zu eigenständig steuerbarer Nutzung und Verbrauch eine individuelle Gestaltung von Produktion und Konsum möglich. Bemerkenswert ist insbesondere der individualistische Charakter dieser Teilnehmungs- und Gestaltungsmuster. Der Einzelne kann in erheblichem Maße über Fragen der Gestaltung (z. B. Organisation einer Erzeugungsgemeinschaft), Art und Höhe von finanzieller Beteiligung, Platzierung und Typ von technischen Anlagen sowie den Verbrauch der erzeugten Energie (Art, Einsatz und Intensität) entscheiden.

Den Ausgangspunkt von nachhaltigem Konsum und finanzieller, sozialer und organisationaler Beteiligung in Bürgerenergie-Initiativen bildet also eine sehr individuelle Handlungsbereitschaft zu bewusstem Konsum, sowie Mitgliedschaft und Gestaltung von gemeinschaftlichen Projekten. Motivation und Impetus der Handlung werden individuell festgelegt und bestimmt; somit können sie aus Sicht der Forschung auch nur individuell bestimmt werden, was sich allerdings kompliziert gestalten könnte. Denn die Motivationen werden bei einer Person vermutlich schwanken und uneindeutig sein, sie sind oftmals nicht konkret erfassbar. Weitere Probleme können sich durch das Phänomen von sozialer Erwünschtheit bei Angaben zur Motivation im Falle von Befragungen ergeben (Ökologie erscheint erwünschter als Rendite). Darüber hinaus sind Motivationen häufig hybrid und stellen ein Konglomerat aus verschiedenen Ideen, Wünschen und Vorstellungen dar. Daher könnte eine Kopplung von gemessenen Motivationen und konkreten individuellen Handlungsweisen zur Bestimmung und Einordnung von Partizipationsformen sinnvoll sein (de Moor bezieht sich etwa nur auf Handlungsweisen, vgl. de Moor 2016a: 6).

Letztlich bleibt fraglich, ob die neuen individualisierten – ob web-, konsum- oder monetär-basierten – Teilnehmungsformen als politisch einzustufen sind. Sigrid Baringhorst verweist auf das dargelegte neue Verständnis politischer Beteiligung nach van Deth, wonach diese Zuschreibung auf Einschätzung der Beteiligten selbst zurückzuführen ist (vgl. Baringhorst 2016). Eben diese Selbstdefinition von politischer Sphäre und Aktivität wird aber von Beteiligten offenbar nach wie vor konventionell vorgenommen: der politische Raum wird als solcher der Parteien und Parlamente wahrgenommen, individueller Konsum wird selbst nicht als politische Handlung erlebt (Baringhorst 2016: 52 f.). Die maßgebliche Frage ist hier aber, ob diese Selbst-Zuschreibung überhaupt entscheidend sein sollte. Vielmehr kann als

offensichtlich gelten, dass im Falle einer Aktivität von Bürgern, welche in irgendeiner Form öffentliche Belange tangiert (also z. B. die Beschäftigung mit Themen von öffentlicher, nicht rein privater oder ökonomischer Relevanz), deren Zuordnung zu politischen Beteiligungs- und Engagementformen als nahe liegend erscheint. Unabhängig davon scheint die Frage des von van Deth thematisierten Ortes der Beteiligung beantwortet werden zu können: Ob die Handlung des Bürgers im privaten oder öffentlichen Raum stattfindet, mag zwar einen Unterschied hinsichtlich ihrer Wirkungsweise ausmachen, ändert an der Zuordnung zum Politischen aber nichts (z. B. eine politische Äußerung, welche im privaten Raum über Online-Medien verbreitet wird, verliert nicht ihre politische Verortung). Gleichwohl können auch im Internet eher private oder eher öffentliche Räume ausgemacht werden, so wie beispielsweise öffentliche oder geschlossene Mitgliederforen. Die Grenzen sind hierbei sehr fließend und scheinen eine Frage des öffentlichen Zugangs und der Verbreitung zu sein. Sowohl Inhalt, Form als auch der Kontext (privat oder öffentlich) sind daher relevant für eine Zuordnung von politischer Partizipation.

Auch die Möglichkeiten von virtueller Beteiligung und Austausch weisen einen stark individualistischen und privatistischen Charakter auf. Im Falle von Online-Partizipation hat der Einzelne einen sehr starken und selbstbestimmten Einfluss auf jeglichen Input und Output der Meinungsäußerung, das Maß der möglichen Kontrolle und Steuerung übersteigt jede Form nicht-elektronischer Kommunikation. Gleichzeitig kann die Kontrolle auch entgleiten, wenn getätigte Äußerungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können; darüber hinaus sind Manipulationen möglich.

Weiterhin weisen individualisierte Beteiligungsformen Merkmale der Kapitalisierung, Marktkonformität und der individualisierten Lebensformen des Liberalismus auf, wie Postdemokratie-Theoretiker konstatieren. Demgegenüber bilden sich aber gerade kollektive Aktionsformen und Ausprägungen des gemeinsamen Austauschs und der Zusammenarbeit aus, welche gleichsam eine Verwebung mit individualisierter Praxis aufweisen, z. B. individuell geregelte Nutzung von Energie/Wärme bei gleichzeitig gemeinschaftlicher Betreibungsform im Falle von Bürgerenergie (vgl. Dolata/Schrape 2013b, Baringhorst 2016). Damit würden grundsätzlich gegensätzliche Formen einer privatistischen Komponente von Partizipation (vgl. hierzu Papacharissi 2010 und Sennett 2014: „Tyrannei der Intimität“) mit weniger individualistisch-privaträumlichen Formen öffentlicher Teilhabe und des Zusammenlebens wie von Adloff, Leggewie und Moldenhauer (2014) („Konvivialismus“ als Formen des Zusammenlebens „jenseits der Wachstumsgesellschaft“) und Welzer („Communities of Practice“, z. B. Genossenschaften: Welzer 2013: 185 ff.; Welzer/Giesecke/Tremel 2014) sowie Sommer und Welzer (2014) beschrieben, zusammentreffen. Daher kann hinsichtlich von Motiven, Ansprüchen, Nutzungen,

organisationalen Konstruktionen und sozialen Handlungsweisen eine Hybridisierung der Aktions- und Beteiligungsformen konstatiert werden.

Denn es kommt zu einer Vielzahl an Ambiguitäten dieser hybriden Formen, wie etwa im Konsumbereich: „Nachhaltiger Konsum ist zum Beispiel oft eingebettet in komplexe Formen der Selbsterzeugung bzw. des Tauschens, Recyclens oder Reparierens von Produkten. (...) In der solidarischen Landwirtschaft finden Bio-Bauern und Verbraucher neue Formen der direkten, den Handel umgehenden Vernetzung; Reparaturcafés werden zu beliebten Orten, an denen Konsumenten technisches Wissen austauschen und sich gegenseitig unterstützen, die Laufzeit elektronischer Geräte zu verlängern und dadurch Elektroschrott zu vermeiden“ (Baringhorst 2016: 56). Vor allem die Praktikabilität und ein direkter Anwendungsbezug sind typische Ausdrucksformen des Experimentierens von Austausch und Zusammenarbeit: „Nachhaltige Prosumer und Produzer versuchen gemeinsam praktische Lösungen für die großen Herausforderungen des Klimawandels und einer Zukunft mit knapper werdenden Rohstoffen, insbesondere Treibstoffen, zu erarbeiten. Sie schaffen experimentelle Nischen für partizipatorische Innovationen, die nach republikanischem Verständnis weder als politisch noch als demokratieförderlich betrachtet werden“ (Baringhorst 2016: 56 f.). Bürgerenergie-Initiativen beinhalten zwar, wie Konsumpraktiken auch, starke monetär-ökonomische Komponenten, bieten ihren Mitgliedern aber auch Möglichkeiten des Einflusses auf interne Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse (Mitbestimmung, organisationale Partizipation). In Verbindung mit virtuellen und örtlich gebundenen Vernetzungsmöglichkeiten kann sich daher ein eigenständiges Partizipationsmuster herausbilden. Daher erscheint in diesem Kontext die Übernahme und Anwendung der Idee einer integrativen Betrachtungs- und Erfassungsweise verschiedener Partizipationsformen sinnvoll (integrative Theorie von Partizipation, vgl. Vilmar 1977).

Damit wird eine Nähe zu kreativen und experimentellen demokratischen Beteiligungsformen, wie sie in der Literatur in verschiedenen Facetten thematisiert werden, deutlich (Micheletti/McFarland 2011, de Nève 2013, Lamla 2013). Die Idee von „Do-It-Yourself-Citizenship“ trifft diese Ausprägung einer stark selbstbewussten Bürgerrolle in Form von bürgerschaftlichem Einfluss als eigenständiger Handlungsform sehr treffend (Ratto/Boler 2014), ebenso „Do-It-Yourself-Democracy“ (Lee 2015). Diese Idee der kreativen Partizipation kann allerdings bei der Schaffung von rein monetären Beteiligungsoptionen wie im Falle von Bürgerenergie-Initiativen nicht konstatiert werden. Wie aufgezeigt wurde, kann durch verknüpfte, benachbarte Partizipationsformen und Handlungsweisen sowie soziale Effekte eine Art kreatives individuelles Partizipations-Arrangement erreicht werden (bspw. gleichzeitige Mitgliedschaft in Bürgerenergie-Initiative, Umweltverband, Klimaschutz-Initiative und Grünstrom-Konsum). Inwieweit diese Verknüpfung unterschiedlicher Par-

tizipationsformen und Wahrnehmung mehrerer Bürgerrollen in verschiedenen Kontexten gegeben sein könnte, welche individuellen Motivationen und Praktiken des „gemeinschaftlicher Problemlösungsstrategien“ in Bürgerenergie-Initiativen vorliegen, soll in der vorliegenden Arbeit untersucht werden. Bisherige Studienergebnisse weisen bereits auf die Verknüpfung von Bürgerrollen, soziale Effekte und das Vorliegen und Nutzen mehrerer Partizipationsmodi im Themenfeld Energie hin (vgl. Krefß et al. 2014: 17, Rubik et al. 2014: 17).

Zusammenfassend kann im Falle von Aktivitäten wie Bürgerenergie, Urban Gardening und Carsharing eine neue Beteiligungsform mit individualistischem Charakter und in ihrer Form und Praxis flexiblen Struktur ausgemacht werden, welche vermutlich einerseits aus den individuellen Praktiken (Bsp.: verschiedenste monetäre und insbesondere virtuelle Modi des Einflusses und der Einbringung) und der Ausdifferenzierung der Strukturen der Anwendungsbereiche (Bsp.: variierende Konsumpraktiken je nach Kontext, Projektcharakter von Bürgerenergie-Initiativen usw.) gleichsam resultiert.

Hiermit wird eine subjektzentrierte Sichtweise auf Partizipation prägnant, welche stark durch intrinsische Motive und Sichtweisen der Beteiligten geprägt ist (individualistische Partizipation im Bottom-up-Modus, stärker kreativ, Schaffung von *invented space*). Dies wäre zu unterscheiden von extern animierten Motivationen und Handlungsanregungen, welche z. B. oftmals von Sozialen Bewegungen und Organisationen (NGOs), Kampagnen und Initiativen angestoßen werden können und die bereits konkrete, bereits festgesetzte Handlungsschritte und -anleitungen bieten, welche vom Subjekt direkt aufgegriffen und übernommen werden können (stärker Top-down-geprägte Beteiligungsangebote, weniger kreativ, Schaffung von *invited space*). Dabei bleibt natürlich nicht ausgeschlossen, dass die individualisierte Partizipationsform ebenfalls auf Anregung von außen zurückzuführen ist. Diese Anregungen und Verflechtungen wären wiederum auf Subjektebene individuell zu bestimmen. Die Bedeutung der Sozialstruktur („wer beteiligt sich?“) und des individuellen Verständnisses von Partizipation („wie wird Partizipation wahrgenommen und beschrieben?“) rücken in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses.

2.2.2 Monetäre Partizipation

Neben den klassisch-konventionellen wie auch unkonventionellen Partizipationsarten kann auch eine monetäre Partizipation gestellt werden, welche Teilhabe durch finanzielle (An)teilhabe darstellt, indem etwa durch Spenden, Stiftungswesen usw. eine finanzielle Leistung dem „guten Zweck“ dienen soll. Entscheidend ist hierbei der Empfänger der Leistung: Wertpapiere werden eher nicht zu monetärer Parti-

zipation gezählt, die Unterstützung eines örtlichen Vereins, einer lokalen Initiative (Rettung von Hallenbad usw.) oder in eine direkte Maßnahme (Anschaffung von Schulbüchern usw.) dürfte jedoch dem lokalen Engagement ähnlich sein – in einer mehr oder weniger passiven Form. Monetäre Partizipation schließt aktives Engagement nicht aus, dürfte jedoch als Einzelaspekt in der Mehrzahl eher der „stillen Teilhabe“ entsprechen.

Stadelmann-Steffen und Traummüller sprechen hier vor einer „Scheckbuch-Partizipation“ und betonen einen Umbruch klassischer sozialer und politischer Partizipationsformen hin zu individualisierten, unverbindlichen und damit mitunter auch monetären Formen, wie etwa im Bereich der Spendenkultur (Stadelmann-Steffen/Traummüller 2010: 345). Die Autoren betonen: „Obwohl diese Entwicklung durchaus kritisch beurteilt und solche ‚Scheckbuch-Beteiligungen‘ oftmals als minderwertige Form der zivilgesellschaftlichen Partizipation betrachtet werden (...), wird zunehmend auch die positive Seite dieser Beteiligungsform diskutiert“ (ebd.). Solche Tätigkeiten wie Spenden würden sich „nicht vornehmlich an offizielle Repräsentanten des politischen Systems“ richten („extra-repräsentationell“), außerdem könne die finanzielle Unterstützung jederzeit beendet werden („exit-basiert“) (ebd.). Ein solches Engagement stelle durchaus eine „höchst effektive Verwendung bürgerschaftlicher Energie“ dar, das Geben von Geld könne „trotz geringem Aufwand oft wirkungsvoller sein als eine aktive Mitarbeit bzw. Teilnahme in einer Interessengruppe oder in einem lokalen Verein“ (ebd.: 345). Zudem habe es den Vorteil, weiten Bevölkerungsgruppen leicht zugänglich zu sein, „es scheint eine Gruppe von Personen anzuziehen, die sonst nicht politisch partizipieren würden“ und sei daher als besser gegenüber gar keinem Engagement zu betrachten, es könne sogar zu einer „Ausbildung des Gemeinschaftssinns“ führen (ebd.: 345 f.).

2.2.3 Organisationale Partizipation

Organisationale Partizipation bedeutet Beteiligung, Mitwirkung und Einfluss von Personen, also Mitgliedern in Assoziationen, Organisationen und Unternehmen, z. B. durch Gruppenarbeit und Co-Management (Blümle/Nehring/Schmid 2012), traditionell durch Mitbestimmungsmöglichkeiten garantiert (Organisationsdemokratie)⁴⁸. Eine wiederkehrende Forschungsfrage bezieht sich auf das Nachweisen

48 Vgl. Mitbestimmungsforschung: Schaffer/Eidherr 1973, Ahlbrecht 1976, von Mitschke-Collande 1977, Barthel/Dikau 1980, Wilpert/Rayley 1983, Diefenbacher et al 1984, Kießler 1989, Greifenstein/Jansen/Kießler 1991;1993, Wilpert 1997, Frick 1999, Kommission Mitbestimmung 1999, Niedenhoff 2005, Herbert 2008, Andersen 2009, Greifenstein/

tatsächlicher Beteiligungskanäle und Inanspruchnahme durch Mitarbeiter (vgl. kritisch hierzu Hoffjann/Gusko/Sliwa 2013, die von einem Partizipationsmythos sprechen; ähnlich zu Bedeutungslosigkeit und Instrumentalisierung Steger/Kranz 2014).

Bereits seit langer Zeit wird über Partizipation in Organisationen wie Wirtschaftsunternehmen einerseits sowie Vereinen und Verbänden andererseits nachgedacht, verschiedenste Ideen und Konzepte diskutiert und schließlich oftmals vor dem Hintergrund übergreifender gesellschaftlicher Entwicklungen und Politiken bewertet. Die organisationale Partizipation in beiden Sektoren der Wirtschaft und Zivilgesellschaft hat eine längere Tradition (vgl. zur Beteiligung in Vereinen und Verbänden Hoffmann 2003, Zimmer 2007). Insbesondere seit den formgebenden Prozessen der Industrialisierung, bei den entstandenen Arbeitsplätzen in neuen Arbeits- und Werkstätten spielte die Beteiligung und Mitbestimmung des Arbeiters bzw. Angestellten und Mitarbeiters eine wesentliche Rolle hinsichtlich der sozialen Frage (Arbeitsbedingungen), aber auch der demokratischen Forderung (und der genuin demokratischen Grundidee) nach Anteilhabe und Mitwirkungsmöglichkeit jenseits eines reinen Arbeitswerkes zum Zwecke des Gelderwerbes, ohne jede Bindung zum Betrieb („Demokratie im Unternehmen“: Weber/Höge 2009). Ein Forschungsstrang der industriellen Demokratie bzw. Organisationsdemokratie, *Workplace Democracy* und Mitbestimmung erstreckte sich in der Nachkriegszeit bis in die 1980er und 1990er Jahre (vgl. Crouch/Heller 1983, Wilpert/Sorge 1984, Stern/McCarthy 1986, Dew 1997, Heller 1998;2000). Mit der gesetzlichen Verankerung von Mitbestimmung, vielleicht auch aus anderen zeitgeistigen Motiven begründet, versiegte die Ausrichtung der wissenschaftlichen Forschung zunehmend. Solche Forschungsbereiche – hierzu zählt auch die Genossenschaftsforschung mit lang zurückreichender Geschichte – wirken in den heutigen wissenschaftlichen Forschungssystemen (ebenso in anderen Gesellschaftsbereichen) „verstaubt“, kaum mehr anknüpfungsfähig; weshalb sich die Frage stellt, ob eine Renaissance unter veränderten Vorzeichen möglich ist oder sich ganz andere Forschungsansätze entwickeln, vielleicht auch dieser Zweig nicht direkt fortsetzungsfähig ist. Tatsächlich werden in jüngerer Zeit wieder einige Fragen von der Forschung aufgegriffen (siehe etwa Beiträge von Philip Pettit zu Demokratie und Lernen in Organisationen bei Griffin/Learmonth/Elliott 2015)⁴⁹.

Kißler 2010, Kißler/Greifenstein/Schneider 2011, Weninger 2011, Kolbe 2013, Rügenhagen 2013, Lowitzsch/Hanisch/Hans-Böckler-Stiftung 2014, Lowitzsch et al. 2014, Wilkinson 2014, Owetschkin 2016..

49 Vgl. zur neueren Forschung von Partizipation in der Wirtschaft: Rothschild/Whitt 1986, Arlt 1999, Baglioni 1999, Weber 1999, Weber/Ostendorp/Wehner 2003, Vilmar/Weber

Parallel zu der sehr konkreten und praktischen Frage nach Mitbestimmung von Mitarbeitern in einem Unternehmen oder einer Organisation als ein Grundprinzip, kann auf theoretischer Ebene diskutiert werden, inwieweit Prinzipien der Demokratie grundsätzlich auch auf Organisationen und Unternehmen Anwendung finden können – dies zeigt sich alleine schon am vielfach diskutierten Begriff der Wirtschaftsdemokratie und Organisationsdemokratie. Wiederum heruntergebrochen auf die individuelle Ebene würde der (Staats)Bürger im Bürgerrollen-Denken als Wirtschafts- und Organisationsbürger aktiv werden bzw. ein derartiges Selbstverständnis annehmen, welches versuchen würde, sowohl demokratische Ideale als auch Prinzipien und Logiken der Ökonomie und des Organisationswesens in Einklang zu bringen. Diese Sichtweise erinnert dann wieder an die unterschiedlichen Sphären der *Shifting Involvements*: zwischen privatem Handeln in der Privatsphäre und dem Handeln im öffentlichen Raum als Staatsbürger – erweitert um das Handeln als Mitarbeiter am Arbeitsplatz im Interesse von Unternehmen und Organisation. Unterschiedliche Handlungs-, Struktur- und Systemlogiken konfrontieren den Bürger, der einheitliche Handlungsmuster in einer Bürgerrolle, aber auch stark divergierende Handlungsweisen in verschiedenen Rollen je nach Kontext annehmen kann.

Ein Blickwinkel der organisationsdemokratischen Betrachtungsweise würde

- individuell die Rechte und Handlungsmöglichkeiten des Mitarbeiters fokussieren;
- kollektiv das Handeln und Strategien der Organisation nach den Gesichtspunkten von Gleichheit, Einflussmöglichkeiten, Fairness, Transparenz usw. betrachten;
- Dynamiken und Effekte der Macht, Interessen, Konflikte und Tendenzen wie oligarchische Entwicklungen aufdecken;
- Partizipation als Mitbestimmung, Kollaboration und (Verfahrens- sowie prozessuale) Gerechtigkeit verstehen
- die individuelle Bürgerrolle als Synthese von Gemeinwesen-Verantwortung und Interessen der Organisation sowie ökonomischen Handlungsweisen definieren.

Organisationale Partizipation beschreibt grundsätzlich die Beteiligung innerhalb der Organisation, bezogen auf Möglichkeiten der Teilhabe und Mitbestimmung, insbesondere aber auf ihre Auswirkungen innerhalb und außerhalb der Organisation. In der Vergangenheit (und so auch heute) stellt die „betriebsinterne“ Partizipation

2004, Weber 2004a/b, Demirović 2007, Weber et al. 2007;2012, Weber/Unterrainer/Höge 2008, Moldaschl/Weber 2009, Schmid 2009, Weber/Höge 2009, Weber/Unterrainer/Schmid 2009, Weber/Lampert 2010, Wegge et al. 2010, Unterrainer et al. 2011, Fricke 2012, Hemetsberger 2012, Lind 2012, Ostendorf/Thoma 2012, Weber/Moldaschl 2012, Weber/Unterrainer 2012, Verdorfer et al. 2013.

vor allem Mitbestimmung (smöglichkeiten) innerhalb des Unternehmens oder der verfassten Organisation dar.

Innerhalb der Forschung wird zumeist die Auswirkung hinsichtlich von Steigerung der Effektivität und Effizienz sowie der Zufriedenheit (der Partizipierenden) seit längerer Zeit untersucht (Wilpert 1994: 295). Im Kern geht es um die Beteiligung an Entscheidungsfindungsprozessen und inwieweit Partizipation hier die Delegation von Entscheidungsbefugnissen beinhaltet (ebd.). Bernhard Wilpert spricht sich für ein eher weites Verständnis von organisationaler Partizipation aus, welches wiederum die Unterscheidung von direkt vs. repräsentativ sowie selbstbestimmte Handlungsweisen enthält: „Participation is the totality of forms, i.e. direct (personal) or indirect (through representatives oder institutions), and of intensities, i.e. ranging form minimal to comprehensive, by which individuals, groups oder collectives secure their interests through self-determined choices among possible actions“ (ebd.). So betont Wilpert die enthaltenen Unterscheidungsmerkmale:

- Interessenwahrnehmung durch verschiedene Handlungsoptionen,
- zielorientierte Handlungsweisen von Individuen oder Gruppen,
- direkt-personelle oder repräsentative Interessenwahrnehmung,
- variierende Effizienz bei der Interessensicherung.

Weiterhin wird auf die Relevanz informeller Beteiligungsprozesse hingewiesen, interessanterweise wird die höhere Relevanz dem Outcome von Entscheidungen gegenüber dem Prozess der Entscheidungsfindung eingeräumt. Als Voraussetzungen für organisationale Partizipation werden motivationale Grundlagen und partizipative Kompetenz genannt, soziale Voraussetzungen bestehen aus dem organisationalen Wertesystem, organisationalen Strukturen, Technologie, partizipativen Strukturen, organisationalen Prozesse sowie dem organisationalen Umfeld. Wilpert weist unter den partizipativen Strukturen auf die Definition der Internationalen Forschungsgruppe „Industrial Democracy in Europe“ (IDE) hin: „the totality of all formal (i.e. written down) operative rules and regulations that prescribe a certain involvement of various groups in intra-organizational decision making“ (ebd.: 300). Von vielleicht größerer Bedeutung sind aber die Wirkungen partizipativer Strukturen hinsichtlich einer de-facto-Partizipation, welche nach Untersuchungen in verschiedenen Ländern einen klaren Zusammenhang aufweisen: „participative structures have proved to be among the best predictors of de facto participation“ (ebd.: 300). Demnach erzeugt der Wille zur Beteiligung auch dann tatsächliche Beteiligungsprozesse: „This is an important finding, since it illustrates the phenomenon of participation to be a result of socio-political will“ (ebd.). Zudem kann bestätigt werden, dass der Einsatz von Leitungen für Partizipation und

aktive Mitgliedschaft von Mitgliedern in partizipativen Gremien wiederum de-facto-Partizipation erzeugt, außerdem werden essentielles Wissen und Kenntnisse erworben, die für weitere Partizipation wiederum erforderlich sind (ebd.). Wilpert stützt in dieser Hinsicht die ältere, individualistische Theorie von M. Mulder (1977, „the daily power game“), wonach es auf die Verringerung von Machtunterschieden auf individueller Ebene ankommt (Wilpert 1994: 299, 305).

Auf einer Prozessebene von Partizipation können die Zugänge von:

- direkter Partizipation (partizipatives Management, fest verankerte Arbeitsgruppen-Partizipation) und
- indirekter (repräsentativer) Partizipation („indirect participation encompasses both intermediate decision making and reaching these decisions without prior consultation with those represented, but viewing their perceived needs“) (psychologisch hinsichtlich von Kommunikation, Interaktionen und Wahrnehmungsweisen, strukturell bezogen bspw. auf oligarchische Tendenzen durch Gestaltung von Wahlen, Rotationsprinzipien und Amtsperioden, inter-organisational bezogen auf Netzwerke von Organisationen) unterschieden werden (Wilpert 1994: 303).

Schließlich sieht Wilpert verschiedenartige Auswirkungen von organisationaler Partizipation (ebd.: 304 ff.) auf:

- Individueller Ebene (steigende Erwartungshaltungen versus Demotivation, persönliche Entwicklung und Kompetenzerwerb sowie Transfer der Kompetenzen in andere Lebensbereiche. Wilpert betont die schwer beantwortbare Frage, ob zunächst partizipatorische Kompetenz oder Partizipationserfahrung bestehen müssen und vermutet eine reziproke Doppelinteraktion im Sinne eines zirkulären Prozesses (ebd.: 308): „the exertion of power, being associated with positive sentiments, leads to increased motivation to reduce power distance from upper hierarchical levels with, in turn, implies gaining further experience through exercise of power, leading to higher levels of aspirations, etc.“).
- Organisatorischer Ebene (Bedeutung von Konflikten, stellt eine alte Frage der Partizipationsforschung dar, wofür es beiderseitige Belege gibt; Wilpert geht selbst von einer allgemeinen (also positiven wie negativen) Konfliktzunahme aus, was in der Natur von Partizipation liege; Organisationsklima/-kultur/-identität/-image; Produktivität; Qualität von Entscheidungen).
- Gesellschaftlicher Ebene: hinsichtlich von Spillover-Effekten einer Demokratisierung der ganzen Gesellschaft (Wilpert differenziert hier „this will depend mainly on the factual degress of learning transfer from organisational parti-

icipatory experience to the other life roles of individuals“, er weist zudem auf wenig empirische Bestätigung hin) (ebd.: 307).

Die Organisationsforschung betont weiterhin Bedeutung von organisationaler Gerechtigkeit, Gruppendynamiken und Commitment (Identifikation mit der Organisation) sowie Machtfragen (Coleman 1979); daneben (wirtschafts)ethische Überlegungen hinsichtlich von prosozialem Verhalten⁵⁰, Demokratisierung⁵¹, Wirtschaftsbürgerethik⁵² usw. Hinzu kommt der assoziativ-organisationale Aspekt: die Partizipation in mehr oder minder organisierten Gruppierungen der

-
- 50 Weber (2004b: 466) benennt als Forschungsdesiderata der Organisationsforschung:
- Soziale Perspektivenübernahme höheren Niveaus (Bereitschaft, sozio-ökonomische Belange des Gemeinwesens, auch jenseits der aktuellen Interaktionssituation und der eigenen Interessen unter weitreichendem Zeithorizont einzubeziehen, unter Einschluss geltungswürdiger Handlungsmaximen)
 - Sozio-moralische Urteilskompetenz und Bereitschaft für kommunikatives Handeln
 - Arbeits- und gemeinwesenbezogene humanistische Wertorientierungen
 - Prosoziales, bürgerschaftliches Arbeitshandeln gegenüber anderen Unternehmensmitgliedern (inkl. Bereitschaft für gegenseitige Unterstützung, Solidarität, Wissensaustausch und Aufbau von gemeinsamen Ressourcen als erweitertes Konzept von Organizational Citizenship Behavior
 - Organizational Commitment, insbesondere affektives Commitment gegenüber sozial verantwortlichen Unternehmen

In einer eigenen Untersuchung von Untersuchung Genossenschaften fand Weber (ebd.: 468) erstens einen positiven Zusammenhang zwischen „dem Ausmaß, in welchem die Genossenschaftler (...) an Entscheidungen beteiligt waren (...) und der durch die Befragten berichteten Bereitschaft für prosoziales Handeln gegenüber der Genossenschaft und ihren Mitgliedern (...)“ (ebd.: 468). Zweitens existiert ein Zusammenhang zwischen „dem Niveau der demokratischen Beteiligung und dem affektiven Commitment (...)“ (ebd.). „Je stärker die befragten Genossenschaftler über ihre betrieblichen Belange mitentscheiden können, desto eher identifizieren sie sich mit den Werten und Zielen ihres Unternehmens, desto stärker setzen sie sich, auch öffentlich, für dessen Belange ein und desto eher empfinden sie sich als Teil einer Gemeinschaft“ (ebd.). Vgl. zu dieser Frage der Transformation von individual-utilitaristischem zu prosozialem Handeln durch kooperatives Verhalten auch Weber 1998.

- 51 So gingen Moldaschl/Weber (2009) der Frage nach, inwieweit organisationale Partizipation zur gesellschaftlichen Demokratisierung beitragen kann, und kamen dabei zu folgendem Fazit (ebd.: 104): „Entscheidungsbeteiligung der Beschäftigten und die soziomoralische Atmosphäre hängen positiv zusammen mit arbeitsbezogener Solidarität und Hilfsbereitschaft, humanistischen Orientierungen und der Bereitschaft, sich für demokratische und soziale Anliegen in der Gesellschaft zu engagieren. Gleiches gilt für das affektive und normative Commitment der Beschäftigten gegenüber ihrem Unternehmen“.
- 52 Theoretisches Konzept einer integrativen Wirtschaftsethik siehe z. B. von Ulrich (2008).

Zivilgesellschaft (Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen usw.). Diese wird im Falle der Umsetzung demokratischer Prinzipien wie Gleichheit durch binnenorganisationale Instrumente der Mitbestimmung, Schaffung von Einflussmöglichkeiten, Prinzipien wie Transparenz, Fairness, Gleichbehandlung usw. in der Forschung als organisationale Demokratie bezeichnet. Insbesondere die Chicagoer Schule befasste sich mit Partizipation via sozialer Organisation (Vortkamp 2003).

2.3 Soziale und zivilgesellschaftliche Partizipation

Soziale und zivilgesellschaftliche Partizipation meint jegliche Form der Beteiligung von Bürgern im halb-öffentlichen oder öffentlichen Raum, welcher nicht der staatlichen oder privatwirtschaftlichen Sphäre zugeordnet werden kann⁵³. Typischerweise sind dies mehr oder weniger organisierte Aktivitäten in Nachbarschaften und Quartieren sowie stärker formalisiert in Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden (unter den Sammelbegriff zivilgesellschaftliche Assoziationen gefasst (vgl. Roßteutscher/van Deth 2002, Vogt 2005, Zimmer 2007;2011, Zimmer/Speth 2009, Maloney/van Deth 2010, Priller et al. 2011, Böschen/Pfersdorf 2014, Zimmer/Simsa 2014). In der Partizipations-Literatur wird dieser weite Bereich von Bürger-Aktivitäten gemeinhin als soziale Partizipation umschrieben. Die Zuschreibung „Zivilgesellschaft“ legt meistens nahe, dass es sich um mehr oder weniger organisierte Handlungsweisen im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Assoziationen handelt. So definiert Roßteutscher soziale Partizipation als die „Unzahl der Beteiligungsmöglichkeiten, die sich dem Individuum in verschiedensten Gruppen der Gesellschaft bieten: dem Fußballverein, der Sängervereinigung, der Selbsthilfegruppe oder der Wohlfahrtsorganisation. Soziale Partizipation reicht immer über rein private Belange hinaus“, ein Engagement im Familien- oder Freundeskreis reicht allerdings nicht aus“ (Roßteutscher 2009b: 162). Schließlich unterscheidet Roßteutscher Partizipationsformen, die sich „an Kollektive richten (Ehrenamtliche beim Betrieb einer Suppenküche“) und solche, die kollektiv ausgeübt werden („als Mitglied einer Bahnhofsmision, die eine Suppenküche betreibt“) (ebd.). Die Grenze zu politischer Partizipation zieht er durch die Zieldimension der expliziten Beeinflussung „von Entscheidungen oder Entscheidungsträgern auf unterschiedlichen politischen Ebenen“ (ebd.). Soziale Partizipation meint daher „in

53 Vgl. zur Diskussion um Abgrenzungsfragen zwischen politischer und sozialer Partizipation van Deth 2001 sowie zum Zusammenhang mit lokaler Partizipation Bühler 1997, Detjen 2000, Wollmann 2002 und Vetter 2008.

der Regel öffentliches, kollektives Handeln ohne direkte politische Motivation“, die aber „über über die private Sphäre hinausreicht“ (ebd.). Unter dem Begriff der öffentlichen Partizipation beschreiben Gensicke und Geiss ebenfalls alle Aktivitäten, welche sich im Rahmen einer zivilgesellschaftlichen Infrastruktur entfalten (Gensicke/Geiss 2006: 311). Politische Partizipation bezieht sich demnach auf „politische Zwecke, insbesondere die Einflussnahme auf politische Entscheidungen“, soziale Partizipation hingegen auf die „ganze Breite der anderen Zwecke, um die sich die Zivilgesellschaft dreht, z. B. sportliche und kulturelle Aktivitäten in Vereinen und Verbänden, Hilfe für sozial Benachteiligte und Schwache in Einrichtungen und Initiativen, Einsatz bei der freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten, für den Umweltschutz“ (...). Soziale Partizipation wird hierbei im Sinne von van Deth (2004: 297) verstanden, der die Beeinflussung der Entscheidungsfindung innerhalb der verschiedenen Organisationsformen von Zivilgesellschaft fokussiert. Er definiert soziale Partizipation als „alle Tätigkeiten, die Bürger freiwillig innerhalb sozialer Organisationen unternehmen“ (van Deth 2001: 208)⁵⁴.

Die Abgrenzungsfrage von politischer und sozialer Partizipation scheint durch die Erweiterung des Begriffs der politischen Partizipation zunehmend problematisch zu sein. Es erscheint unklar, wo erweiterte politische Partizipation im Bereich zivilgesellschaftlicher Aktivität enden und wo soziale Partizipation beginnen soll. Silke Keil verweist hierbei auf das wohl kaum trennbare Amalgam von politischer und sozialer Partizipation): „Was heute als soziale Partizipation definiert wird, hängt in großem Umfang von der individuellen Motivation ab, denn mittlerweile verwischen sich durch die enorme Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten die Grenzen zwischen sozialer und politischer Partizipation“ (Keil 2013a: 159, vgl. auch Keil 2012)⁵⁵. Daher nimmt Keil eine spezifische Definition von sozialer Partizipation in Organisationen vor (Keil 2013b: 55): „Was ist soziale Partizipation? Wie bereits

54 Jan van Deth (2001) überlegte, in welchem Verhältnis soziale und politische Beteiligung zueinander stehen („Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?“). Hierbei vertritt er die These, dass „beide Arten von Aktivitäten eng miteinander verbunden sind und einander unterstützen (oder hemmen). Die beiden Formen werden deswegen auch eher als Ergänzungen denn als Alternativen oder Zwillinge betrachtet“ (van Deth 2001: 195). Van Deth geht daher in der Folge davon aus, dass Partizipation Partizipation erzeugt (in beide Richtungen gedacht).

55 Silke Keil sieht zunehmend die „Grenzen zwischen politisch und nicht-politisch verschwunden und die Bürger wählen zur Erreichung ihrer Ziele die entsprechend geeigneten Mittel“ (Keil 2013a: 177). Diese Ziele des politischen Handelns von Bürger müssen „nicht grundsätzlich mit politischen Mitteln verfügt werden“, „was zur Folge hat, dass Partizipation heutzutage breit definiert werden muss“. In Anlehnung an Jan van Deth (2009: 141) meint Silke Keil, dass letztlich eigentlich alles, was ein Mensch tut, irgendwann als politische Partizipation angesehen werden könne (Keil 2013a: 176

erwähnt, bildet die Untersuchung von sozialer Betätigung in Freiwilligenorganisationen einen klassischen Untersuchungsgegenstand der Partizipationsforschung. Trotz der großen Anzahl an Studien gibt es wenige systematische Betrachtungen, jedoch eine Vielfalt unterschiedlicher Konzeptualisierungen des Begriffs sozialer Partizipation. Oft bestimmt der Kontext bzw. die Fragestellung die Definition und Eingrenzung des Begriffs. Steht beispielsweise der Zusammenhang von sozialer und politischer Partizipation im Mittelpunkt des Forschungsinteresses werden die Abgrenzung bzw. die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser zwei Formen formuliert⁴. Keil grenzt soziale Partizipation auf Organisationen ein: „Entsprechend bezieht sich der Begriff ausschließlich auf organisationsbezogene Aktivitäten und schließt andere Formen kollektiven Handelns in informellen Gruppen nicht mit ein. (...) Und unabhängig davon, ob es sich bei der Beteiligung um passive Mitgliedschaft, gelegentliche Betätigungen oder regelmäßiges aktives ehrenamtliches Engagement handelt, gemeinsam sind allen Aktivitäten die folgenden Merkmale: Sie werden unentgeltlich, freiwillig und gemeinsam mit anderen ausgeführt; sie dienen dazu, an der Gestaltung kollektiver Angelegenheiten mitzuwirken und richten sich nicht an politische Adressaten (...)“ (ebd.: 55 f.)⁵⁶. Trotz dieser Begrenzung auf bürgerschaftliches Engagement in zivilgesellschaftlichen Assoziationen bleibt aber unklar, wann eine Ausrichtung an politische Adressaten vorliegen soll und wann nicht: die Sphäre des Politischen kann auch von einem Verein oder Verband erreicht werden, wenn dies nicht explizit der festgelegten inhaltlichen Ausrichtung entspricht⁵⁷. Hieraus würde eine Einzelfall-Betrachtungsweise resultieren, was so

f.). Keil bezieht sich in ihrer Denk- und Argumentationsweise explizit auf die Bereiche von politischem Konsum und Boykott.

- 56 Weiterhin hebt Keil hervor, dass soziale Partizipation nicht nur auf formalisierte Strukturen bezogen sein muss: „Soziales Engagement kann viele Erscheinungsformen haben und nicht nur in Vereinen stattfinden. In informeller Hinsicht besteht ebenfalls ein breites Betätigungsfeld: Menschen helfen anderen Menschen, Familienmitglieder stehen sich in Notsituationen gegenseitig bei, Menschen treffen sich mit Freunden und engagieren sich gemeinsam in Projekten, sie arbeiten in beruflichen Kontexten an der Lösung unterschiedlicher Probleme, etc. Jedoch wird dem formalen Engagement in Vereinen und Verbänden in der Regel eine bedeutsamere Rolle in der Zivilgesellschaft beigemessen als der informellen Beteiligung. Insbesondere im Rahmen von Theorien gesellschaftlicher Modernisierung und sozialer Integration gelten sie als notwendige Verknüpfung zwischen Primärgruppen und staatlichen Institutionen“ (Keil 2013b: 53).
- 57 Vgl. zur Verbindung von zivilgesellschaftlichen Assoziationen zu lokaler Politik und Demokratie Hallmann 2005 sowie zur Vernetzungsfunktion von Genossenschaften zwischen Kommunen, Bürgern und Wirtschaft Bauer/Büchner/Markmann 2014; einerseits werden Funktionen zivilgesellschaftlicher Assoziationen als „demokratische Produktivkraft“ (Rucht 1997), andererseits als Gegenkraft zu repräsentativen Elementen

auch der neueren Betrachtungsweise von politischer Partizipation entspricht (die im Einzelfall konkret, bspw. anhand von Motivationen bestimmt werden muss).

Soziale Partizipation wird weiterhin mit der Vermittlung sozialer Kompetenzen, demokratischer Werte und Normen, politischer Mobilisierung (aufgrund vielfältiger Kontakte zur politische Sphäre, Roßteutscher 2009b: 167) sowie der Bildung von Sozialkapital in Verbindung gebracht. Roßteutscher unterteilt Sozialkapital hierbei in ein Systemkapital, das sich auf die Institutionen bezieht (deren Anzahl, Aktivität, Zusammenarbeit) und Beziehungskapital (bezogen auf die sozialen Beziehungen der Individuen, mit Bedingungen von Vertrauen, Solidarität und Kooperation). Allerdings darf auch die Negativdimension von Sozialkapital nicht außer Acht gelassen werden. Roßteutscher beschreibt dies vor allem in Form von gruppeninternen Effekten: „Warum sollten Menschen, die in der engmaschigen Kleingruppe gelernt haben, einander zu vertrauen, diesen Vertrauensvorschuss an unbekannte Menschen außerhalb der Gruppe weitergeben? Ist es nicht mindestens so plausibel zu erwarten, dass gerade weil Vertrauen auf regelmäßiger Kooperation in der Gruppe basiert, es Menschen, die außerhalb der Gruppe stehen, zunächst entzogen wird?“ (ebd.: 175). Bereits seit den Studien von Robert Putnam wird zwischen *bridging* (überbrückendes) und *bonding* (bindendes) Sozialkapital unterschieden (vgl. Putnam/Leonardi/Nanetti 1993, Putnam 2000)⁵⁸: brückenbildende Effekte zwischen Assoziationen (positiv bewertet wegen vermuteter höherer Gemeinwohlorientierung) und bindende Kräfte zwischen den Mitgliedern, welche zur Verkapselung und zur Ausgrenzung führen können (Klientelismus). Im zweiten Falle kommt es zu starken Vertrauenseffekten (*thick trust*), die dann eine Exklusion von allen Individuen zur Folge haben, die in das gebildete eng verwobene Netz der

der Demokratie diskutiert („Schach dem Parlament“, Paulsen/Stallmann/Zimmer 2008).

- 58 Sozialkapital wird in Anlehnung an Pierre Bourdieu (vgl. Bourdieu 1983) und Robert Putnam (vgl. Putnam/Leonardi/Nanetti 1993, Putnam 2000) von Westle und Gabriel (2008: 5) definiert „als Konstrukt aus drei Elementen: 1) soziale Beziehungen, wie sie vor allem aus Aktivitäten in Vereinen und anderen Typen von Netzwerken entstehen, 2) ein grundsätzliches Vertrauen in seine Mitmenschen und 3) bestimmten Werten und Normen, die solidarisches auf die Gemeinschaft bezogenes Denken und Handeln unterstützen. (...) Dabei wird postuliert: Je mehr Sozialkapital (d.h. je mehr Vereinseengagement, je mehr Vertrauen und je mehr gemeinschaftliche Werte und Normen) in einer Gesellschaft vorhanden ist, um so besser funktionieren Demokratie und Wohlfahrtsstaat, und um so eher lassen sich die vielfältigen Übel und Verwerfungen der Moderne vermeiden“. Vgl. hierzu auch Coleman 1988, Baron/Field/Schuller 2000, Dekker/Uslander 2001, Gabriel et al. 2002, Klein et al. 2004, Smith/Maloney/Stoker 2004, Franzen/Freitag 2007, Maloney/Roßteutscher 2007, Castiglione/van Deth/Wolleb 2008, Häuberer 2010, Badura et al. 2013, Li 2015.

Inkludierten nicht hineinpassen. Dies führt auch zu negativen externen Effekten, indem kaum die Befähigung ausgebildet wird, „Ressourcen und Informationen von außerhalb der Gruppe zu rezipieren“; gegensätzlich verhält es sich im Falle von Assoziationen mit überbrückendem Sozialkapital (Roßteutscher 2009b: 175).

Die Sozialkapital-Effekte können auch auf den Außen- und Binnenraum der Assoziationen angewendet werden, im Falle von inklusivem Sozialkapital durch „generalisiertes Vertrauen und Normen der Reziprozität, die aus sozialen Netzwerken mit Kollektivgutorientierung entstehen“, im Falle von exklusivem Sozialkapital durch „personalisiertes Vertrauen und spezifische Normen der Gegenseitigkeit, die aus Interaktionen in sozialen Netzwerken mit Privatgutorientierung resultieren“ (ebd.: 176).

Der im öffentlichen Raum aktive Teil der Zivilgesellschaft besteht mithin aus Assoziationen (Zusammenschlüssen von Individuen als Gruppierung, mehr oder weniger organisiert) und – entweder im Rahmen dessen oder außerhalb – engagierten Bürgern (bürgerschaftliches Engagement) (Roßteutscher/van Deth 2002, Maloney/van Deth 2010). Die Bandbreite reicht dabei von schwächer oder stärker organisierten und formalisierten Organisationen (kleine Initiativen oft schwächer, große Verbände eher stark formalisiert und organisiert), der zeitliche Horizont kann begrenzt (wie bei Bürgerinitiativen zur Erreichung eines Einzelziels oftmals der Fall) oder auch zeitlich unbegrenzt und langfristig angelegt sein (Organisationen wie Verbände und Genossenschaften).

Es liegen vielfältige Forschungsdesiderata zum bürgerschaftlichen Engagement (Engagement-Forschung) und den Handlungsweisen und Strukturen der zivilgesellschaftlichen Assoziationen (Verein- und Verbändeforschung) vor, woraus sich ein Gesamtbild von Aktivitäten und Prozessen der Institutionalisierung allerdings aufgrund der Komplexität nur schwerlich abbilden lässt. Gerade in den letzten Jahren wurde die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Assoziationswesens immer wieder betont: Sebastian Braun prägte hier die Feststellung von der „Wiederentdeckung des Vereinswesens im Windschatten gesellschaftlicher Krisen“ (Braun 2006). Zivilgesellschaftliche Assoziationen werden in der Verbände- und Organisationsforschung seit langer Zeit sozialwissenschaftlich untersucht (Koch-Baumgarten 2014). Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung spielen zivil-

gesellschaftliche Assoziationen in Form von Bürgerinitiativen⁵⁹, Genossenschaften⁶⁰ (im Speziellen Energiegenossenschaften⁶¹) sowie Umweltvereinen und -verbänden eine Rolle.

-
- 59 Vgl. hierzu Ebert 1974, Hättich 1978;1984, Gabriel 1983;2000, Simon 1983b, Guggenberger/Kempf 1984 Schneider-Wilkes 2001, Dachwitz 2002, Pappi 2004, Guggenberger 2009, Wolling/Bräuer 2010, Klausen/Winsvold 2012.
- 60 Die Forschung zu Genossenschaften ist sehr vielschichtig, sie beschreibt u.a. folgende Themen (Überblick siehe bei Michie/Blassi/Borzaga 2015):
- Vermeidung von Rendite-Ausrichtung (Purtschert 2013)
 - Funktion als Bindeglied zwischen Markt und Zivilgesellschaft und Beförderer von Transformationen von Gemeinschaften (Alscher 2011;2012)
 - Funktion als Organisationsform bürgerschaftlichen Engagements (Alscher/Priller 2007)
 - Funktion mit sozialistischem Anspruch (Altvater 2012)
 - Funktion als alternative Wirtschaftsform (Bierbau 2008), nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftsweise (Münkner 2012), Form von sozialer Marktwirtschaft (Schmale 2012), als „verantwortliches Unternehmertum“ (Emmelius/Krönlein 2012)
 - Ort der Erzeugung von sozialer Innovation und nachhaltiger Entwicklung (Elsen 2012)
 - Ort der Kooperation (Flieger 1996;2008;2011, Göler von Ravensburg 2012) und Partizipation (Mori 2014)
 - Ort mit demokratischer Entscheidungsfindung und (Mitglieder)Beteiligungsform (Flieger 2002;2006)
 - Gestaltung interner Themen: gemeinschaftlicher Geschäftsbetrieb (Kober 2010), Mitgliederorientierung und Nähe zum Mitglied (Nonn 2012, Zeuch 2012), Unternehmenskultur (Schaumann 2011), wertbasierte Organisationsform (Bsp. Vertrauen, Steiner/Schütt 2011 und Ringle 2007 und Gemeinwohlorientierung Malowitz 2002, Transparenz und Werte Ringle 2012a), Frage von Konflikt und Vereinbarkeit zwischen Shareholder Value und Member Value (Ringle 2012b), kultureller Kern und Wertevorstellungen (Ringle 2012c/e, Ringle 2013b), Kommunikation (Ringle 2012d)
 - Idee der Mitgliederorientierung: Förderauftrag (Ringle/Göler von Ravensburg 2010, Ringle 2010), Mitgliederförderung und Member Values (Gmür 2011, Ringle 2013a, Suter 2013, Theurl 2013), Mitgliederbindung (Ringle 2005) aktive Mitgliedschaft (Ringle 2003;2006) Widerspruch zwischen Mitgliederbindung und Ökonomie (Horsthemke 2002)
 - Verpflichtung des Genossenschaftsgedankens in der Gegenwart (Thiemann/Armbruster 2000), auf den Punkt gebracht von Warbasse (1926) als „genossenschaftliche Demokratie erzielt durch freiwillige Vereinigung der Menschen als Verbraucher“
 - Verbindungsglied zu lokalem Kontext der Stadtgemeinde und Quartier (Cordes 2003, Brachmann 2009), als Promotor für soziale Stadtentwicklung (König 2004)
- 61 Die Forschung erfasst inzwischen folgende Aspekte und Bereiche:
- allgemeine Beschreibungen/Analysen (Degenhart/Holstenkamp 2010;2011, Volz 2011a, Weismeier-Sammer/Reiner 2011,Wieg 2011, Maron/Maron 2012, Bayer 2013, Holstenkamp/Müller 2013, Staab 2016, Yildiz 2014)

Tendenziell schwierig ist die Abgrenzung von zivilgesellschaftlichen Assoziationen zu anderen gesellschaftlichen Organisationen. Auf den ersten Blick ist eine Trennung von Staat und Zivilgesellschaft leicht auszumachen – es sind jedoch Kooperationen, gemeinschaftlich geführte Unternehmen usw. bekannt, bei denen von einem gemischten bzw. hybriden Arrangement gesprochen werden muss (wie bei Public Private Partnerships); zumal auch viele Fälle bekannt sind, bei denen der Staat zumindest stiller Teilhaber oder Unterstützer ist. Noch schwieriger fällt dann in Teilen eine exakte Trennung zwischen Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft aus. Grundsätzlich kann eine Abgrenzung in der Weise erfolgen, als dass eine „klassische“ zivilgesellschaftliche Assoziation keine rein ökonomischen Prinzipien (wie ausschließliche Profit-/Renditeerzielung) verfolgen kann und sich weder Sinn noch Zweck ausschließlich aus ökonomischen Kriterien ableiten lassen (Nonprofit-Organisationen).

Zweifelsohne finden sich derartige (meist freiwillige) Zusammenschlüsse – wie etwa traditionell der Verein, in dem sich Personen mit gemeinsamen Interessen treffen, um sich auszutauschen mit eher untergeordnetem oder gar keinem ökonomischen Zweck). Jedoch ist hierbei Folgendes zu bedenken: Zum einen sind alle gesellschaftlichen Akteure in Abhängigkeit von grundsätzlichen, gesamtgesellschaftlich wirkenden ökonomischen Prinzipien (Bsp.: Entstehung und Abdeckung von Kosten). Zum anderen müssen zivilgesellschaftliche Vereinigungen wirtschaften, um eine dauerhafte Struktur zu bewahren (in immer höherem Maße, wenn Strukturen wachsen und sich ausdifferenzieren). Hierbei tritt ein deutliches Skalenphänomen auf (vgl. hierzu Keil 2013b): Je größer die Vereinigung wird, desto mehr treten ökonomische Fragen in den Vordergrund. Die Erklärung hierfür ist offensichtlich – im kleinen Maßstab lassen sich Tätigkeiten einerseits durch das ehrenamtliche Prinzip (also unentgeltlich) erfüllen, andererseits lassen sich die Kosten in Grenzen halten (z. B. Treffen im privaten Raum usw.). Wächst aber die

-
- Überblick (Hielscher 2011, Weismeier-Sammer/Reiner 2011), wissenschaftliche Forschungsperspektiven (Yildiz et al. 2015)
 - Ansatz zur erfolgreichen Etablierung erneuerbarer Energien (Viardot 2013) sowie für Strukturwandel (Klemisch 2014a/b), Rekommunalisierungsmaßnahmen und zur Sicherung der Daseinsvorsorge (Klemisch/Maron 2010, Klemisch/Boddenberg 2013)
 - Erkenntnisse zu finanziell-ökonomisch-organisationalen Bedingungen (Debor 2014)
 - Vorteile (Flieger 2011; 2012, Klemisch/Vogt 2012), Multiplikations- und Spillover-Effekte (Volz 2012a/b)
 - Umsetzung des Förderauftrags (Volz 2011b)
 - häufig ländlicher Bezug, aber auch Herausforderung und Lösung urbane Räume (Bär/Thuncke 2011, Müller/Rommel 2011)
 - Ort sozialer Innovationen durch Graswurzel-Bottom-up-Aktivität (Seyfang/Haxeltine 2012, Smith/Seyfang 2013, Hielscher/Seyfang/Smith 2013a/b, Seyfang et al. 2014)

Vereinigung an, werden immer höhere Kosten entstehen, z. B. für die Verwaltung der Mitglieder, bezahlte Mitarbeiter (wenn der Aufwand das Maß an ehrenamtlicher Freizeittätigkeit übersteigt), für Kommunikation (Mitgliederbriefe usw.) sowie für Veranstaltungen und Aktivitäten. Zwar tragen sich schon seit langer Zeit viele Vereinigungen durch Mitgliederbeiträge, Spenden usw. Doch neuerdings wird eine weitere Steigerung der wirtschaftlichen Ausrichtung beobachtet, die eine zunehmende Ökonomisierung und Monetarisierung beinhaltet.

Der Fokus der vorliegenden Untersuchung zielt auf zivilgesellschaftliche Partizipation. In der Forschung werden in dieser Hinsicht einerseits sowohl positive Merkmale (z. B. von Nonprofit-Organisationen) herausgestellt als auch negative Aspekte der Organisationen und deren Ausbreitung („dunkle Seiten der Zivilgesellschaft“) thematisiert. Andererseits werden Assoziationen hinsichtlich spezieller Merkmalsausprägungen (interne Prinzipien, Mechanismen und Verhaltensweisen sowie Kommunikation in der Außenbeziehung zu anderen Akteuren usw.) tieferen Analysen unterzogen. Durch ihre Vernetzungsfunktion können Assoziationen und Organisationen Sozialkapital ausbilden: hierbei werden positives und negatives Sozialkapital unterschieden⁶², neuerdings werden Funktionen auch unter dem Begriff Nachhaltigkeit diskutiert (Theuvsen 2013)⁶³. Thematische Ausrichtung und

62 Dunkle Seiten von Gemeinschaft und zivilgesellschaftlichem Assoziationswesen wie Korruption, Ausgrenzung, Oligarchie, Unausgewogenheit in der gesamtgesellschaftlichen Einflussnahme, Klientelismus, Seilschaften, Vetternwirtschaft usw. werden in der Literatur von Fiorina (1999), Nullmeier (2002), Roth (2003;2004;2008), Adloff (2005), Munsch (2005), Stecker/Nährlich (2005), Zimmer (2003;2007), Clarke (2008), Fehren (2008), Geißel (2008a), Staeheli (2008), van Deth/Zmerli (2010), Klatt/Walter/Bebnowski (2011), und Gmür (2013b), Schäfer (2013a), Simsa und Zimmer (2014) und Wilde (2014) thematisiert.

63 Sebastian Braun untersuchte im Assoziationswesen verschiedenste soziale Aspekte wie Solidarität, Gemeinwesen und Gemeinwohl (Braun 2004), daneben freiwillige Vereinigungen „als Katalysatoren und Produzenten von Sozialkapital“ (Braun 2003;2007), ähnlich „Vereine als Katalysatoren sozialer und politischer Kompetenzen“ (Braun/Hansen/Ritter 2007) sowie „assoziative Lebenswelt, bindendes Sozialkapital und Wahlgemeinschaften des Geschmacks“ (Braun 2009) (vgl. hierzu bereits Simon 1983a). Daneben konnte Vortkamp Beiträge zur Frage von „Integration durch Partizipation und Teilhabe durch Bürgerengagement in Assoziationen und damit verbundenum zivilgesellschaftlichem Potential“ liefern (Vortkamp 2005;2008). – Vgl. weiterhin Untersuchungen zu der Frage, ob zivilgesellschaftliche Assoziationen als Träger von Solidarität, Gemeinwesen und Gemeinwohl dienen können (Braun 2004). Weitere Themen betreffen die Schaffung von assoziativer Lebenswelt, bindendem Sozialkapital und Wahlgemeinschaften des Geschmacks (Braun 2009, Bühlmann/Freitag 2007), die Frage des Zusammenhangs zwischen sozialer Ungleichheit, Sozialkapital und subjektiver Lebensqualität (Oshege 2002, Jütting/van Bentem/Oshege 2003, Geißel 2004a, Geißel et

Untersuchungsgegenstände von Sozialkapital- und Zivilgesellschaftsforschung sind in vielerlei Hinsicht deckungsreich.

In der vorliegenden Untersuchung werden Bürgerenergie-Unternehmen als (mehr oder weniger ausgeprägte) Nonprofit-Organisationen analysiert. Die Forschung zu diesen Assoziationen betont vor allem Fragen hinsichtlich von

- positiven und negativen Auswirkungen und Bedingungen von zivilgesellschaftlichen Strukturen im Sinne von „Anspruch und Realität“ (z. B. Ehrenamtlichkeit unter Druck, Gefahren der Monetarisierung und Ökonomisierung, Erzeugung von Sozialkapital und gemeinwohlorientiertem Handeln, vgl. Erlinghagen 2003;2013)⁶⁴;
- internen Handlungsweisen innerhalb der Assoziationen ebenfalls zumeist gemessen an einem hypothetischen Ideal (z. B. Herausbildung von kooperativen und kollaborativen Strukturen, Bildung von Kommunikationsprozessen und Vertrauen, Entstehung von reziprotem Verhalten und Konflikten usw.)⁶⁵.

al. 2004, Hartmann 2009, Hellmann 2004, Kern 2004, Stecker 2005, Diekmann 2007a, Diewald/Lüdicke 2007, Franzen/Freitag 2007, Kriesi 2007, Gabriel 2010), Schaffung oder Ausgleich von Ungleichheit (Lüdicke 2007, Manske 2007, Keil 2013b) sowie Ausbildung von Sozialkapital im Kontext von unternehmerischem Handeln (Preisendörfer 2007) und eine exkludierende Wirkung von Sozialkapital (Vogt 2009).

64 Effekte wie organisationales Lernen werden von Hansen 2008, Bono 2012 und Trumann 2013 analysiert, weiterhin Bildungsprozesse von Naumann 2010, lokale Wertschöpfung von Flieger 2010 sowie Innovationspotentiale und Vertrauensbildungen durch aktive Mitbestimmung von Kädler et al. 2013 und Scholl/Breitling/Janetzke 2013; weitere Effekte beziehen sich u. a. auf Kommunikation in Quartieren (Danner/Michelsen/ Godemann 2007), Schaffung von Gemeinschaft (Immerfall/Priller/Delhey 2010) sowie Sozialisationsleistungen (Nobis 2012). – Vgl. zur Bedeutung von Ehrenamt Janning/ Bartjes 1999, Dettling 2000a/b, Klages 2000a, Notz 2000, Erlinghagen 2003, Nitschke 2005, Zimmer 2005b, Priller 2010, Ehrhardt 2011 und Stricker 2011; Beschreibungen zu parallelen Entwicklungen von bürgerschaftlichem Engagement, Erwerbsarbeit und Organisationsentwicklung finden sich bei Birkhölzer 2002 und Sprengel 2007.

65 Beispiele hierfür können Konflikte zwischen Gremien sein (Bürgisser 2011;2012a/b, zwischen Ehren-/Hauptamt (Bürgisser/Helmig 2009). Vgl. zu weiteren Kritiken wie „Partizipationsmythos“: Identifizierung von hochgesteckten Beteiligungsidealen und geringem (Beteiligungs)Angebot bei Hoffmann/Gusko/Sliwa 2013; daneben werden mangelnde Bereitschaft zur Übernahme verantwortungsvoller Positionen und deren Arbeit zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Management (Zimmer 2005a, Beher et al. 2008, Deicher 2010, Wolf/Zimmer 2010, Liebig 2011) sowie Probleme hinsichtlich von geschlechterspezifischen Aspekten (Weg 2005) und Machtfragen (Zimmer 2003) beschrieben.

► **Diskussion: Monetär-materielle, organisationale und zivilgesellschaftliche Partizipation in Bürgerenergie-Initiativen als Ausdrucksform von politischer Partizipation?**

Monetäre und organisationale Partizipationsformen beschreiben zunächst eine ökonomisierte Beteiligungsform, welche erst durch den Erwerb eines finanziellen Anteils eine Mitgliedschaft bzw. Teilhabe in einem Unternehmen erlangt wird, welche zur Mitbestimmung befähigt. Auf diese Weise wird noch keine politische Partizipation erreicht. Nach dem Partizipationsmodell von van Deth (2014) wäre entscheidend, auf welchen Ort sich die Beteiligungsform bezieht, er müsste der politischen Sphäre zuzuordnen sein. Dies wäre bei Bürgerenergie-Initiativen dann der Fall, wenn es sich nicht um rein privatwirtschaftlich orientierte Gesellschaften handelt, sondern eine Verknüpfung mit bürgerschaftlich-ehrenamtlichem Engagement sowie eine gewisse Gemeinwohlorientierung (also keine ausschließliche Renditeorientierung) vorliegen; eventuell ergänzt um politisch-soziale Aktivitäten, z. B. im Rahmen lokaler Klimaschutz-Initiativen (vgl. Walker/Devine-Wright 2008, Holstenkamp/Degenhart 2013). Hinzu kommt neben dieser Bestimmung der Akteurs-Charakteristik die individuelle Partizipation des Subjekts: Eine rein monetäre Beteiligung wäre für das Vorliegen von politischer Beteiligung nicht ausreichend, ebenso wie die aktive Nutzung von Mitbestimmungsmöglichkeiten im organisationsinternen Willensbildungsprozess (Abstimmungen usw.). Es müssten erstens politisch motivierte Handlungsweisen erkennbar sein (z. B. Beteiligung aus Klimaschutz-, nicht aus Rendite-Motiven), welche zweitens mit Themen, Diskursen oder Maßnahmen bzw. Vorhaben, die den öffentlichen Raum betreffen, in Zusammenhang stehen (Bsp.: Errichtung einer Windenergieanlage, Installation eines Nahwärmenetzes, Betrieb von Photovoltaik(PV)-Anlagen auf nicht-privaten Dächern – materielle Partizipation, vgl. Marres 2012). Bei Erfüllung dieser beiden Bedingungen (erstens Ausrichtung der Bürgerenergie-Initiative auf Freiwilligkeit, Ehrenamt und ein gewisses Maß an Gemeinwohl-Orientierung, zweitens subjektive Motivation aus politischen Gemeinwohl-Motiven und individuelles Verständnis der Bürgerenergie-Initiative als lokalpolitischer Akteur und nicht als privatwirtschaftliches Unternehmen) könnte die Beteiligungsform als Ausfluss von politischer Partizipation gewertet werden (i. S. v. *Lifestyle Politics*, bezogen auf das politisierte Alltagshandeln von Bürgern, vgl. de Moor 2016a). Zu vermuten ist allerdings, dass sowohl die Akteurs-Ausrichtung als auch die individuelle Motivation heterogen zusammengesetzt sind. Entscheidend wäre dann die vorrangige, handlungsleitende Ausrichtung des Projekts und individuelle Motivation.

Zivilgesellschaftliche Partizipation: Empirische Bestandsaufnahme

Nach einer Untersuchung des WZB Berlin zu Assoziationen der Zivilgesellschaft ist die Mitgliederentwicklung der untersuchten Vereine durch Dynamik geprägt. Überwiegend gaben die befragten Organisationen steigende Mitgliederzahlen an (Priller et al. 2013: 5). Für Vereine, Genossenschaften und Stiftungen sei Engagement existenzsichernd (ebd.). Junge Menschen sind demnach unterrepräsentiert (ebd.), sehr viele Organisationen arbeiten mit staatlichen Einrichtungen, Unternehmen und anderen zivilgesellschaftlichen Assoziationen zusammen (ebd.: 6). Dabei geht es vor allem um Austausch von Informationen und Durchführung gemeinsamer Aktionen, weniger die gemeinsame Gewinnung ehrenamtlich Engagierter (ebd.). Für die Transparenz wird eher wenig getan: „Zur Förderung der Transparenz werden noch immer eher herkömmliche Instrumente, z. B. eine gezielte Medienarbeit oder der öffentliche Zugang zu Unterlagen, eingesetzt. Die Organisationen beteiligen sich selten an konkreten Transparenzinitiativen“ (ebd.).

Finanzielle Förderung durch den Staat nimmt demnach ab, ein „großer Teil der Organisationen registriert eine Zunahme von Wettbewerb. (...) Vor allem die Zunahme leistungsabhängiger Finanzierungsformen ist dabei von Relevanz. Die Verbreitung betriebswirtschaftlicher Instrumente, z. B. Kosten- und Leistungsrechnung, Qualitätsmanagement sowie weitere Controllingmaßnahmen, spricht für eine verstärkte wirtschaftliche Ausrichtung“ (ebd.: 7). Dem halten aber die Autoren entgegen: „Trotz dieser Ökonomisierungstendenzen behält die Gemeinwohlorientierung einen hohen Stellenwert. Dies ist sowohl Ausdruck für die traditionelle Einbindung der Organisationen in gesellschaftliche Zusammenhänge als auch für das Festhalten an ihrer ideellen Mission“ (ebd.). Als größte Probleme werden solche mit dem Staat (an erster Stelle, resultieren aus finanzieller Abhängigkeit), hinzu kommt ein Konkurrenzverhältnis mit privatwirtschaftlichen Unternehmen um Aufgaben und Tätigkeitsfelder (ebd.). Hinzu kommt: „Überalterung und das nachlassende Gemeinschaftsgefühl sind wesentliche Probleme von Vereinen und Genossenschaften“ (ebd.). Gemeinnützige GmbHs „beklagen besonders den zunehmenden Effizienz- und Konkurrenzdruck sowie fehlende Planungssicherheit aufgrund unklarer Einnahmeentwicklungen“ (ebd.).

Nach Angaben des Datenreports 2013 stagniert die Zahl von Vereinsmitgliedern seit einigen Jahren bei etwa 600.000 Personen (Alscher/Priller 2013: 350). Zentrale Probleme zivilgesellschaftlicher Organisationen bestehen (wie aus der WZB-Untersuchung von 2009 auch hervorgeht, vgl. Alscher/Dathe/Priller 2009), in fehlender Planungssicherheit aufgrund unklarer Einnahmenentwicklung, zunehmend marktformigen Strukturen sowie Effizienz- und Konkurrenzdruck, Überalterung und nachlassendes Gemeinschaftsgefühl in der Organisation (Alscher/Priller 2013: 353). Genossenschaften benennen die letzten drei Punkte in ausgeprägtem Maße.

Die Engagementbeteiligung insgesamt steigt seit den 1980er Jahren leicht an: derzeit sind etwa 36 Prozent der Bevölkerung gesellschaftlich engagiert (davon 15 Prozent gering organisationsgebunden engagiert), knapp 20 Prozent mindestens monatlich, bei 13 Prozent ist es seltener (ebd.). Männer sind mit 40 Prozent etwas stärker engagiert als Frauen (32 Prozent), stärker ist das Engagement bei jüngeren Menschen und im mittleren Alter ausgeprägt, auch sind Erwerbstätige (40 Prozent), Schüler/Auszubildende/Studenten (38 Prozent) und Hausfrauen/-männer (36 Prozent) stärker engagiert als Arbeitslose (26 Prozent) und Rentner/Pensionäre (30 Prozent) (ebd.: 354). Ebenso ist bei höherem Bildungsniveau (45 Prozent) und mittlerem Bildungsniveau (37 Prozent) das Engagement stärker als bei einfachem Bildungsniveau (23 Prozent). Dieser Trend hat sich über die Jahre verstärkt: 1999 lag der Wert bei einfachem Bildungsniveau noch bei 25 Prozent, bei hohem Bildungsniveau nur bei 41 Prozent. In Westdeutschland (37 Prozent) ist Engagement nach wie vor stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland (30 Prozent).

Alscher und Priller resultieren hieraus im Datenreport (ebd.: 356): „Das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland ist zu einer festen Größe der Gesellschaft geworden. Die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen, in denen das Engagement häufig ausgeübt wird, ist über die Jahre angestiegen. Gleichwohl oder auch gerade deshalb haben diese Organisationen zunehmend Probleme, Engagierte zu finden. In den verschiedenen Engagementformen: organisationsgebunden, geringer organisationsgebunden oder Spenden, sind einzelne Bevölkerungsgruppen stärker vertreten als andere. Personen, die sich in einer Organisation engagieren oder spenden, sind in der Regel mindestens mittleren Alters, erwerbstätig und wirtschaftlich abgesichert. Im Vergleich dazu sind Personen, die sich in weniger formalisierten Zusammenschlüssen engagieren eher jung und nicht erwerbstätig. Es haben also demnach einerseits nicht alle Personen die gleichen Zugangschancen zu den zivilgesellschaftlichen Engagementformen, andererseits ermöglichen die unterschiedlichen Engagementgelegenheiten einem breiteren Personenkreis ein Engagement.“

Das politische Interesse liegt in West- und Ostdeutschland bei knapp unter 30 Prozent, es erreichte höhere Spitzen in den Jahren 1990 und 2002, seitdem ist es relativ stabil (ebd.: 364). Bei den nicht-institutionalisierten Beteiligungsformen sind nach wie vor die Unterschriftensammlung (etwa 50 Prozent, allerdings sinkende Werte gegenüber 2002 mit über 60 Prozent, aber höher als noch 1998 mit unter 40 Prozent), auch Demonstrationen werden nur von etwa 20 Prozent genutzt, Bürgerinitiativen haben den gleichen Sprung zu verzeichnen: von 9 Prozent (West) / 6 Prozent (Ost) in 1998, über 20 Prozent (West) / 13 Prozent (Ost) fiel die Mitgliedschaft auf 11 Prozent (West) und 8 Prozent (Ost) (ebd.: 365). Die gesamte Aktivität in Bürgerinitiativen wird 2010 auf 2 Prozent beziffert (1 Prozent davon als aktives

Mitglied/Ehrenamt), diese Zahl lag seit 1976 bis 1998 stabil bei 1 Prozent (Anstieg auf 2 Prozent). Im Vergleich weisen politische Parteien im Jahr 2010 einen Wert von 3 Prozent auf, Naturschutzorganisationen immerhin 7 Prozent (ebd.).

Damit belegen die empirischen Daten deutlich, dass konventionelle politische Beteiligungsformen an Bedeutung verloren haben, unkonventionelle Formate hingegen von Interesse bleiben: „Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die traditionellen institutionalisierten Formen der Beteiligung in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Die Politik findet nicht mehr so viel Interesse bei den Bürgern wie noch 1990; Interessengruppen und Parteien verlieren an Mitgliederattraktivität. Andererseits haben nicht institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Politik spielt für die Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt. Dass sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ebenso wie die zwischen Jüngeren und der Gesamtbevölkerung vermindern oder sogar ganz zu verschwinden scheinen, ist positiv zu vermerken. Allerdings sollte es als Warnsignal beachtet werden, dass die traditionellen Formen der Politik und politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik abgeschwächt hat“ (Weßels 2013: 369).

Während die Partizipationsrolle „informierter Staatsbürger“ immer weniger nachgewiesen werden kann, weitet sich der Typ „themenspezifisch partizipierend“ stark aus (Stark 2015: 163). Damit nimmt in Deutschland die Bedeutung unkonventioneller Partizipationsformen immer weiter zu (ebd.: 166 f.; sie wurden im Jahr 2008 von 65 Prozent der Befragten genutzt), was auch in anderen Ländern festgestellt wurde (vgl. die Studien von Putnam (2000) für die USA sowie Whiteley (2012) für Großbritannien, internationaler Vergleich bei Putnam (2001)).

Zivilgesellschaftliche Assoziationen als Schulen der Demokratie?

Das zivilgesellschaftliche Assoziationswesen soll – aus normativer Sichtweise – wichtige Funktionsweisen für die Demokratie übernehmen: in den freiwillig zusammengeschlossenen Gruppierungen sollen demokratische Werte erfahren und gelernt, zumindest soll (überbrückendes) Sozialkapital gebildet, soziale Kohäsion, Identität und Gemeinschaftsgefühl erfahren werden (vgl. Roth/Olk 2010)⁶⁶.

66 So bewertet van Deth (2001) die Konsequenzen der Beteiligung an Vereinen und Verbänden als durchweg sehr positiv. Empirische Analysen würden demnach zeigen, dass insbesondere Wahlbeteiligung und Beteiligung an so genannten konventionellen Formen politischer Partizipation durch soziales Engagement der Bürger gefördert werden. In diesem Sinne sei soziale Beteiligung als eine „Schule der Demokratie“ zu betrachten. –

Schon seit langer Zeit stehen hier zwei Sichtweisen (ergänzt um eine differenzierte) gegenüber: der bereits erwähnten positiven Pro-Zivilgesellschaft-Perspektive eine kritisch-zweifelnde, die hingegen Exklusionstendenzen, oligarchische Züge, privatistisch-eigennutzorientierte Sicht- und Motivationsweisen bis hin zu undemokratischen Ausprägungen erkennt (extremistisch, radikalisierend usw.). Eine differenzierte Betrachtungsweise würde zivilgesellschaftliche Assoziationen neutral ohne Nutzen oder Schaden für die Demokratie bewerten – wobei sich oftmals leicht abgestufte Schwingungen zwischen demokratieförderlich und -schädlich finden.

Oscar Gabriel bewertete sowohl Vereine als auch Bürgerinitiativen eher im letzteren Sinne, für die Demokratie zumindest nicht förderlich zu sein. Daneben benennt er wichtige Funktionen von Vereinen:

- Verhaltensbeeinflussung (Sozialisation) (Gabriel 1983: 244 ff.),
- Folgewirkung in Form von politischer Partizipation (hierbei geht Gabriel von kumulativer Beeinflussung aus, indem Mitglieder von Vereinen politischer Partizipation näher stehen, also eine starke Beziehung zwischen Vereinsmitgliedschaft und politischer Partizipation existiert, ebd.: 247),
- demokratisches Training und Vorbilder in Vereinen (ebd.: 252 ff.),
- individuell-psychologische Motivationsfaktoren (Beteiligungsbereitschaft) (ebd.: 255 ff.), – mesogesellschaftliche Funktion von Vereinen als Akteure der Zivilgesellschaft (politische Partizipation durch Vereine als Elemente des lokalen Pluralismus, Schaffung von lokalen Machtpositionen, z.B. durch Personalunion, Ämterzirkulation und Kontaktdichte),
- mittelbare zusätzliche Beteiligungschancen für Mitglieder (z.B. Kontakt zur Politik)
- sowie Integrationsfunktion von Vereinen hinsichtlich politischer Partizipation (z.B. Gemeinschaftlichkeit, Integration) (ebd.: 257 ff.).

Letztlich kann er vor allem eine übergreifend integrative Funktion finden, im Sinne einer „Integration der Bürger in ihre lokale Umgebung und in die Gemeinde“, um einer Zusammenarbeit in der Gemeinde zu dienen (ebd.: 265). „Es leuchtet ein, daß eher solche Bürger Anteil an der lokalen Politik nehmen, die eine Bindung an ihre Wohngemeinde verspüren, stolz auf sie sind und Interesse an ihr haben. Insofern Vereine also zu dieser lokalen Bindung beitragen, würden sie indirekt die lokalpolitische Beteiligung der Bürger steigern“ (ebd.). Doch Gabriel erscheint es

Vgl. weiterhin zur Bewertung von zivilgesellschaftlichen Assoziationen als Schulen der Demokratie im Sinne von demokratieförderlichem Lernen und demokratischen Praktiken Simon 1983a sowie zum Kompetenzerwerb durch freiwilliges Engagement Hansen 2008 und Dux/Sass/Preis 2009.

fraglich, „ob Vereine überhaupt in dieser Richtung wirken“. Empirische Ergebnisse der damaligen Zeit schienen ihm diese Funktion nicht zu bestätigen (ebd.). Vielmehr geht Gabriel eher von einer Entpolitisierungswirkung von Vereinen aus, eventuell sogar davon, dass „der Verein seine Mitglieder auch außerhalb des Vereins von der geringen politischen Aktivität sogar abhält, zu der die meisten gerade noch bereit sind (...)“ (ebd.: 268). Schließlich geht Gabriel von nur sehr eingeschränkten positiven, demokratiestärkenden Effekten aus: „Als Trainingsstätte für politische oder gar demokratische Aktivität kommen die Vereine nur für den Kern der Aktiven in Frage, der die Vereine führt. Diesen begrenzten Personenkreis eröffnen seine Funktionen im Verein zusätzliche politische Beteiligungsmöglichkeiten in der lokalen Politik, die über die Möglichkeiten hinausgehen, die von den lokalen Parteien und Institutionen angeboten werden: leichteren Zugang zu Politikern, politischen Ämtern, politischen Entscheidungen“ (ebd.: 269).

Durch das wiederum geltende Repräsentationsprinzip bleibt schließlich für Gabriel der direkte Einfluss für Mitglieder eher eine Illusion: „Die breite Vereinsmitgliederschaft hat an diesen Partizipationsmöglichkeiten über die Vereine höchstens einen indirekten Anteil, indem sie ‚ihre‘ Vereinsführer in politischen Fragen einzusetzen versuchen kann. Eine generelle indirekte Einflußnahme der Mitglieder, etwa indem sie an der vereinsinternen Willensbildung mitwirken, um so die lokalpolitische Einflußnahme der Vereinsführung zu bestimmen, findet nicht statt, und zwar sowohl infolge politischer Mitgliederapathie als auch infolge von Oligarchisierungstendenzen im Verein“ (ebd.). Damit verbleiben für Gabriel nur Kontakte und Netzwerke und damit ein Mehr an Information, weniger an Einfluss: „Beides zusammen verhindert auch, daß die hauptsächliche Hoffnung gegenüber den Vereinen, sie würden als Schule der Demokratie ihre Mitglieder zu politischer Beteiligung besser befähigen und anregen, wohl eine Illusion ist. Es bleibt, daß Vereine ihren Mitgliedern Kontaktmöglichkeiten zu politisch aktiven Persönlichkeiten bieten und damit neben politischer Einflußmöglichkeit auch politische Information und vielleicht eine Art von Vorbildern für politische Aktivität liefern“ (ebd.).

In einer empirischen Untersuchung von ostdeutschen Vereinen konnten Potentiale für die Demokratieförderung ebenfalls nicht ausgemacht werden: „Resümierend kann festgestellt werden, dass die bloße Mitgliedschaft in Vereinen keinen Hinweis bietet auf höhere Integration oder verstärktes bürgerschaftliches Engagement gegenüber Nicht-Vereinsmitgliedern. Im Gegenteil, in verschiedenen Bereichen dient die Mitgliedschaft der Aufrechterhaltung sozial-kultureller oder politischer Nischen, in denen sich die Mitglieder von der sie umgebenden Gesellschaft abschotten. Diese Abschottung kann letztendlich zu gesellschaftlicher Desintegration führen und die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement, insofern es über die Eigeninteressen beispielsweise in Sportvereinen hinausgeht, reduzieren“ (Vortkamp 2005: 81).

Hieraus schließt Vortkamp übergreifend, dass das „Integrationsniveau der Individuen auf der sekundären oder gesellschaftlichen Makroebene abhängig von der sozial-politischen Positionierung der jeweiligen Institution“ ist (ebd.). Man wird also zukünftig die Generierung bürgerschaftlichen Engagements nicht mehr den Vereinen als solchen zuschreiben können, sondern wird zwischen unterschiedlichen Vereinstypen unterscheiden müssen. Ob Vereine zivilgesellschaftliche Einrichtungen sind und eine demokratisierende Funktion haben, (...) liegt demnach ganz wesentlich an der politisch-sozialen Verortung der fraglichen Organisation, ihren Strukturen und den ihnen zugrunde liegenden Normen und Werten (...). Weiterhin sei es nicht die Bereitschaft (wie bei potentiell Aktiven), sondern Partizipation an sich, die positiv wirke: „Es ist die aktive Handlung und direkte Teilhabe an den jeweiligen sozialen und politischen Prozessen, die integrierend wirken, und das gilt selbst in systemverweigernden Nischen. Fehlende Partizipation hingegen korreliert in hohem Maße mit Politikverdrossenheit“ (ebd.: 81 f.). Zweifelsohne verbleibt den Vereinen die Funktion, auf kommunaler Ebene in einem Akteursnetzwerk zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft eine integrative Funktion auf jener Mesoebene zu spielen, die sich für die Mitglieder (wie von Gabriel vermutet) positiv auswirken dürfte (vgl. Hallmann 2005: 101, Zimmer 2007;2011).

Sowohl positive wie auch negative Sichtweisen analysiert Roßteutscher: Demnach sind Assoziationen der Zivilgesellschaft als ambivalent zu verstehen, sie sind einerseits ein „wichtiger und unverzichtbarer Baustein demokratischer Systeme“, andererseits können sie als ein „Hort provinziellen Denkens, spießiger Attitüden und deutscher Kleingeistigkeit“ verspottet werden, ja sogar „demokratieschädliche Charakterzüge annehmen“ (Roßteutscher 2009a: 61). Die Autorin geht von einer starken Verknüpfung zwischen Assoziationswesen und praktizierter demokratischer Kultur im Allgemeinen („Spiegelbild von Staat und Gesellschaft“) aus: „Ist der Staat demokratisch, ist seine dominante politische Kultur durch Freiheitsliebe, Toleranz, Kompromissbereitschaft und Offenheit geprägt, so leisten freie Assoziationen einen unverzichtbaren Beitrag zur Reproduktion und Verstärkung dieser demokratischen Grundtugenden“ (ebd.: 73). Neben diesem Positivkreislauf ist aber auch eine negative Variante denkbar (ebd.: 73 f.):

Das Vereinswesen empfängt die gesellschaftlich dominante Stimmung und speist diese in seine inneren Abläufe ein. Hier bleibt die demokratische Assoziation randständig. (...) Während ganz normale Vereine im gefestigten demokratischen System unzweifelhaft die Natur des demokratischen Gefüges stärken, darf ihre Rolle als Heilsbringer und Lösung aller Probleme dennoch nicht überschätzt werden. Die Hoffnung, dass über Engagement im Sport- oder Hobbyverein bildungsfernere, kompetenzärmere Bürger an das politische System herangeführt werden könnten, um in Zukunft auch ihrer Stimme Gehör zu verleihen, ist trügerisch. Die soziale

Partizipation ist ähnlich stratifiziert wie die politische Partizipation. Auch ist eine nicht unerhebliche Zahl der Assoziationen sozial extrem homogen und vollbringt die Brückenfunktion, die für die Produktion kollektiver Güter unterschiedlichster Natur so zentral ist, eben nicht. Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiges Fundament demokratischer Systeme, von ihr aber die Lösung aller Probleme zu erwarten, ist eindeutig verfehlt. Sowohl im nicht-demokratischen als auch im demokratischen System kann und wird es immer auch Assoziationen geben, die in abgeschotteten, in sich geschlossenen Umwelten leben und so eigene, dem gesellschaftlichen Mainstream gegenüber resistente Haltungen kultivieren können.

2.4 Bürgerschaftliches Engagement

Eng verknüpft mit der Aktivität der Bürger – ob im Rahmen von politischer Partizipation oder in zivilgesellschaftlichen Assoziationen – ist die Bedeutung des darin entfalteten bürgerschaftlichen Engagements. Dies stellt die Triebfeder für das Handeln der Bürger dar. Individuelles Engagement, zivilgesellschaftliche Handlungsformen und damit verbundene Effekte wie die Herausbildung von Sozialkapital, Demokratielernen usw. wurden insbesondere in international beachteten Studien untersucht (Putnam/Leonard/Nanetti 1993, Skocpol/Fiorina 1999, Putnam 2000)⁶⁷. Die Ausprägungen von bürgerschaftlichem Engagement weisen dabei unterschiedliche Strukturen, Entwicklungslinien, Traditionen und Entwicklungsbedingungen auf (vgl. Zimmer 2000). Das Bürgertum und seine vielfältigen Ausdrucksweisen über bürgerschaftliches Engagement kann grundsätzlich als ein „Träger von Zivilgesellschaft“ angesehen werden (Kocka 2002).

Schwierig ist aber zunächst überhaupt eine exakte Definition von Engagement, da hier Grenzen von Privatheit, Öffentlichkeit, interessengebundener oder gemeinwohlorientierter Motivation, politischer wie sozialer Sphäre berührt werden – analog zu den definitorischen Ansätzen zum Begriff der Zivilgesellschaft und Partizipation⁶⁸.

67 Siehe Studienergebnisse zu Deutschland bei Alscher/Dathe/Priller 2009, Gensicke/Geiss 2010;2015, Enste/Neumann/Schare 2012, Statistisches Bundesamt/WZB 2013, Statistisches Bundesamt 2015, Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2016.

68 Helmut Schoene (Schoene 2011: 248) definiert bürgerschaftliches Engagement als „citizens access to and participation in information, decision making, and implementation of public policies broadly construed; taking part in democracy – individually or as a part of organized groups – through communication and public actions (including electoral campaigns and elections) where public interests prevail over private ones; the act of becoming involved in the political process and working to better the com-

Klie und Stemmer (2011b: 84) wollen bürgerschaftliches Engagement als „unbezahlte Engagementformen mit zivilgesellschaftlicher Qualität“ definieren. Zivilgesellschaft sollte jenseits einer Erwerbs- und Marktlogik Eigensinnigkeit, Solidaritätsnormen und Aktivismus betonen. Zu den monetarisierten Engagementformen zählen demnach auch „genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Tätigkeiten“, welche „gemeinsame Grundbedürfnisse“, „Bedarfsdeckung und Existenzsicherung“ erzeugen und auf „gesellschaftliche Integration“ zielen. „Genossenschaften (...) sind insofern nicht unentgeltlich, da sie in eine Logik des Wirtschaftens oder des „gemeinsamen Eigenen“ eingebunden sind“ (ebd.: 83).

Bühler (2010: 83) geht davon aus, dass freiwilliges Engagement über ein privates Umfeld hinausgehen muss, er definiert es als „produktives, individuelles, im Rahmen einer Organisation oder Vereinigung ausgeübte, nicht oder gering vergütete Aktivitäten, denen keine Zwangssituation und nicht primär eine Einkommenserzielungsabsicht zugrunde liegen und die ausschließlich oder auch Dritten, nicht aber nur Fremden, Verwandten, der Familie oder der Haushaltsgemeinschaft zugute kommen sollen“. Daneben werden in der Forschung „Wir-Bezüge“ (Ortega 2010) sowie eine wirtschaftsethische Bedeutung (Ulrich 2008) von Engagement analysiert.

Die Bewertung von bürgerschaftlichem Engagement fällt in der Literatur sehr unterschiedlich aus. Während es einerseits verbreitet als wichtige Voraussetzung für das demokratische Gemeinwesen angesehen wird, attackierte beispielsweise Ulrich Beck die Hervorhebung von Engagement und Zivilgesellschaft scharf: „Zivilgesellschaft ist eine sich immer wiederholende Mittelschichtveranstaltung, bürgerschaftliches Engagement nur die Garnierung politischer Ratlosigkeit“ (Beck 2001, vgl. zur Diskussion auch Keupp 2010b).

Roland Roth hingegen ist ein Vertreter der Stärkung und Betonung von Zivilcourage (Roth 2000: 44) und mehr positive Effekte von Engagement (Roth 2010;2013c). Schließlich wird auch auf die zunehmend starke individualistische Komponente von bürgerschaftlichem Engagement hingewiesen („Was kann ich in der Gesellschaft bewirken?“), im Gegensatz zum klassischen kollektiv-gemeinschaftlichen Ansatz („Was kann mit einer Bewegung erreicht werden?“) (Heinze/Strünck 1999).

munity; and a means to guarantee the credibility of institutions, through articulation of citizens' demands and holding public officials accountable.“In der Definition wird im Weiteren die Betonung von Civic Education sichtbar, auch wird die Input-Seite, Entscheidungsfindung und Qualität von Engagement herausgestellt, im Besonderen werden die Zugänge von Individuen auf Entscheidungsfindungsprozesse fokussiert (ebd.). – Vgl. auch weitere Definitionen bei Evers (2009) und Olk/Hartnuß (2011) sowie zu Leitbildern des Engagementbegriffs Überlegungen von Maaser (2010).

Schließlich kommt auch im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements die Frage und der Bezug zur lokalen Ebene ins Spiel: Ein starker Vertreter der kommunalpolitischen Schule („alle Politik ist lokal“) ist Jörg Bogumil (gemeinsam mit Lars Holtkamp), der grundsätzlich Kommunen in der Pflicht sieht, überzeugende Angebote für die Entfaltung von bürgerschaftlichem Engagement zu erstellen (Bogumil 1999: 167, vgl. auch Holtkamp/Bogumil/Kißler 2006, Keupp 2010a, Bogumil/Holtkamp 2013). Das Eigeninteresse von Bürgern im Rahmen dessen sieht er als legitim an, es sei ein wesentlicher Erfahrungsmaßstab für die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements. Interessen des Gemeinwohls sollten durch Verträge gesichert werden, Anreizsysteme sollen dies unterstützen (Bogumil 1999: 167). Ein fester Ansprechpartner in der Kommune könnte demnach auch die Wahrnehmung von Interessen artikulierungsschwacher Kreise befördern, die Kommunen sollen außerdem Anregungen bieten, Initiative ergreifen sowie Betreuungsangebote schaffen (ebd.: 168).

Schließlich kann bürgerschaftliches Engagement auch seine Ausdrucksformen in wirtschaftlicher Aktivität finden, zumeist orientiert an Idealen des Gemeinwohl und der Sozialen Marktwirtschaft (vgl. Hollstein 2013, Bertelsmann Stiftung 2016), indem mit der Wirtschaftsform ein bestimmter gemeinwohlorientierter Zweck verfolgt wird, wie es im Falle von Bürgerenergie charakterisiert werden kann.

Typologien von Engagement

Auch im Bereich von bürgerschaftlichem Engagement ist versucht worden, Typologien zu erstellen. Zunächst kann unterschieden werden, welche Struktur und Kontext das Engagement aufweist. Karl et al. (2008: 43 f.) unterscheiden hier vier grundsätzliche Engagement-Typen: Typ 1: Vernetzungsbasiertes Engagement; Typ 2: Institutionenbezogenes Engagement; Typ 3: Engagement-Vielfalt auf der Basis persönlicher Beziehungen; Typ 4: Selbstständiger Aufbau eines Dienstleistungsangebotes (vgl. auch Typologie vom Engagement sozial Benachteiligter: Meusel 2016).

Daneben können aus den Motivationsquellen von bürgerschaftlichem Engagement unterschiedliche Typen abgeleitet werden. Gensicke (2010a: 91) leitet aus den Ergebnissen des Freiwilligensurveys von 2010 als wichtigste Motive für Engagement Gestaltung der Gesellschaft im Kleinen, Geselligkeit und soziale Pflichtorientierung ab (vgl. auch Gensicke/Geiss 2010: 12, Gensicke 2010a/b). Das eigennützige Motiv der Vergütung wird hierbei am wenigsten gewichtet: es wünschen sich nur 22 Prozent der Befragten. Für qualifizierte Bewertungen müssen aber noch weitere kontextuelle Bedingungen und Effekte miteinbezogen werden. Klie und Stemmer weisen in diesem Zusammenhang auf die Problematiken von Deprofessionalisierung und Dequalifizierung hin, wegen Finanzknappheit ist häufig nur eine schlechte Ausgestaltung möglich (Klie/Stemmer 2011b: 82). Hinzu kommen finanzielle Risi-

ken und rechtliche Unwägbarkeiten wegen Steuer- und Versicherungspflichten. In erster Linie sichert Qualifikation den Zugang zu Engagementressourcen, Ungleichheiten werden weiter vertieft auch innerhalb von Organisationen: die Bedeutung von Geld wird in diesem Zusammenhang durchaus betont (ebd., Gensicke/Geiss 2010: 148 ff., 251 ff.). In einer Gesamtsicht gewinnt damit die Gerechtigkeitsfrage entscheidend an Bedeutung: Höher gebildete Schichten profitieren von freiwilligen Engagement besonders stark.

2.5 Stufenleitern und Typologien von Partizipation

In der Literatur wurden Stufenleitern der Partizipation gebildet: So etwa in der bekannten „ladder of participation“ von Sherry R. Arnstein (1969) von niedriger Stufe (z. B. Information) über Teilnahme an Veranstaltungen bis zur Übernahme und Selbstkontrolle von Themen durch Bürger⁶⁹. Auch in jüngerer Zeit ist diese Idee einer Typologie von Partizipationsstufen immer wieder aufgegriffen worden⁷⁰. So existieren auch Typologisierungen von Engagement-Formen (z. B. Rowe/Frewer 2005, Sliep 2010).

Heike Walk (2011) und Erhard/Lauwers/Schmerz (2013: 37) kritisierten, dass solche Unterteilungen keinen großen Sinn machen. So stellt Fung (2006: 67) infrage, ob das mehr oder weniger implizierte Ziel von „full control“ tatsächlich derart hoch bewertet werden sollte als beispielsweise eine beratende Rolle oder ähnliches. So wurde versucht, andere Stufenleitern mit anderen Schwerpunkten zu bilden (z. B. Connor 1988)⁷¹, ein Fokus wurde hierbei etwa auf den Effekt des sozialen Lernens

69 Arnstein (1969: 217) unterteilt in „Manipulation“, „Therapy“, „Informing“, „Consultation“, „Placation“, „Partnership“, „Delegated Power“ bis zu „Citizen control“.

70 Lüttringhaus (2000;2003) unterscheidet zwischen „Teilhabe gewähren“ und hier die Stufen „Information“, „Austausch, Dialog, Erörterung“, „Partnerschaftliche Kooperation“, „Delegation von Entscheidungen“ sowie „Beteiligt Teilnehmen“ mit den Stufen „Beobachtung/Information“, „Mitwirkung“, „Mitentscheidung“, „Selbstverantwortung“ und „Eigenständigkeit“. Weitere Einteilungen finden sich bei Arbter et al. (2005), Abels (2007), Zschocke (2007) und Fishkin (2009).

71 Connor (1988) stellte eine Stufenleiter mit anderem Verständnis vor, indem er hinsichtlich der Beteiligung von Öffentlichkeit die drei Stufen „Education“, „Information Feedback“ und „Consultation“ anführte, auf der Ebene der „Leader“ das „Joint Planning“, „Mediation“ und „Litigation“ und schließlich an höchster Stufe im umgekehrten Verständnis (also ausgehend von Bürgern selbst) die Einbringung von „Resolution“ und „Prevention“. Einerseits geht Connor damit mehr auf die Ideen von Öffentlichkeitsbeteiligung ein (also wie Bürger bestenfalls beteiligt werden können aus Anwenderperspektive, vgl.

gelegt (Collins/Ison 2009). Tatsächlich aber erscheint die immanente Gewichtung von verschiedenen Partizipationsarten sehr problematisch. Es scheint kaum gerechtfertigt, warum eine bestimmte Art über einen anderen Modus rangieren soll. Die partizipativen Wege und Wirkungen sollten eher horizontal nebeneinander gestellt werden; darüber hinaus können Verallgemeinerungen auch hier die vielfältigen Spezifika von Partizipationsformen verwischen und individuelle Kontexte – welche zum Teil vermutlich von erheblichem Einfluss auf Art und Wirkungsweise der Beteiligungsform haben – vernachlässigen.

Auch im Falle von Partizipation im Rahmen der Energiewende scheint dies gegeben zu sein. Es kommt im Einzelfall immer darauf an, wie z. B. Bürgerenergie-Initiativen strukturiert sind (a) und welche Rahmenbedingungen bestehen, z. B. andere Partizipationsformen (Bürgerversammlungen, Veranstaltungen) assoziativ-lokaler Kontext (Akteursnetzwerke, Einfluss der Kommune, Gemeindeleben usw.) (b). Insgesamt sind also verschiedene Beteiligungsgrade von Fall zu Fall möglich, eine generelle Zuordnung wäre damit vor allem theoretischer Natur.

In einer Studie wurden Bürgerenergie-Initiativen probeweise analog zur höchsten Form der „self control“ in eine Stufenleiter eingeordnet, was allerdings auch hier als wenig sinnvoll erachtet wird (Rau/Zöllner 2011: 18). Im Rahmen eines erweiterten Partizipationsverständnisses wird neben der Beteiligung an Meinungs- und Entscheidungsprozessen eine Wohlfahrtsproduktion durch bürgerliche Akteure integriert, neben einer Entscheidungs- wird im Kontext von Bürgerenergie-Initiativen eine (Dienst)leistungsbeteiligung angenommen, welche schlicht bürgerschaftliches Engagement (selbstorganisiert und -verwaltet) darstellen soll (Rau/Zöllner 2011: 18)⁷². „Während die klassische BürgerInnenbeteiligung im Rahmen von Planungs- und Entscheidungsphasen stattfindet, findet man die Leistungsbeteiligung von

Connor 1988: 256), andererseits betont er die Perspektive des lernenden Einflusses und der kooperativen Mitgestaltung, was bei Arnstein noch eher ausgeschlossen wurde und in eher radikaler Denkweise nur durch Autarkie zu erlangen ist. Ob allerdings eine Stufe immer nur zwangsläufig auf der anderen aufbauen kann und muss, wie Connor (1988: 257) anführt, erscheint doch sehr fraglich, auch wenn er einräumt, dass Prozesse synchron ablaufen können und Ansätze immer an den spezifischen Kontext angepasst werden müssen (ebd.).

- 72 Die Pyramide wird angewendet auf eErneuerbare Energien ebenfalls in einer weiteren Studie verwendet (CARMEN e.V. 2014: 13), wobei die unterste Stufe „Information“ hier informieren, darüber „Konsultation“ hier mitdenken, darüber „Kooperation“ mitentscheiden und gestalten lassen sowie auf höchster Stufe „Eigenverantwortliches Handeln“ Projekte in Eigeninitiative anstoßen bedeuten soll (ebd.). Diese höchste Stufe des eigenverantwortlichen Handelns sowie die darunter liegende Stufe „Kooperation und Mitbestimmung“ sollen zur finanziellen Beteiligung führen und hinsichtlich dessen zur „aktiven Akzeptanz, Unterstützung und Engagement“ führen, was zwar in

BürgerInnen im Sinne bürgerschaftlichen Engagements ganz überwiegend in Phasen der Implementation statt (...), also bei der Umsetzung ganz konkreter Projekte und Aktivitäten. Beispiele sind etwa Vereine, die ehemals öffentliche Einrichtungen übernehmen oder Bürgerstiftungen, die Projekte und Aktionen ins Leben rufen (...)" (ebd.). Diese Beteiligungsformen lassen sich „nicht ohne Weiteres in das klassische Beteiligungsdenken einordnen“. „Zum einen ist das traditionelle Begriffspaar *Beteiligende* = Politik/Verwaltung auf der einen, *Beteiligte* = BürgerInnen auf der anderen Seite in einem Handlungskontext, in dem unterschiedliche Akteure gemeinsam regionale Prozesse und Entwicklungen beeinflussen (...), immer weniger sinnvoll. Zum anderen ist die Bürgerschaft auch im Rahmen von Governance als aktive Mitgestalterin gefragt und neben der Wirtschaft der zweite potenzielle private Partner der öffentlichen Akteure (...), geht es also nicht nur um eine Entscheidungs- sondern auch um Leistungsbeteiligung. Faktisch steht letztere sogar im Vordergrund und wird politischer Steuerung durch Formen von Regional Governance die Gefahr attestiert, bestehende Demokratiedefizite zu verstärken, da in diesem Rahmen neue Eliten entstehen können, die weder demokratisch legitimiert noch der öffentlichen Kontrolle zugänglich sind“ (ebd.) (vgl. hierzu auch Geißel 2009).

Im Rahmen der erwähnten Studie wurde ein eigenes Modell entwickelt (Rau/Zöllner 2011: 19, aus vorheriger Studie Schweizer-Ries/Rau/Zöllner (2008: 30) sowie theoretischen Vorüberlegungen bei Keppler (2010) aufgegriffen), welches den Vorteil haben soll, dass es „sowohl zwei- als auch einseitige Kommunikation“ einschließt, damit also auch „Scheinbeteiligung“ oder „Alibiaktivität“ (ebd.: 19). Zwar ähnele zwar „auf den ersten Blick stark den traditionelleren Ansätzen, aber es ist offen genug, um auch die neueren Formen etwa bürgerschaftlichen Engagements berücksichtigen zu können“ (ebd.: 19)⁷³.

den anderen Fällen auch gegeben sein könnte, hier aber auch die Möglichkeit besteht, dass sich lediglich „passive Akzeptanz“ und „Befürwortung“ herausbildet (ebd.: 14).

73 Das Modell unterscheidet: „Beteiligende“ mit „Information: Informationen bereitstellen“, „Konsultation: Meinung einholen“, „Kooperation: Mitentscheidung einräumen“, „Eigenverantwortlich handeln“ sowie „Beteiligte“ mit „Sich informieren“, „Mitdenken und Meinung äußern“, „Mitentscheiden“, „Eigenverantwortlich handeln“. Es ist bezogen auf drei unterschiedliche Perspektiven: „lokale / anlagenbezogene Partizipation“, „Finanzielle Partizipation“ und „Regionale Partizipation“. In einer Matrix werden eine Akzeptanz- und Engagement/Partizipation-Dimension miteinander verknüpft (Schweizer-Ries/Rau/Zöllner 2008: 30). Es werden eine Akzeptanzdimension mit der Strategie bzw. dem Engagement der Betreibergesellschaft miteinander kombiniert und in Bezug gesetzt, woraus vier Kriterien resultieren:

- Befürwortung (analog zu: mäßiges Engagement der Betreibergesellschaft vor Ort, Befürwortung der Anlage (kein engagiertes Eintreten), Partizipation der Bevölkerung

2.6 Effekte von Partizipation

Vorteile und positive Effekte von Partizipation

In Studien und Untersuchungen wurden verschiedene positive Effekte von Beteiligung nachgewiesen:

- Auswirkungen und Effekte von Partizipation, z. B. Partizipierende als bessere Demokraten (van Deth 2013b), Lerneffekte, Unsicherheit und (Halb)Wissen (Westle 2012), Erwerb von Demokratie-Kompetenzen (Reinhardt 2004;2011) und politischen Fertigkeiten (Ferris et al. 2005).
- Partizipation führt zu erhöhter Akzeptanz, sozialem Lernen, Konfliktlösung sowie im Falle von entsprechender Akteurpräferenz auch einem erhöhten Output, also der Erreichung von Umweltzielen (Newig/Fritsch 2009: 219). Für eine gelungene und erfolgreiche Partizipation sind weiterhin die Prozessgestaltung, Interessenlagen und Kontextbedingungen wesentlich (Newig 2011: 495). Im erfolgreichen Falle sei es möglich, eher Konflikte zu lösen, Vertrauen aufzubauen und sachgerechte, umweltbezogene und besser akzeptierte Entscheidungen zu treffen (ebd.).
- Newig et al. fassen die positiven Effekte wie folgt zusammen: Die Entscheidungen in partizipativen Verfahren reflektieren Werte der Öffentlichkeit, sie sind

findet im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen statt sowie kein direktes Engagement der Bevölkerung gegen Anlage, aber auch keine Ablehnung).

- Ablehnung (analog zu: fehlendes Engagement der Betreibergesellschaft vor Ort, Ablehnung der Anlage (passiv), Bürger werden als Hürden im Implementationsprozess verstanden sowie kein direktes Engagement der Bevölkerung gegen Anlage, aber auch keine Befürwortung).
- Aktives Engagement (analog zu: aktives Engagement der Betreibergesellschaft vor Ort, aktives Engagement für Anlage von Seiten der Kommune, Partizipation der Bevölkerung über gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus sowie Bürgerinitiative für Anlage).
- Widerstand (analog zu: angefragtes Engagement durch Kommune bleibt von der Betreibergesellschaft unbeantwortet, aktives Engagement gegen Anlagen von Seiten der Kommune, Bevölkerung wird an der Partizipation in Entscheidungsprozessen aktiv gehindert sowie Bürgerinitiative gegen Anlage).

Eine positive Bewertung kann demnach Befürwortung oder aktives Engagement, eine passive Bewertung Duldung oder aktive Handlung sowie eine negative Bewertung zu Ablehnung oder Widerstand führen (ebd.). Stufen der Beteiligung in einer Skala sind schließlich: Informieren, Befragen, Einbeziehen, Zusammenarbeiten, Teilhabe. Erkennbar wird, dass auf implizit normative Kriterien wie „self control“ verzichtet wird. Dennoch bleibt die Sinnhaftigkeit einer hierarchischen Untergliederung fragwürdig (Rau/Zöllner 2011: 115).

robust, problemlösungsorientiert und tragen zur Vertrauensbildung und Bildung der Bevölkerung bei (Newig/Kuhn/Heinrichs 2011: 41). Die Prozessgestaltung ist intensiver, erfolgreicher und es können kontextbezogene Schwierigkeiten kompensiert werden. Auch wird zur Beilegung von Konflikten beigetragen, wechselseitiges Vertrauen wird aufgebaut, es kommt schließlich zu sachgerechten, besser akzeptierten und stärker umweltbezogenen Entscheidungen.

- Es besteht eine qualifizierende Auswirkung, indem durch Information und Diskussion Personen ein differenziertes Denken, Lernen und Zusammenhänge besser verstehen können, problemspezifisches Wissen aneignen und ihren Horizont erweitern, demokratische Werte und Prinzipien werden zudem verwirklicht und demokratische Überzeugungen gestärkt (Gundersen 1995: 6, 112; Renn/Webler/Wiedemann 1995, Geißel 2008a: 38).
- Es sollen sich persönliche und soziale Qualitäten verbessern, ein höheres Engagement und Toleranz gestärkt werden und die Verfolgung egoistischer Ziele zu verantwortungsvollem Handeln transformiert werden. Zudem sollen marginalisierte Personengruppen die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen einzubringen und ihren Stimmen Gewicht zu verleihen (Pateman 1970, Barber 1984: 232, Mansbridge 1999, Fung/Wright 2001, Delli Carpini/Cook/Jacobs 2004).

Auch zu den positiven Effekten des Assoziationswesens auf Individuum und Gesellschaft kann die empirische Forschung konkrete Ergebnisse aufweisen. Sebastian Braun untersuchte in zivilgesellschaftlichen Assoziationen, ob es zu Spillover-Effekten von gemeinschaftlichem Handeln auf individueller Ebene (soziales und Demokratielernen usw.) und Mesoebene (Aufwertung des Sozialkapitals vor Ort usw.) kommt. Braun warf hierbei zwei elementare Fragen auf, warum man einerseits eigentlich in freiwilligen Vereinigungen bürgerschaftliche Kompetenzen erwerben soll, die man auch anderswo erwerben könnte sowie andererseits die Unklarheit, was sich in der „Black Box“ der freiwilligen Vereinigung abspielt (Braun 2005: 150). Immerhin würden diesen Vereinigungen autoritativ definierte Ziele und die Gewissheit einer vorgegebenen Mitgliedschaft wie in einer Familie fehlen (ebd.: 150 f.). Jenseits von idealisierten Vorstellungen sei nach wie vor unklar, wie die Mechanismen funktionieren sollen, erworbene soziale und politische Orientierungen auf andere Lebensbereiche zu übertragen (ebd.: 151). Er konnte letztlich die Annahme, ob die Binnenintegration von Mitgliedern zu grenzüberschreitender Außenintegration führt, eher nicht bestätigen (ebd.: 150). Die gängige Vorstellung, dass jede freiwillige Vereinigung dieselben Integrationsleistungen in binnen- und außenintegrativer Hinsicht kennzeichnen würde, sei ausgesprochen fragwürdig (Braun 2005: 150). Schließlich hinterfragt Braun den Sozialkapital-Ansatz als solches, indem „individuelles Vertrauen durch das Engagement in freiwilligen

Vereinigungen generalisiert und dadurch auch die sozioökonomische Gesamtperformance einer Gesellschaft verbessert wird“ (ebd.: 178). Die gebildeten Ressourcen könnten nämlich gerade eine suboptimale Wirkung entfalten, indem es zu einer Fehlallokation bzw. negativen Allokationseffekten in Form eines Kontroll- und Steuerungsversagens des Dritten Sektors in Beziehung zu den Sphären Markt und Staat kommen könne (ebd.). Schließlich stellt Braun (ebd.: 194) auch die Idee der Funktion einer „Schule der Demokratie“ der Zivilgesellschaft in Frage (bezogen auf negative Effekte, vgl. Stecker/Nährlich 2005), hinzu kommt eine fehlende Trennschärfe und Präzision der Begrifflichkeiten (Braun 2005: 195): „Was sind ‚zivile‘ bzw. ‚unzivile Tugenden? Ist alles, was nicht die Rechte anderer gefährdet oder gegen sie verstößt, positiv oder lediglich neutral zu bewerten? Wenn es lediglich neutral zu bewerten ist, ab wann wird daraus etwas Positives?“ – zumindest bei den untersuchten Sportvereinen sei dies fraglich.

Weiterhin untersuchte Hansen (2008), inwieweit Vereine dazu geeignet sind, um strukturelle Handlungskontexte für das Lernen zu erschaffen. Grundsätzlich sind die Assoziationen hierzu geeignete Orte, da „lernförderliche Interaktion und Aushandlung in ihnen ein wichtiges Handlungsmuster darstellen“ (ebd.: 134); außerdem können Möglichkeiten eröffnet werden, „Aufgaben und Tätigkeiten zu personalisieren, d. h. an interessierenden Gegenständen bzw. Lerninhalten auszurichten“ (ebd.: 135). Hinderlich wirken sich dagegen verfestigte Routinen aus, es müssen also Wahlmöglichkeiten entsprechend von Interessen (also selbstbestimmt) möglich sein, oder auch ein über den Verein hinausgehender Nutzen (ebd.: 134, 136). Der Verein ist aber demnach auch deshalb lernförderlich, „weil die freiwillig Engagierten aus Furcht vor informellen Sanktionen und aufgrund ihrer emotionalen Verbundenheit mit dem Verein, ihre Tätigkeiten als Anforderungen wahrnehmen, denen sie mit Hilfe von selbstgesteuerten und formellen Lernprozessen nachzukommen versuchen“ (ebd.: 135). Bei der Entfaltung von bürgerschaftlichem Engagement kann beim Individuum eine Identitätsentwicklung stattfinden, die sowohl sozialpädagogisch als auch demokratiedidaktisch von Bedeutung sein kann im Sinne der Erziehung zur Demokratie. Steinfort untersuchte mögliche Potentiale bei der Ausübung von bürgerschaftlichem Engagement und arbeitete hierbei einige prägnante Merkmale heraus (Steinfort 2010: 213 ff.)⁷⁴.

74 Aufgezählt werden: Kohärenz (Sinn des individuellen Handelns), Selbstverortung (persönliche Eigenarten ausleben), signifikante Andere (neue Kontaktaufnahmen), Produktivität (z. B. produktiver Umgang mit Frustration, individuelle Anliegen, sinnvolle Zeitgestaltung), „Kompetenzerleben“ (eigene Stärken ausbauen), Anerkennung (privat/öffentlich, Selbst-Anerkennung, subjektive Wertungen, gesellschaftliche Anerkennung). Mögliche Kompetenzen, die beim bürgerschaftlichen Engagement eine besondere

Nachteile und negative Effekte von Partizipation

Auf der anderen Seite wurden folgende negative Effekte von Beteiligung in der Forschung nachgewiesen:

- Probleme bei der Beteiligung werden im Wesentlichen in einer möglichen Gerechtigkeitslücke, mangelnden Kenntnissen und Verantwortung, Machtstrukturen, Risikofreudigkeit und Gruppendruck gesehen (Kersting/Woyke 2012: 26 ff.).
- Nach Newig/Fritsch (2009: 219 f.) liegt ein besonderer Problemfall bei der Komplexität von Problemen: Bei hoher Komplexität ist der Prozess selbst entscheidend und die Input-Variablen wie Information und Interessenaggregation; bei niedriger Komplexität liegt der Schwerpunkt bei der Förderung des Outputs der Verfahren. Eine weitere Problematik ergibt sich nach Ansicht der Autoren hinsichtlich der Effektivität der Verfahren aufgrund der erhöhten Anzahl von Entscheidungen (*clearance points*) und Gegenbewegungen (Veto-Player), mangelnder Kompatibilität in der Kommunikation (Kommunikationshemmnisse) und Flexibilität sowie hinsichtlich der Frage, inwieweit legitime Interessen repräsentiert werden. Zu viele Veto-Spieler führen zudem tendenziell zu Immobilismus (Lijphart 1999: 258 ff., Tsebelis 2002, König/Debus/Tsebelis 2010). Auch komme es zu Problemen bei zunehmender Größe der Verfahren und Einbeziehung zu vieler Akteure in Entscheidungsprozesse, wenn etwa schließlich nur ein geringer Einfluss auf das eigentliche Ziel (Output, Outcome) besteht (Newig 2011: 493 f.).
- Es besteht ein Dilemma zwischen System-Effektivität und Bürgerbeteiligung, da viele Probleme nur im größeren Rahmen gelöst werden können, partizipative Verfahren aber an überschaubare und somit lokale Verhältnisse gebunden sind (Dahl 1994).
- Bei Standortentscheidungen ist Ineffektivität feststellbar (Bogumil/Holtkamp/Schwarz 2003, Holtkamp/Bogumil/Kißler 2006).
- Es ist kaum ein Einfluss bei partizipativen Verfahren auf den Output und Outcome messbar (Newig/Kuhn/Heinrichs 2011: 41).
- Einzelne Interessen setzen sich zum Nachteil des Allgemeinwohls durch (Raymond 2002: 183).
- Basis-Eliten und organisationsstarke Gruppen, die bereits aktiv sind, übernehmen auch diese Verfahren, was zur pseudo-demokratischen Elitenherrschaft und Dominanz von Sachinteressen führt (Papadopoulos 2004: 220).

Rolle spielen, sind demnach personale und soziale Kompetenzen, methodische und emotionale sowie kommunikative und Fachkompetenzen (Steinfurt 2010: 230).

- Es fehlt Legitimation wie im Falle von gewählten Volksvertretungen, politische Laien verfügen nicht über ausreichendes Zusammenhangs- und Überblickswissen (Fraenkel 1974: 139).
- Bei sozialer bzw. organisationaler Partizipation Tendenzen der Oligarchie (Macht- und Herrschaftsfragen⁷⁵), Exklusion, mangelnde Inklusion (Thaa 2009), Bedeutung der Wissensdimension im Sinne von Wissensbildung (Handlungswissen) und Kompetenzvermittlung (Gohl/Wüst 2008).

Bereits im Jahre 1975 listete Paul Kevenhörster vielfältige mögliche negative Implikationen bzw. Probleme bei der verstärkten Nutzung von Partizipation auf⁷⁶.

75 Vgl. Forschung zu Macht- und Herrschaftsfragen in Assoziationen und Organisationen: Städler 1984, Alvesson 1996, Abell/Heller 2000, Wex 2004, Clegg/Courpasson/Phillips 2006, Jäger 2011, Imbusch 2012, Jörke 2012, Richter 2013.

76 Kevenhörster fasste hier zusammen (Kevenhörster 1975: 35 ff.):

1. Schichtenspezifische Partizipationsschranken
 2. Potentiell extremistischer und stabilitätsgefährdender Gehalt von hohen Beteiligungsraten
 3. Krisenhaftigkeit und Disfunktionalität von hohen Beteiligungsraten
 4. Privatorientierung und Apathie der Bürger
 5. Politische Apathie wegen ungünstigem Kosten-Nutzen-Verhältnis bei der Informationsbeschaffung
 6. Partizipationsbremsende hochgradige Rollendifferenzierung und -verflechtung moderner Industriegesellschaften
 7. Entscheidungen vorwegnehmendes Reagieren von politischen Eliten auf potentielle Aktivitäten von Bürgern, das fortwährende Beteiligung überflüssig erscheinen lässt
 8. Begrenzte Informationsverarbeitungskapazität von Organisationen
 9. Frustrierung der Bürger, dass in Entscheidungsprozessen ihre Präferenzen immer wieder unberücksichtigt bleiben
 10. Beeinträchtigung der Erneuerungsfähigkeit und Beweglichkeit komplexer Organisationen
 11. Erzeugung rigider Einstellungen, die das Aushandeln von Kompromissen erschwert
 12. Gefahr, dass politische Beteiligung zu einem Vehikel pathologischer Bedürfnisse und der Entfaltung von Frustration und Aggression wird
 13. Mögliche totalitäre Folgen, wenn anfänglicher Aktivitätseнтуhusiasmus in Beteiligungsverweigerung mündet und Minderheitsherrschaft befördert
- Weitere Kritikpunkte betreffen nach Kersting (2008: 17 ff.):
- Mangelnde Kenntnis und Verantwortung der Partizipierenden
 - „empowerment for what?“
 - Starke Beeinflussung von außen wie „framing“ von (Beratungs)Agenturen
 - Idee des Change Management (als Veränderungsprozess hin zu einer Beteiligungskultur) wird als Gehirnwäsche bezeichnet (Schein/Schneier/Barker 1961), indem eine unterdrückende Überzeugungsarbeit (coercive persuasion) vermutet wird

Befürchtet wurde von Kritikern weiterhin eine „Tyrannei der Partizipation“, sie werde als moralischer Imperativ benutzt oder wird aus entwicklungspolitischer Sichtweise als ein christlicher und neokolonialistischer Ansatz bewertet (Cooke/Kothari 2001, vgl. auch Miessen 2012). Im Zentrum der Kritik steht also immer wieder der normative Impetus.

Geißel weist in diesem Zusammenhang auf Stimmen aus der Literatur hin, wonach die Beteiligung Gefahren berge, indem „sich einzelne Interessen zum Nachteil des Allgemeinwohls durchsetzen“ (Geißel 2008a: 31). „Denn politisch bereits aktive Segmente (Männer, Gebildete, Mittelschicht), ressourcen- und organisationsstarke Gruppen sowie Basis-Eliten übernehmen auch partizipative Verfahren. Sie haben Zeit, Geld und Know-How, um sich an den entsprechenden Prozessen zu beteiligen und damit die Berücksichtigung ihrer Präferenzen sicher zu stellen. Derartige Beteiligungsformen würden das Risiko einer pseudo-demokratischen Eliteherrschaft und der Dominanz von Sonderinteressen beinhalten“ (ebd.). Ähnliche kritische Stimmen gebe es von Befürwortern des bestehenden repräsentativen demokratischen Systems: „Das Ergebnis derartiger Mitbestimmung durch politische Laien, die kaum über Zusammenhangs- und Überblickswissen verfügen, seien Entscheidungen, die letztlich allen Bürgern schaden würden“ (ebd.). Außerdem könne eine hohe Anzahl von Veto-Spielern die Effektivität verhindern und Immobilismus erzeugen – demnach würde Beteiligung eher „politische Unzufriedenheit, Legitimitätsdefizite und Ineffizienz“ erzeugen (ebd.: 31).

Schattenseiten zivilgesellschaftlicher Partizipation

Im Kontext dieser Betrachtungen sind die „dunklen Seiten“ der Zivilgesellschaft von besonderem Interesse. Jenseits des normativen Idealbildes entspinnt sich offensichtlich auch eine andere zivilgesellschaftliche Welt, die sich in den Sphären von Partikularinteressen, Ökonomisierungstendenzen, Mediatisierung, Eventisierung und Exklusionsmechanismen entfalten können. Nach Ansicht von Roland Roth (vgl. Roth 2003;2004;2008) bestehen viele Gefahren dabei, auf die Zivilgesellschaft als Lernstätte der Demokratie zu setzen: hierzu zählen Klientelbildung, Ausgrenzungen, Vernachlässigung schwacher Interessen bzw. Themen, Unterstützung weiterer Markt-

-
- Erfolgreiche Gruppenzusammenarbeit wird bezweifelt (Gruppendysfunktionalität) (Cooke/Khortari 2001)
 - Risikofreudigkeit kann mangelndem Ernst der Lage geschuldet sein, aber fatale Auswirkungen haben
 - Gefahr des Abilene Paradoxon: Zielanvisierung, welches aber von Partizipierenden im Kern gar nicht unterstützt wird
 - Aufbau von Gruppendruck (und anderen suboptimalen Gruppeneffekten wie Exklusion/Ausgrenzung, Meinungsunterdrückung usw.)

expansion und Korruption. Damit besteht die Möglichkeit, dass die Zivilgesellschaft Ungleichheiten produziert bzw. bestehende gesellschaftliche Ungleichgewichte noch verschärft – allerdings würden diese Prozesse verdeckt ablaufen, sozusagen als andere Seite der Medaille der „getarnten“ *Stealth Democracy*⁷⁷. Roth (2003: 70) brachte diese kritischen Diagnosen zusammenfassend auf die Formel: „Dies nötigt zum Abschied von zwei Fiktionen: der weitgehenden Eigenständigkeit wie der genuin demokratischen Substanz des zivilgesellschaftlichen Assoziationswesens“ (vgl. zum Engagement sozial Benachteiligter auch Klatt/Walter/Bebnowski 2011).

Gleiches könnte vermutlich auch für die hier untersuchten Bürgerenergie-Initiativen gelten: Tatsächlich erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass sich diese dunklen Seiten finden lassen. Fraglich bleibt aber auch im Sinne der Überlegungen von Stecker/Nährlich (2005), welche Alternativen in diesem Falle bleiben, da außer kommunalen Betrieben (Stadtwerke) nur Großkonzerne der Energieversorgung dienen. Dennoch bleibt die grundsätzliche Frage bestehen, ob kommunale Betriebe aufgrund von öffentlicher Aufsicht und Kontrolle sowie damit verbundener Le-

77 Nolte weist auf diese Erstarrungs- und Verfestigungstendenzen von sozialen Ungleichheiten hin (2003: 38): „Die Zivilgesellschaft ist ein schöner Traum, der Entwurf einer besseren Gesellschaft. Schon deshalb ist es nicht verwunderlich, dass das Projekt der Zivilgesellschaft häufig mit einer relativ egalitären Gesellschaft assoziiert wird: einer Gesellschaft nicht nur rechtsgleicher Bürgerinnen und Bürger, sondern auch relativ ausgeglichener ökonomischer Privilegien und Chancen. Dagegen steht jedoch die Realität verfestigter sozialer Strukturen, die Realität sozialökonomischer Ungleichheit. In Umkehrung des viele Jahrzehnte vorherrschenden säkularen Egalisierungstrends hat sich soziale Ungleichheit seit etwa 1980 in den meisten westlichen Gesellschaften sogar verschärft; Abstände sind wieder gewachsen.“ – Zwei Tendenzen sind für Nolte in diesem Zusammenhang zentral: Rückgang der Arbeiterbewegung und wenig integrative Kraft der neuen Engagement-Kultur (ebd.: 44): „Lässt sich daraus im Umkehrschluss ableiten, Zivilgesellschaft ließe sich alleine mit einer bürgerlich und politisch engagierten Mittelklasse herstellen? Diese Frage gewinnt in den letzten Jahrzehnten in allen westlichen Ländern auf unvermutete Weise an Brisanz. Die traditionelle Arbeiterbewegungskultur, und mit ihr die Unterschicht-Organisationen, die sich dem bürgerlichen Modell der Zivilgesellschaft weithin angepasst hatten, lösen sich immer mehr auf bzw. verlieren an gesamtgesellschaftlicher Gestaltungskraft; neue Unterschichten jenseits der klassischen Industriearbeiterschaft ziehen sich aus Organisationen zurück und verhalten sich, wie der schichtenspezifische Rückgang der Wahlbeteiligung zeigt, politisch tendenziell indifferent oder apathisch. Andererseits sind die neuen Formen des Bürgerengagements, die in den letzten Jahrzehnten gegenüber der klassischen Vereins-, Verbände- und Organisationskultur an Bedeutung gewonnen haben (z. B. Bürgerinitiativen, Protestbewegungen), in auffällig hohem Maße durch eine postbildungsbürgerliche Mittelklasse geprägt und vielfach in weit geringerem Ausmaß zur klassenübergreifenden Integration in der Lage, als das in dem traditionellen Muster der Fall war“.

gitimation eine bessere, gemeinwohlorientiertere Lösung darstellen (vgl. Idee der Stadtwerke als „gute Bürger“ bei Schönberg/Jost 2011). Dunkle Seiten wie Korruption und Vetternwirtschaft dürften allerdings ein Allgemeinphänomen darstellen, welche sich in allen Gesellschaftsbereichen finden lassen. Auch Minderheitenschutz muss nicht zwangsläufig gesichert sein. Schließlich würden neben den ausgetilgten Negativeffekten von Bürger-Unternehmen aber auch deren positive Effekte verloren gehen, würde man andere Betreibungsformen bevorzugen.

Bereits Robert Putnam betonte in seinem Resümee zum internationalen Vergleich von Sozialkapital in verschiedenen Ländern („Gesellschaft und Gemeinsinn“) eine dunkle Seite des Sozialkapitals hinsichtlich der neuen Formen von Engagement (Putnam 2001: 781), indem „die neuen individualistischen Formen des bürgerschaftlichen Engagements weniger zur Verfolgung gemeinsamer Ziele beizutragen vermögen. Die älteren, jetzt im Schwinden begriffenen Formen verbanden individuelles Vergnügen mit kollektiven Zwecken und raten in unterschiedliche Bereiche hinein, wie die katholischen Gewerkschaften oder parteinahe Sport-Ligen. Die neueren Formen des sozialen Engagements sind dagegen enger, weniger brückenbildend und weniger auf kollektive oder der Allgemeinheit dienende Zwecke fokussiert. Aus unserer ersten Untersuchung ergibt sich die wichtige Hypothese, dass die neueren Formen zwar befreiender wirken mögen, jedoch weniger solidarisch sind – sie kennzeichnen eine Art Privatisierung des Sozialkapitals“. Im Kontext dieser Betrachtungen sind diese „dunklen Seiten“ der Zivilgesellschaft von besonderem Interesse. Jenseits des normativen Idealbildes entspinnt sich offensichtlich auch eine andere zivilgesellschaftliche Welt, die sich in den Sphären von Partikularinteressen, Vetternwirtschaft, Ökonomisierungstendenzen und Exklusionsmechanismen entfalten können⁷⁸.

78 Auch Walter (2013) beschreibt die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft als altbekanntes Phänomen: „Die Zivilgesellschaft, also der von Bürgern selbst organisierte Raum zwischen Staat und Individuen, ist nicht allein ein probater Dünger für die lobenswerten Tugenden der Liberalität, Toleranz und Humanität. In der Zivilgesellschaft nisten ebenso pathologische Ängste und Aggressionen, soziale und ethnische Ausgrenzung und Verdrängungsbemühungen, Zynismus und Verachtung gegenüber dem demokratischen Prozess. (...) Eine in konfrontativen Weltanschauungen und Eigenwelten fragmentierte, überdies agitatorisch aufgeheizte Zivilgesellschaft, die schwachen staatlichen Institutionen und Repräsentativorganen gegenübersteht, kann parlamentarisch verfasste Demokratien nicht festigen, sondern nur unterminieren“. – Vgl. weiterhin dasauch Resümee von Gmür (2013: 32), der von den Grenzen der Zivilgesellschaft spricht, sie „steht nicht nur für freies Engagement, Fortschritts- und Gemeinwohlorientierung oder soziale Integration, sondern sie kann auch bedeuten: Partikularinteressen, Ausgrenzung, Entwicklungsverzögerung oder Patriarchat“.

Münkler spricht im Zusammenhang des Entstehens neuer sozialer Bewegungen und NGOs von der Herausbildung neuer Oligarchien, aufgrund der „Kombination von Sachwissen und Medienkompetenz“ (Münkler 2002: 173), auch kritisiert er ein „Moralmonopol“ und sieht ihren Zweck für die Bevölkerung, welche die Organisationen finanziell unterstützt zur Gewissensberuhigung (ebd.). Demokratische Kontrolle verlaufe hier nur „durch die neue Partizipationsform der Banküberweisung“ gegenüber der klassischen Form der Stimmabgabe (ebd.). Hinzu kommt die Frage, wer an diesen Formen partizipiert: „Freilich steht außer Frage, daß der Mittelschicht bzw. der „neuen Mitte“ infolge dieser neuen politischen Partizipationsformen ein relativ größerer Einfluß zuwächst, als dies im klassischen Wahlverfahren vorgesehen und der Fall ist. Dabei spielen zunächst das in den mittleren gesellschaftlichen Schichten notorisch größere politische Engagement und insbesondere die bessere Bildung eine entscheidende Rolle, selbstverständlich aber auch aufgrund höherer Einkommen eine größere Verfügbarkeit von gegen steuermindernde Spendenquittung abzuführenden Geldmittel. War die Politikpartizipation durch Stimmabgabe seit der Einführung des allgemeinen, freien und gleichen Wahlrechts nach dem Grundsatz radikaler Egalität organisiert (one man – one vote), so werden die ‚Stimmen‘ im Falle der Partizipation durch Engagement oder Spende eher gewogen als gezählt“ (ebd.: 174).

Roth (2003) beschreibt zusammenfassend vier Kernprobleme als Schattenseiten, welche er in der Zivilgesellschaft erkennt:

1. Dilemma zwischen Dilettantismus und Professionalität: Assoziationen können als professionelle Interessenvertreter fungieren, nationalistisch und fundamentalistisch ausgerichtet sein, damit nicht als Vereinigungen von mündigen Bürgern dienen.
2. Bedeutung privater Unternehmen als ein Standbein der Zivilgesellschaft: Corporate Citizenship, Public-Private-Partnerships und Moralisierung der Märkte dient alleine dazu, neue Märkte zu erschließen (so auch Kernkritikpunkt von Colin Crouch 2004).
3. Abwertung des Staates: Selbstüberschätzung und mangelnde Legitimität zivilgesellschaftlicher Organisationen, hoher eigener Anteil an Handlungen (selbstreferenziell) und unkritische Herangehensweisen.
4. Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft ist im System selbst begrenzt aufgrund von funktionaler Differenzierung.

Hinzu kommen für Roth „zunehmende Korruptionsintensität“ (Roth 2004: 53 ff.) in Zusammenhang mit Marktexpansion, Staatsversagen, Versagen der Zivilgesellschaft („Auch Klüngel, Seilschaften und Klientelstrukturen sind soziale Netzwerke, die

soziales Kapital hervorbringen“ (ebd.: 56), bezeichnet als out-of-date social capital oder anti-modern social capital, ebd.) sowie Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit. Solche Einwände können auch zu einer fatalistischen Sichtweise führen: So fragte Frank Nullmeier (2002) provokant: „Vergesst die Bürgergesellschaft?“⁷⁹

Zu differenzierten Ergebnissen gelangten Stecker und Nährlich (2005) bei der Analyse von gemeinnützigen Organisationen, indem zwar Zweifel an den förderlichen Effekten angebracht seien, diese aber im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Sphären nicht überaus kritisch bewertet werden sollten (da beispielsweise in der Privatwirtschaft kaum positivere Effekte zu erwarten wären)⁸⁰.

79 Nullmeier (2002: 18) weist als zentrales Problem die Durchdringung ökonomischer Prinzipien aus: „Diese äußeren Einflüsse, aber auch innere Bestrebungen bürgerschaftlicher Organisationen, sich neuen gesellschaftlichen Entwicklungen von Individualisierung und Wettbewerblichkeit anzupassen, führen zu einer schleichen- den Transformation der Bürgergesellschaft. Die spezifisch bürgerschaftlichen Ressourcen werden zunehmend in einer Art und Weise beschafft, die den Regeln des Wettbewerbes entsprechen, die Leistungen der Bürgergesellschaft werden umfassend vermarktet und die innere Organisation gehorcht den neuesten Managementkonzepten“. Zur Lösung schlägt Nullmeier eine Strategie der Politisierung und Transformation der Bürgerrolle vom Wirtschafts- zum politischen Bürger vor (ebd.: 19): „Eine Fortführung der Bürgergesellschafts-Debatte müsste sowohl eine weniger beschönigende Realanalyse erzeugen als auch eine offensivere Strategie gegenüber Markt und ökonomischem Wettbewerb entwickeln. Der Bürger in seiner Rolle als Engagierter, Spender, freiwillig Tätiger wird von untergeordneter Bedeutung sein, wenn seine Möglichkeiten als politischer Bürger geschwächt sind und er einem übermächtigen Wirtschaftsbürger gegenübersteht. Wichtig wäre es daher, den Bürger in der Rolle des Wirtschaftsbürgers zu attackieren. Eine solche Aufgabe kann nicht allein staatlicher Politik überlassen oder zugewiesen werden. Aus der Gesellschaft heraus ist der Markt zum Gegenstand eingreifender Tätigkeit zu machen. Das bürgerschaftliche Engagement muss sich auch auf die ökonomischen Entscheidungen erstrecken. Das beinhaltet freilich eine Politisierung der Bürgergesellschaft, auch eine Verschiebung vom helfenden, tätigen zum partizipativen Engagement, hin zu einem Selbstverständnis als politischem Akteur der Gesellschaft – zu einer Politik jenseits des Staates. So sollte einer politischen Bürgergesellschaft das Wort geredet werden, die in das Marktgeschehen aktiv einzugreifen vermag, die sich als Ausdruck gesellschaftlicher Kontrolle und Korrektur ökonomischen Geschehens versteht, deren Engagement auch den Eingriff in den ökonomischen Kreislauf nicht scheut und gerade dadurch ein Gegengewicht zu Staat und Markt böte“.

80 Stecker und Nährlich (2005: 162) weisen auf das empirische Defizit der Ausgangsüberlegung hin: „An dieser Stelle wird jedoch auffällig, dass die sozialintegrativen Effekte für die Makro-Ebene der Gesellschaft bislang noch nicht schlüssig nachgewiesen worden sind, obgleich sie auch zur Begründung der dem gemeinnützigen Bereich zugeführten Ressourcen herangezogen werden. Was aber, wenn die Ressourcen lediglich eine sub-optimale Wirkung erzeugen (Fehlallokation) und die freiwilligen Vereinigungen durch

Ökonomisierungs- und Monetarisierungstendenzen

„Freiwilligkeit im Spannungsfeld ökonomischer Kalküle“ nannten Klie und Stemmer (2011a/b) die (neue) Grundproblematik im zivilgesellschaftlichen Assoziationswesen und bei bürgerschaftlichem Engagement. Die Forschung versucht seit einigen Jahren, die Frage zu beantworten, ob einerseits solche Tendenzen der Ökonomisierung und Monetarisierung messbar sind und wie die Gemeinschaften und Organisationen mit diesen Einflüssen umgehen. Hierbei lassen sich folgende Tendenzen ausmachen:

- Einfluss des Geldes auf die Motivation zum Engagement, Geldbeträge sind dafür aber zu gering (Klie/Stemmer 2011b: 80);
- Eigensinn und spezifische Potenziale freiwilligen Engagements gehen verloren, „Geldfluss bringt ökonomische Logik“ (ebd.: 81);
- einseitige Engagementförderung und Wettbewerb um finanzielle Anreize: es geht nur noch um die Frage nach ökonomischen Nutzenkalkülen (ebd.).

die ihnen vielfach zugeschriebenen positiven Eigenschaften überfordert sind?“ Vorteile sehen die Autoren vor allem im Vergleich zu anderen Gesellschaftsbereichen: „Diese vielfältigen Ansprüche, Hoffnungen und Zielsetzungen lassen die Frage aufkommen, ob freiwilliges Engagement und der gemeinnützige Sektor überhaupt leisten können, was von ihnen erwartet wird. Denn es steht zu befürchten, dass der gemeinnützige Bereich angesichts dieser komplexen Herausforderungen überfordert ist. Auch sind Zweifel angebracht, ob freiwilliges Engagement und gemeinnützige Organisationen die ihnen zugeschriebenen positiven Eigenschaften überhaupt besitzen. Zur Beantwortung dieser Zusammenhänge wurden (...) die Schattenseiten der auf der Meso-Ebene der Organisationen angesiedelten Funktionen und der auf der Makro-Ebene der Gesellschaft wirkenden Effekte untersucht. Dabei treten im Sinne des institutional choice erst im Vergleich zu den Institutionen Staat, Markt und Familie die etwaigen komparativen Vorteile des Dritten Sektors hervor. Das Vorhandensein komparativer Wettbewerbsvorteile auf der Ebene gemeinnütziger Organisationen lässt nicht automatisch auf eine effizientere betriebswirtschaftliche Produktion und volkswirtschaftliche Allokation schließen“. – Aufgrund dessen wird dafür plädiert, stärker zwischen Funktionen und Effekten zu differenzieren sowie die Entstehungen von externen Effekten miteinzubeziehen (ebd.: 176): „Als zwingend erforderlich erachtet wird die Abkehr von der bisher weitgehend einseitig positiven Bewertung gemeinnütziger Organisationen und bürgerschaftlichen Engagements. Weder ist die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit ein (alleiniger) Garant für das Erfüllen bestimmter positiver Funktionen und das Zustandekommen positiver externer Effekte, noch stellen Engagement und Dritter Sektor eine ‚Generallösung‘ für alle gesellschaftlichen Probleme dar. Hier gilt es zu einer realistischen Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Dritten Sektors zu kommen und – im Vergleich zu Markt, Staat und Familie – stärker auf seine komparativen Vorteile zu rekurrieren“ (ebd.).

Inzwischen liegen empirische Ergebnisse zur Entwicklung von Ökonomisierungs- und Monetarisierungstendenzen vor, indem von einem zunehmenden Einfluss wirtschaftlicher Denk- und Handlungsweisen ausgegangen wird. Die Forschungsergebnisse haben hierbei zwar diese vermuteten Tendenzen grundsätzlich bestätigt, kommen allerdings zu sehr differenzierten Schlüssen.

Daneben liegen in diesem Zusammenhang folgende Erkenntnisse vor:

- Monetarisierungs- und Ökonomisierungstendenzen im Spannungsfeld zwischen *freiwilligem Ehrenamt und Erwerbsarbeit* (Knopf 1983, Sozialministerium Ba.-Wü. 2000b, Jakob 2001, Grehn/Kumpf 2002, Kühnlein/Böhle 2002a, Schumacher 2003, Farago/Ammann 2006, Hessisches Sozialministerium 2007, Stadt Frankfurt a. M. 2007, Roß 2008, Klie/Stemmer/Wegner 2010, Adloff/Roose 2011, Klie/Stemmer 2011a/b)
- Herausforderungen durch *Individualisierung und Globalisierung* (Sozialministerium Ba.-Wü. 2000a, Siegenthaler 2006, Evers/Zimmer 2010, Gmür/Lichtsteiner/Purtschert 2011), Motivations- und Strukturwandel (Heinze/Strünc 1999, Klages 2000b, Beher/Liebig/Rauschenbach 2001, Dathe/Kistler 2002, Kühnlein/Böhle 2002b, Klages 2002, Rucht 2010, Rauschenbach/Zimmer 2011), Modernisierungstendenzen (Klein/Liegrand/Leif 2004)
- *Ökonomische Herausforderungen* (Priller et al. 2013) und unternehmerisches Handeln (Badelt 2004)
- *(Werte)wandel* bei gemeinnützigen Organisationen, im Ehrenamt und bei der (traditionellen) Freiwilligenarbeit (Weng 2003, Cattacin 2006, Zimmer/Priller 2007, Salamon 2010), „Neuerfindung“ alter Verbände (Roß/Harhues/Terhorst 2006), Motivationen und Anerkennung (Schürmann 2013)
- Analytierte *Monetarisierungs- und Ökonomisierungstendenzen* (Merkantilisierung, Bürokratisierung, Technokratisierung) (Frey/Jegen 2002, Seibel 2003, Knittlmayer 2004, Ammann 2006a/b, Balbo 2006, Evers 2006, Gmür 2011, Droß 2013), Gefährdung durch monetäre Anreize (Güntert/Wehner 2006), Relevanz der Anerkennungskultur (Jakob 2006), normative Aspekte der Monetarisierung (Landert 2006), Kombination von Erwerbsarbeit und freiwilligem Engagement (Schumacher 2003)
- *Zerrissenheit* zwischen Engagement, Geschenkökonomie und Geld, Macht, Markt (Horch 1992, Bürgermeier 2006)

Oligarchie in zivilgesellschaftlichen Assoziationen

Ein Grundproblem von Zivilgesellschaft, aber auch von jedem organisierten Zusammenschluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besteht in der Ausbildung oligarchischer Tendenzen (vgl. Bluhm/Krause 2012, Schaal 2012). Während die

„unorganisierten Bürger“ möglicherweise noch über kein Führungspersonal und Hierarchien verfügen, so bilden sich diese organisierten Strukturen im Regelfall mit der Zeit in jedem sozialen Zusammenschluss aus. Negative Folgen dieser Strukturen können Exklusionsmechanismen, Entmachtung der Mitglieder, Diskriminierung von Minderheiten sowie Mangel an Transparenz mit Mitbestimmung sein (vgl. zu Machtstrukturen von Akteuren Sandner 1993).

Das oligarchische Problem innerhalb von zivilgesellschaftlichen Assoziationen beschrieb bereits vor 30 Jahren Oscar Gabriel im Kontext von Bürgerinitiativen anschaulich. Trotz der bewusst losen Organisationsstruktur wird letztlich die Leitung der Initiativen durch die personenbezogene Ausrichtung als überaus einflussreich eingeschätzt: „Als Kristallisations- und Kommunikationskern treten dabei die Führungsgruppen der Initiativen auf: Infolge der weitgehend fehlenden stabilisierenden organisatorischen Elemente, (...) hängt die Funktionsfähigkeit der Gruppe weitgehend von dem Koordinations- und Integrationsgeschicke der Führungsgruppe ab (...). Auf diese Weise gewinnt die Trennung von Führungs- und Mitgliedschaftsrollen eine neue und wesentlich größere Bedeutung, als man zunächst vermutet: Die Mitarbeit im Führungskreis ist zwar im Prinzip für jeden zugänglich, sie setzt aber relativ große politische und soziale Fertigkeiten voraus, ein Umstand, der ursächlich für die gelegentlich kritisierte Akademisierung der Führungsgruppe sein dürfte. In der großen zeitlichen und organisatorischen Belastung des Führungspersonals liegt vermutlich auch der Grund dafür, daß dieser Kreis recht klein bleibt und sich häufig auf die Gründungsmitglieder beschränkt (...), d. h. daß das Partizipationsangebot ‚Mitarbeit im Führungskreis der Initiative‘ nur von sehr wenigen Personen wahrgenommen wird, die sich zudem in ihren sozialen Merkmalen nicht von anderen Partizipantengruppen unterscheiden“ (Gabriel 1983: 290).

Gerade den neu entstehenden Bürgergruppierungen und Initiativen wird die Anhaftung oligarchischer Tendenzen per se unterstellt (Jörke 2011: 17): „Das Paradoxe an der gegenwärtigen Situation besteht darin, dass zwar auf der einen Seite durchaus eine lebendige demokratische Praxis zu beobachten ist, die nicht zuletzt in unkonventionellen Formen der Beteiligung zum Vorschein kommt. Auf der anderen Seite jedoch besitzt die soziale Basis dieser neuen Demokratie tendenziell oligarchische Züge, mit der Konsequenz eines Nachlassens egalitärer Politikinhalt“ (ebd.: 17). Damit würden diese zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten der Partizipationen „keinen Ausweg aus der Postdemokratie“ darstellen (ebd.). Vor allem aus klassischen Organisationen der politischen Willensbildung sind diese Hierarchien schon lange bekannt. Während ein Ideal von Offenheit (innerhalb von Parteien) als einen „lebendigen und durch kollektive Identität gestützten Diskussionsprozess“

beschrieben wird, steht dem gegenüber „Präferenzen eines ‚oligarchischen‘ Funktionärskörpers“ (Offe 2003b: 70).

Binnendemokratie in Organisationen, Verbänden und Vereinen kann also offenbar immer nur schwerlich garantiert werden. Schon Robert Michels wies auf das Problem von im zeitlichen Verlauf nahezu zwangsläufig entstehenden oligarchischen Tendenzen hin (Michels 1908). Er sah wenig Möglichkeit der demokratischen Kontrolle innerhalb von Organisationen: Mitgliedern bleibe nur die „Einhaltung des Instanzenweges“ (Michels 1911: 426) – er räumte daher Kontrollmöglichkeiten nur eine „Scheinexistenz“ ein (Michels 1911: 34). Das von Michels geprägte „Ehernes Gesetz der Oligarchie“ wurde in der Folgezeit als ein „Grundproblem demokratischer Führung in Organisationen“ charakterisiert (Grunwald 1980).

An der Aktualität der Problemstellung hat sich bis heute wenig geändert (vgl. Bluhm/Krause 2012), so thematisieren Bender und Wiesendahl (2011) Michels' „ehernes Gesetz der Demokratie“ bezogen auf das derzeitige politische System. Demnach hat sich an den oligarchischen Grundstrukturen nicht viel geändert, nur mehr direkte Beteiligung können einen Lösungsansatz darstellen, allerdings ändere auch dies nichts an der Elitenherrschaft als solches: „Der repräsentativen Demokratie wohnt eine Tendenz zur Oligarchisierung und Verselbstständigung der gewählten Politiker inne. Dies wirft die Frage auf, wie die Herrschaft der Gewählten über die Wähler begrenzt und stärker an den Wählerwillen gebunden werden könnte. In diesem Zusammenhang wird gefordert, die repräsentativdemokratische Berufspolitikerherrschaft einzuschränken bzw. durch mehr unmittelbare Demokratie im Sinne einer authentischen Selbstregierung des Volkes und einer bürgerschaftlichen Selbstorganisation zu ersetzen. (...) Mehr direkte Demokratie bringt, so die Quintessenz, nicht zwingend weniger Elitenherrschaft, wenn diese in der Ämteranhäufung und der Dauer nicht begrenzt wird“ (ebd.: 24).

Genossenschaftliche Partizipationsstrukturen

In einer umfangreichen Untersuchung zu genossenschaftlichen Partizipationsstrukturen wurde festgestellt, dass demokratische Einflussmöglichkeiten von Mitgliedern sehr begrenzt sind: „Die herausgehobene demokratische Stellung der Mitglieder schrumpft in der Realität allerdings dazu, den Geschäftsbericht des Vorstands anzunehmen und den Vorstand zu entlasten“ (von Blanckenburg 2014: 261).

Auf der anderen Seite konnte eine Anknüpfung an traditionelle Werte der Genossenschaften analysiert werden, „das Eigentliche des ‚Genossenschaftsgedankens‘ nämlich die Gemeinschaft und die solidarische Wertorientierung ‚wieder aufleben‘ lassen“ (ebd.). Allerdings ist dies wiederum stark von der partizipativen Organisation und Struktur der Genossenschaft abhängig (ebd.: 281). Partizipation führt nach diesen Erkenntnissen nicht zu einem Lerneffekt bei den Mitgliedern im Sinne

eines Kompetenzaufbaus: „Insgesamt ist aber (...) die Partizipationsfunktion im Sinne einer ‚Lernplattform für klimaschützendes Verhalten und klimaschützende Maßnahmen‘ kaum wahrnehmbar, obwohl die von uns untersuchten Genossenschaften im Klimaschutz aktiv sind“ (ebd.: 276).

Von Blanckenburg zieht dennoch für Genossenschaften im Vergleich zu anderen Unternehmensformen trotz des empirischen Befundes von nur eingeschränkt verfügbaren und partiell genutzten Beteiligungsmöglichkeiten ein positives Fazit: „Trotz der in der Realität vielleicht nicht einfachen Bedingungen muss aber betont werden, dass jedes Genossenschaftsmitglied die Chance hat, eigene Interessen einzubringen. Im Rahmen der partizipativen Organisationsstruktur von Genossenschaften kann Klimaschutz in einer Weise diskutiert werden und Maßnahmen beschlossen und umgesetzt werden, die über das, was in anderen Unternehmensformen möglich ist, hinausgeht“ (ebd.).

Es werden vor allem übergreifende positive Effekte von Partizipation hervorgehoben, welche nachgewiesen werden konnten: „Partizipation (...) sorgt für einen wirksamen Klimaschutz, indem erstens Lösungen gefunden werden, die möglichst viele Positionen integrieren, zweitens die getroffenen Entscheidungen auf hohe Akzeptanz treffen und indem drittens im Rahmen der Partizipationsprozesse Kompetenzen aufgebaut werden und die Bewusstseinsbildung vorangetrieben wird“ (ebd.: 277).

Partizipation in der kritischen Perspektive der Systemtheorie: Demobürokratie

Niklas Luhmann sieht zwar in seiner systemtheoretischen Sichtweise Möglichkeiten der Schaffung von „Legitimation durch Verfahren“⁸¹, problematisiert jedoch die Idee und Erwartungen an Partizipation und Legitimation politischen Handelns grundsätzlich, da Hoffnungen der 1960er Jahre in der Folgezeit schnell verblasst und enttäuscht worden seien: „Aber das lautstarke Dramatisieren des Problems der Legitimität hatte nur Sinn, solange man Möglichkeiten sah, Legitimität zu schaffen – vor allem durch bessere Partizipation. Die Erwartung war, so seltsam das rückblickend gesehen erscheinen mag, daß mehr Partizipation zu mehr Zustimmung führen würde – und nicht etwa zu mehr Enttäuschungen. Insofern hingen die beiden Themen, Partizipation und Legitimation, eng zusammen und sind folglich miteinander verblaßt“ (Luhmann 2009: 159 f.).

81 Vgl. Luhmann 1983. Er wies hierbei u. a. bereits auf das Problem der Enttäuschungen bei Beteiligungsverfahren hin (Luhmann 1983: 233 ff.) sowie auf paradoxe Prozesse innerhalb der Verwaltung (ebd.: 203 ff.).

Hoffnungen in Partizipation sieht er vom Grundprinzip her und nach bisherigen Erfahrungen für überhöht an, was er auf einen übergroßen Glauben an Bildung und Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Schichtunterschieden zurückführt und Habermas' Diskursidee ad absurdum führt: „An diesen Spannungen zerbricht die alte Idee der Partizipation. Wenn man daraufhin neue Hoffnungen auf *Verfahren* setzt, sind diese Hoffnungen von vornherein viel zu kleinformatig entworfen – ohne Augenmaß und ohne Sinn für Realitäten. Das gilt für Mitspracheregulierungen innerhalb von Organisationen, ebenso aber auch für die hohe Idee eines möglicherweise effektiven ‚herrschaftsfreien Diskurses‘“ (ebd.: 161). Selbst den Begriff Legitimation verwirft er schließlich; er verschleierte nur, dass es sich lediglich um Regierungspraktiken handeln würde, worum es doch im Kern gehe: „Man sollte sich durch die Wahl des Terminus Legitimation nicht zu illusionären Vorstellungen verführen lassen. Es geht nur um prognostische und praktisch-rhetorische Probleme der Wiederwahl oder Nichtwiederwahl von Regierungen – um nicht mehr und nicht weniger“ (ebd.). Luhmann möchte diese Begrifflichkeiten überwinden und sich stattdessen konkreter und gleichzeitig abstrakter mit politischen Prozessen auseinandersetzen, etwa durch Analyse von „soziales System, Kommunikation, Handlung, Komplexität, Selektion, Evolution, Selbstreferenz usw.“ – also ganz im Sinne des analytischen Rasters der Systemtheorie (vgl. ebd.: 162). „Historische Begriffe wie Partizipation oder Legitimation können nicht unkontrolliert übernommen werden; sonst placiert man mit Hilfe dieser Begriffe Erwartungen in Kontexte, in denen sie nicht erfüllt werden können, und provoziert damit Enttäuschungen“ (ebd.). Seiner Ansicht nach reduzieren Formeln wie Legitimität Komplexität zu sehr, da „über Werte leichter zu kommunizieren ist als über Realitäten“ (ebd.: 164).

Das Hauptproblem erkennt er darin, dass mehr Partizipation in der Folge auch zu mehr Bürokratie führt (sog. Demobürokratie): „Wie eine Puppe in der Puppe entwickelt sich die Partizipation zu einer Organisation in der Organisation, einer Bürokratie in der Bürokratie. Das Ergebnis läßt sich unter dem Namen Bürokratie tadeln und unter dem Namen Partizipation loben. Die Doppelbewertung hat dann einen immobilisierenden Effekt: Man bejaht aus prinzipiellen Gründen, was man in der Durchführung für schlecht hält. Der Einzelne resigniert und begnügt sich mit individuellen Strategien des Zurechtkommens, der Einflußmehrung oder auch der Abwehr und Selbstimmunisierung“ (ebd.: 163)⁸². Luhmann weist darauf

82 Luhmann erläutert seine Idee der Bürokratisierung durch Partizipation an anderer Stelle explizit: „Demokratisierung bedeutet schon in sich selbst: Multiplikation der Entscheidungslast. Aus einer Entscheidung werden viele Entscheidungen. Wer an Gremien, Kommissionen, Ausschüssen, Konferenzen, Senaten, Konzilen teilnimmt, muß entscheiden, wie er seine Stimme abgibt. Oft muß er an weiteren Sitzungen teilnehmen, die ein abgestimmtes Abstimmen sicherstellen sollen, da andernfalls die

hin, dass aufgrund dieser strukturellen Logik ursprüngliche Ziele der Beteiligung hinsichtlich der Änderung des Systemmodus verloren gehen: „Soweit dies Resultat selbst ein Ziel struktureller Reformen gewesen ist, hat man das Ziel erreicht. Soweit damit strukturelle Reformen in Gang gesetzt werden sollten, hat sich das Verfahren nicht bewährt. Offenbar unterliegen auch Demobükratien dem allgemeinen Gesetz der Bürokratie, Änderungen zu minimieren“ (ebd.). Dies versucht Luhmann mit den Beispielen von praktizierter Partizipation zu unterlegen: „Überall dort, wo man innerhalb bestimmter Zeit zu Ergebnissen kommen muß, haben freilich erkennbare Ineffektivität, Überlastung und Unsinnigkeit die Vollrealisierung des Partizipationsprinzips verhindert. Vor allem in Industriebetrieben, die mit Partizipation experimentiert haben, hat sich die erhoffte Teilnahme an der Macht, die beabsichtigte Dezentralisation nicht eingestellt. Dies zeigen Untersuchungen aus Jugoslawien, aber auch aus Chile“ (ebd.).

Letztlich hat Partizipation für Luhmann mit gesamtgesellschaftlichen Paradoxien zu kämpfen, „an denen alte Postulate wie Partizipation oder Orientierung an Werten, mit denen man sich Legitimität verdienen kann, zerschellen“ (ebd.: 165). Die moderne Gesellschaft gefährde sich durch die Struktur ihrer Rationalität in Wirtschaft, Wissenschaft, Medizin, Erziehung und Politik selbst, „indem sie eine Umwelt erzeugt, in der sie sich selbst nicht mehr aufrechterhalten und fortsetzen kann. Denn das heißt: wenn man richtig handelt, handelt man falsch“ (ebd.). Die wohlfahrtsstaatliche Politik schaffe Probleme alleine dadurch, „daß sie Probleme löst, und Probleme nur lösen kann, indem sie Probleme schafft“ (ebd.). Die Idee wiederum, Probleme durch politische Planung und Steuerung zu lösen, wodurch nur noch Restprobleme und nichtbeabsichtigte Folgen verbleiben, welche aber „im Rahmen der tragfähigen Kosten oder der tolerierbaren Unannehmlichkeiten liegen“ würden (ebd.). Hieraus folgert Luhmann unmittelbar: „Heute sieht es eher umgekehrt aus: daß die Arbeit an vielen kleinformatigen Tagesproblemen in nicht mehr lösbare Großprobleme einmündet. Könnte es also sein, daß unsere Gesellschaft ein paradoxes System ist oder das zumindest ihre Selbstreflexion dazu zwingt, ihre Einheit als Paradox zu beschreiben? Wenn dies so wäre, läge es auf der Hand, daß einem solchen Strukturproblem nicht damit beizukommen ist, daß man mehr Partizipation fordert oder feststellt, daß die Gesellschaft die Werte ständig

Aggregierbarkeit und die Anschlußfähigkeit des Entscheidens gefährdet wäre und Zufallsmehrheiten regieren würden. Das Abstimmen der Abstimmungen erfordert seinerseits Vorbereitungen, teils bei zufälligen, teils bei arrangierten Treffen; und es erfordert in jedem Fall eigens gewählte Organisatoren. Demokratie heißt: Auflösung und Rekombination des Sachentscheidung, und die dafür erforderliche Organisation nimmt unweigerlich bürokratische, vorwegregulierte, formalisierte Strukturen an“ (ebd.: 226).

mißachtet, an die sie sich gebunden fühlt“ (ebd.: 165 f.). Stattdessen kehrt Luhmann zum republikanischen politischen System zurück und sieht nur in der Arbeit von Regierung und Opposition, speziell aber dem demokratischen Einfluss durch Wahlen eine Lösung zur Lösung der Legitimations-Partizipations-Problematik. Offen bleibt damit aber, wie er die Frage des mangelhaften gesellschaftlichen Einflusses der Bürger lediglich über den Wahlakt, die Unzulänglichkeiten des politischen Systems sowie Unzufriedenheit und mangelndes Vertrauen in das politische System der Bürger und Wahlverdrossenheit begegnen möchte. Luhmanns frustrierter Gang von den durchaus als problematisch und paradox zu wertenden Individualakten der unmittelbaren Beteiligung erscheint durchaus nachvollziehbar, doch ändert die Refokussierung auf das politische System nichts an dessen Schwächen und fehlenden Einfluss der Bürger auf öffentliche Belange. Doch für Luhmann bleibt eine Hoffnung auf Partizipation letztlich reine Illusion, ein Glaubens- und Wertesystem, welches Demokratie vorgaukelt, da man letztlich auf ein „zugrunde liegendes Paradox“ stoße: „Man will die Operationen demokratisieren und ihre Autonomie erhalten, will also Mitbestimmung und Selbstbestimmung zugleich realisieren. Das hat eine doppelte Konsequenz: Einerseits wird der einzelne, was Demokratie und Autonomie betrifft, mit *Illusionen* abgefunden. Träger dieser Illusion ist die Gruppe oder, wie man gern sagt: das Team. Das Team kann beides zugleich sein: Mitbestimmung und Selbstbestimmung. Es wird zur Erhaltung dieser Illusion geschaffen, gelobt, verteidigt. Das bedingt aber einen Verzicht auf Rückleitung von Erfahrungen mit eigenen Entscheidungen in die Organisation. Das Team ist unverantwortlich“ (ebd.: 228). Während demnach zum einen Unverantwortlichkeiten der Gruppe entstehen, so werden zum anderen Entscheidungsprozesse in die Wege geleitet, die sich unkontrolliert ausbreiten und somit selbstreferentiell eigenen Dynamiken und Logiken folgen, und letztlich nur Ressourcen kosten: „Andererseits wird der Widerspruch von Mitbestimmung und Selbstbestimmung *produktiv*. Jeder Zug zugunsten des einen Prinzips erzwingt Kompensationen fürs andere. Da Entscheidungen beliebig dekomponiert, auseinandergezogen und aufeinander bezogen werden können, setzt das ‚Material‘, aus dem die Organisation besteht, dem keinen Widerstand entgegen. Es ist nicht unmöglich, widerlegt also auch die Prinzipien nicht. Nur Zeit und Geld werden fühlbar knapper“ (ebd.: 229). So fordert denn Luhmann dieser Paradoxie einer „produktiven Illusion“ gegenüber „mehr Zurückhaltung“ (ebd.).

Es verwundert nicht, dass Luhmann auch Ideen einer stärkeren Berücksichtigung der Zivilgesellschaft für die gesellschaftliche Fortentwicklung verwirft (Luhmann 2008: 8), zumal er auf wirksame Inklusions- und Exklusionsmechanismen innerhalb von Netzwerken hinweist (ebd.: 227 ff.; 233 ff.), welche in ihren strukturellen Beschreibungen im Wesentlichen den analysierten dunklen Seiten von Sozialkapital und Zivilgesellschaft (siehe weiter oben) entsprechen (vgl. hierzu auch Fuhse 2010).

Zukünftige Herausforderungen: Der überforderte Bürger?

Oscar Gabriel fokussierte die problematische Erwartung beim partizipativen Ansatz an das einzelne Individuum im Sinne von „überhöhten Erwartungen an das Interesse, das Informationsniveau, die Partizipationsbereitschaft, Kompromißfähigkeit und -bereitschaft des berühmten ‚Durchschnittsbürgers‘“ (Gabriel 1983: 102). So erkennt Gabriel eine Bindung von Partizipations- und Qualifizierungsgedanken: „Aus diesem Grunde tritt auch häufig die Forderung nach erweiterter Beteiligung gemeinsam mit dem Wunsch nach mehr oder weniger weitreichenden Änderungen des politischen Bewußtseins auf. Die Funktionsfähigkeit der partizipatorischen Demokratie hängt nach diesen Vorstellungen vom Vorhandensein politisch informierter, interessierter, diskussionsbereiter und -fähiger, aktiver Bürger ab, die sich als fähig erweisen, die angeblich bestehenden Manipulationszusammenhänge zu durchschauen und ihre ‚objektiven‘ Interessen zu erkennen“ (ebd.: 102).

Gabriel wendet dagegen ein: „Normativ ist natürlich gegen das Leitbild des mündigen Bürgers nichts einzuwenden. Für den Sozialwissenschaftler (...) besitzt dieser Lehrbuchstaatsbürger allerdings etwa denselben Nutzen wie der ‚homo oeconomicus‘ für den Entwurf wirtschaftspolitischer Strategien. Zweckmäßiger erscheint es, von den empirischen Tatbeständen auszugehen, daß die Normalbürger westlicher Demokratien ihre knappe Zeit auf eine Reihe unterschiedlicher Aktionsbereiche aufteilen, unter denen die Politik eine zwar zunehmende, aber nach wie vor untergeordnete Rolle besitzt. Die kontinuierliche Teilnahme an der Politik ist nach allen uns verfügbaren Informationen gegenwärtig für eine zahlenmäßig kleine, in ihrer sozialen Herkunft unrepräsentative Bevölkerungsgruppe von Interesse. So lange sich diese Bedingungen nicht ändern, verschaffen zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten in erster Linie zusätzliche Einflußmöglichkeiten für die ohnehin Aktiven. Dies muß nicht negativ sein, läuft aber den Erwartungen an die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten zuwider“ (ebd.). Daher sieht Gabriel auch Vorteile der repräsentativen Demokratie: „Repräsentative Einrichtungen können gegenwärtig sogar dazu beitragen, die Interessen der Nichtaktiven einigermaßen zu wahren“ (ebd.). Daher kann Gabriel nicht automatisch von einem „Mehr“ an Demokratie durch Partizipation ausgehen: „Mehr Partizipation“ führt schon allein deshalb nicht automatisch zu mehr Demokratie, weil zwischen den einzelnen mit der Erweiterung der Teilnahme angestrebten Zielen Konflikte denkbar sind“ (ebd.: 103).

Reinhard Hender wies zudem bereits 1977 auf das Apathie-Problem hin: „Einmal könnte die in der Bevölkerung außerordentlich weit verbreitete politische Apathie dazu führen, daß zahlreiche Bürger die Mitwirkungsangebote überhaupt nicht in Anspruch nehmen“ (Hender 1977: 24). Doch Hender hält dagegen: „Zwar kann von einem in größeren Bevölkerungskreisen vorhandenen allgemeinen Interesse

am Städtebau augenblicklich kaum gesprochen werden. Denn es ist schwerlich zu übersehen, daß den Fragen der baulich-räumlichen Gestaltung des Ortes gegenwärtig in der Regel erst dann eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wird, wenn die entsprechenden Maßnahmen den persönlichen, insbesondere wirtschaftlichen Interessenbereich des Bürgers berühren“ (ebd.: 25). Doch die städtebauliche Planung stoße auf immer größeres Interesse, da der Städtebau „die Gestaltung der engsten räumlichen Umgebung jedes einzelnen Menschen“ betreffe, wobei „die öffentliche Verwaltung in immer größerem Umfang auch in den persönlichen Lebensbereich des Individuums folgenschwer einzugreifen beginnt“ (ebd.). Hendler geht auch weiterhin von steigendem Interesse aus, da die „strukturpolitischen Verhältnisse des örtlichen Raumes eine Intensivierung der städtebaulichen Planung erfordern“ (ebd.). Hieraus leitet Hendler für konkrete Partizipationsinstrumente ab, dass diese nicht „dauerhafte, auf eigener Initiative beruhende, aktive Mitwirkung aller hier jeweils aufgerufenen Bürger (Stadtöffentlichkeit oder Betroffene)“ voraussetzen dürften (ebd.: 25). Sie würden schlicht an der Apathie scheitern, stattdessen sei die Verwaltung „zur Aufnahmen von Direktkontakten zum Bürger“ verpflichtet, die Gemeinde müsse hierbei die Initiative ergreifen und das Gespräch mit den Bürgern suchen (ebd.: 25.). Da nicht immer mit Aktivität von Bürgern zu rechnen sei (wie Bürgerinitiativen usw.), müsse die Verwaltung dem Bürger, „und hier insbesondere demjenigen, der nicht gelernt hat oder aus anderen Gründen nicht imstande ist, seine Interessen zu artikulieren und wirkungsvoll zu vertreten – ständig Unterstützung“ gewähren (ebd.: 26). „Sie muß, soweit das jeweils erforderlich ist, Anregungen geben, Hilfestellung leisten, gegebenenfalls auch eine nur potentiell vorhandene Mitwirkungsbereitschaft aktualisieren, kurz: sie muß im Rahmen ihrer Möglichkeiten ‚Partizipationshilfe‘ leisten“ (ebd.). Keinesfalls dürfe dies in Manipulation, Bevormundung, Aufzwingen von Partizipation oder Schaffung eines „Volkes von Partizipierenden“ münden, aber jedem, der Partizipationsbereitschaft besitze, müsse die Chance gegeben werden, diese „Bereitschaft zu realisieren“ (ebd.). Die Verwaltung müsse sich auch für die Belange von Bürgern einsetzen, die sich „im Rahmen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an der planerischen Gestaltung des örtlichen Raumes nicht oder jedenfalls nicht in demselben Maße wie andere engagieren wollen“ (ebd.). Dem Apathie-Argument hält Hendler letztlich das hohe Interesse der Bevölkerung sowie die Möglichkeit der Steuerung von Partizipationsverfahren hinsichtlich des Teilnehmerkreises entgegen (ebd.). Auch 36 Jahre später sieht Walter (2013) eine Möglichkeit gerade darin, dass Frustration zu „echter“ und nicht simulierter Partizipation führt: „Die Frustrationshäufung muss erst über ein verträgliches Limit hinausgegangen sein, bis neue Einsichten durchbrechen und zur Routine geronnene Verhaltensweisen sich ändern. Dann allerdings geschieht das nicht selten heftig und grundsätzlich. Dann wäre wohl

auch nicht mehr lediglich von einer bloß simulativen Partizipation zu sprechen“ (ebd.). Auf der anderen Seite spricht Walter ein Überlastungsproblem und eine Enttäuschungs- bzw. Frustrationsproblematik von Partizipation an, welche aus den zunehmenden Komplexitäten gesellschaftlicher Themen sowie begrenzten politischen Problemlösungspotentialen resultieren (ebd.).

Als Partizipations-Befürworter gehen Adalbert Evers und Roland Roth davon aus, dass der Bürger grundsätzlich unterschätzt werde: Es sei ein Vorurteil, dass Bürger und Bürgerengagement nur über eine „geringe Belastbarkeit“ verfügen würden, aber das Engagement lasse sich auch nicht dirigieren (Kommunen würden dem Bürger vor allem undankbare Aufgaben wie die Grünpflege empfehlen) (Evers/Roth 2005: 104). Bürger sollten daher nicht als „Lückenfüller“ verplant, sondern die Chance genutzt werden, „die Belastbarkeit und die Produktivität bürgerschaftlichen Engagements in Zeiten des Sparzwangs auch nur zu erproben“ (ebd.). Das Potential von bürgerschaftlichem Engagement werde daher unterschätzt, Bürger würden unterfordert (ebd.).

Neben den Befürwortern von Partizipation existieren schon lange kritische Anmerkungen und Erkenntnisse⁸³, so etwa von Sauer (1994) thematisiert: „Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir?“. Grundsätzlich besteht das größte Problem (analog zu den Erkenntnissen der Zivilgesellschaftsforschung) in der Schaffung von Ungleichheiten und fehlenden demokratischen Standards (wie Minderheitenschutz), Schäfer und Schoen (2013) sprechen hier von „mehr Demokratie, aber nur für wenige“ im Sinne des Zielkonflikts „zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit“, da nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich stark partizipieren (vgl. zu weiterer Kritik an Partizipation Klatt/Walter/Bebnowski 2011, Miessen 2012, Schäfer 2011;2013a, Blühdorn 2013, Michelsen/Walter 2013, Wagner 2013, Merkel 2015b).).

Chantal Munsch thematisiert die Ungleichheits-Problematik in der Engagement-Debatte genauer: „Die Reproduktion gesellschaftlicher Ausgrenzungsprozesse im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements funktioniert sowohl über die Formen als auch über die Themen des Engagements sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen“ (Munsch 2005: 112). Heikel sind insbesondere Zugangshürden, z. B. die Sprache und Verfügbarkeit von Personen, aber auch persönliche Kontakte: „Men-

83 Vgl weiterhin zu der Frage der Erhöhung von Legitimität und Verantwortlichkeit Abels (2007) und Bringenberg (2013); zum Scheitern von Partizipationsprozessen Avenhaus, Newig und Fritsch (2006b); zu Bedingungen für politische Partizipation (sozialstrukturell usw.) Baum (1978) und Buse et al. (1978); zu Erfahrungen und Evaluationen verschiedener partizipativer Instrumente Bertke, Hespelt und Marggraf (2005) sowie Blakeley und Evans (2010); zur Inszenierung von Beteiligung Burchardt (2008); zur Etablierung von Beteiligungsstandards Avenhaus, Newig und Fritsch (2006a).

schen, die zum größten Teil neben dem Engagement keine persönliche Beziehung zueinander haben oder sich vor ihrem Engagement nicht kannten, arbeiten auch jenseits von persönlicher Sympathie für einen bestimmten, eingegrenzten Zweck zusammen“ (ebd.). Ein selbstverständlicher Umgang mit der Zugangsproblematik führt zur Exklusion, sie „schließt auch Bevölkerungsgruppen aus, die sich in dieser festgelegten Art nicht beteiligen können oder wollen, da sie aufgrund ihrer biografischen Erfahrungen oder Milieuzugehörigkeit nicht mit diesem Rahmen vertraut sind, negative Erfahrungen damit verbinden oder andere Rahmenbedingungen für ihr Engagement bevorzugen“ (ebd.). Munsch hinterfragt in diesem Zusammenhang auch, ob die „organisationelle Anbindung wirklich eine Öffentlichkeit und damit einen Zugang zum Engagement für alle BewohnerInnen bedeutet“. Sie geht eher davon aus, „dass das dem politischen und bürgerschaftlichen Engagement zu Grunde liegende Verständnis von Öffentlichkeit die Lebensbezüge sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen als private verdeckt“ (ebd.).

Schließlich spielt auch die Geschlechterfrage eine Rolle, denn die erforderlichen Ressourcen (Zeit, Wissen, Kompetenzen, Selbstwertgefühl usw.) für eine Engagement-Entfaltung fallen insbesondere Männern in höheren beruflichen Positionen zu: „Das männlich zugeschriebene Ideal des Aktivbürgers, der sich, frei von der Sorge um das tägliche Leben, im Rahmen öffentlicher Strukturen engagieren kann, grenzt Frauen und Männer aus, welche in dieser Sorge um eine gesicherte Existenz gefangen bleiben. Thematisch spielen die Armut und Arbeitslosigkeit zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen bei der politischen Diskussion um bürgerschaftliches Engagement kaum eine Rolle“ (Munsch 2005: 112 f., vgl. hierzu auch bezogen auf Bürgerenergie Fraune 2015).

Aus diesen Problemlagen könnte eine pessimistische Sichtweise auf das demokratiethoretische Potential von Partizipation resultieren. Ein prominenter Vertreter dieser Haltung ist Oscar Gabriel, er sieht hinsichtlich der Befürwortung von Partizipation weder empirisch-realistische noch normative Argumente für haltbar (Gabriel 1983: 98). So führe Partizipation weder zu einer Destabilisierung der demokratischen Ordnung, noch könne es als „Instrument der ‚Emanzipation der Unterprivilegierten‘“ verstanden werden (ebd.). Auch erweiterte politische Beteiligung „führte bislang eher zu einer Verfestigung als zu einem Abbau bestehender sozialer Ungleichheit“ (ebd.). Jenseits demokratiethoretischer normativer Überlegungen sind für Gabriel daher letztlich vor allem praktische Fragen der Umsetzbarkeit relevant: „welche Ziele eigentlich durch Partizipation verwirklicht werden sollen, von welchen Motiven sie getragen ist, wie das Verhältnis zwischen Individual- und Systemzielen aussieht, welche Lösungen für auftretende Zielkonflikte vorgesehen sind und welche institutionelle Form die erweiterte Partizipation annehmen soll“ (ebd.).

2.7 Zusammenfassung

Resümierend können folgende für die Untersuchung bedeutsame Fragen und Problemstellungen aus den dargestellten theoretischen Forschungsansätzen abgeleitet werden:

- **Effekte von Partizipation:** Demokratie-Schulen oder Einübung in Demokratie (Leser 2011) oder postdemokratische Partizipation als verdeckte Elitenherrschaft und Untermauerung von Marginalisierung und Ausgrenzung bestimmter Milieus (Blühdorn 2011;2013)?
- **Politisierung und Entpolitisierung, gespaltene Bürgerrolle:** Stellen neue politisch-soziale und zivilgesellschaftliche Handlungsweisen, bürgerschaftliche Partizipation und Intervention Beispiele für verstärkte Politisierung der Gesellschaft (Beck 1996, Gatens 2006, Zürn/Weidner 2009, Gehrau 2014) dar oder findet hingegen eine Entpolitisierung in Form von undemokratisch-ökonomisch-individualistischen hintergründigen Motiven und Prinzipien statt (Hay 2007, Hay/Stoker 2009, Mouffe 2011)? Entstehen auf diese Weise informierte, politisch interessierte und engagierte Aktivbürger bzw. Citoyens (Detjen 1999;2000, Münkler/Krause 2001, Boeser/Schnebel 2013), kompetente Bürger (Münkler 1997), kritische Bürger (Geißel 2011a) oder „politisierte Nichtbürger“, die bürgerschaftliche Werte trotz Engagement nicht länger repräsentieren (Greven 1997;2000;2009, Salomon 2010)?
- **Fluktuation und Oszillation von Partizipation:** Immer mehr Formen und Ideen von Partizipation entstehen, Abgrenzungen zwischen politischer, sozialer, organisationaler, assoziativer Partizipation sowie bürgerschaftlichem Engagement werden zunehmend schwieriger (Kersting/Woyke 2012), es entsteht hingegen die Vorstellung partizipativer Räume (*invented* und *invited space*, Kersting 2014) und Ausdehnung der politischen Sphäre auch auf soziale – und damit nahezu alle Handlungsräume. Entgrenzungen und Hybridisierungen durch vernetzte Welten und multiple Themenbereiche machen nähere Bestimmung und exakte Definition schwierig.
- **Schattenseiten von Zivilgesellschaft und Sozialkapital:** Zivilgesellschaftliches Handeln kann auch dunkle Seiten aufweisen – Vetternwirtschaft, Klientelinteressen, Exklusion und Oligarchie, einhergehend mit verstärkter Ungleichheit und Marginalisierung stellen Kernprobleme dar, demokratische Prinzipien und die „Einübung in Demokratie“ müssen gerade nicht unbedingt durch zivilgesellschaftliches Handeln befördert werden (Roth 2003;2004, Nullmeier 2002, Klatt/Walter/Bebnowski 2011, Schäfer 2013a). Sozialkapital kann in der Variante des

bindenden Sozialkapital zur starken internen Gruppenkohäsion führen – zum Nachteil der überbrückenden Außenbindung (Putnam 2000, Geißel 2008a/b).

- **Neue subjektzentrierte Variante von Partizipation:** Verstärkt findet sich eine neue individualisierte, projekt- und subjektzentrierte Variante von politischer und sozialer Partizipation (Pickel 2012, de Moor/Marien/Hooghe 2013, van Deth 2013a;2014;2015a, Baringhorst 2016, de Moor 2016a), die stark auf zivilgesellschaftlichen Aktivitäten basiert und sowohl professionalisierte Formen aufweist als auch durch individualisierte Formen kollektiven Handelns geprägt ist (van Deth/Maloney 2012). Hierbei wird weniger formalisiertes Engagement ohne die Bindung an Organisationen präferiert (Shirky 2008), stattdessen wird spezialisiert themenbezogen an wechselnden Thematiken partizipiert, wobei feste, etablierte, stark strukturierte und langfristige Bindungen vermieden werden. Die Teilnehmungspraxis ist eher pragmatisch und spontan ausgeprägt, dabei existieren mehr kreativ-experimentelle und kollaborative Anteile, welche sich im Baukasten-Prinzip situativ angepasst und flexibel fragmentarisch und multimodal ergänzen können (*hybride Partizipation*) und damit eine individualisierte, selbstzentrierte Teilhabe ermöglichen (Micheletti/McFarland 2011, Ratto/Boler 2014, Lee 2015). Insgesamt entsteht damit ein fluktuierender, sprunghafter und dynamischer Modus, der eine stärker offene und lockere Beteiligung zulässt, die zeitlich, inhaltlich und organisatorisch weniger fixiert und mehr flexibel sowie weniger ideologisch-dogmatisch bzw. ideell mit höheren Motiven aufgeladen ist (*Lifestyle Politics*, vgl. de Moor/Marien/Hooghe 2013, de Moor 2016a). Auch scheinbar gegensätzliche Motive sind im pragmatischen Sinne (und häufig an technikbasierte Praktiken gekoppelt) miteinander vereinbar wie etwa materielle und gemeinwohlorientierte Aspekte (Marres 2012). Bei der Vernetzung und Aktivierung spielen onlinebasierte Kommunikationsformen eine wesentliche Rolle (Baringhorst/Yang 2014, Baringhorst 2015;2016). Zwar verändern sich hierdurch Muster der individuellen politischen Kommunikation (Vowe 2014), was aber an der Bedeutung sozioökonomischer Ressourcen bei der Teilnehmungsintensität nichts ändert (van Deth 2009, Schlozman/Verba/Brady 2010, Kersting 2014).



<http://www.springer.com/978-3-658-14625-2>

Bürgerenergie in Deutschland
Partizipation zwischen Gemeinwohl und Rendite
Radtke, J.
2016, XI, 722 S. 58 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-14625-2